ALPEN DISTEL

MAGAZIN FÜR ANTIFASCHISTISCHE GEDENKKULTUR

VERSÄUMTES ERINNERN

ÖSTERREICH UND DER AUSTROFASCHISMUS

ALPINE PEACE CROSSING

Nr. 5/2024

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing); Gemeindeamt Krimml, Oberkrimml 37, A-5743 Krimml; ZVR-Zahl: 1811888658; E-Mail: office@alpinepeacecrossing.org; Webseite: www.alpinepeacecrossing.org / Layout: APC / Lektorat: Jakob Thuswaldner

Redaktion: Eva Bammer, Jakob Gruber, Robert Obermair, Matthias Schreckeis, Antonia Winsauer; Assistenz: Marc-Alexander Munshi

Autor*innen dieser Ausgabe: Eva Bammer, Irene Bandhauer-Schöffmann, Bündnis 12. Februar, Cassandra Burgstaller, Remigio Gazzari, Jakob Gruber, Martin Hagmayr, Dieter Hecht, Stefan Hochgatterer, Sabrina Kern, Hannes Koch, Martin Krist, Elisabeth Luif, Alexander Maislinger, Philipp Mettauer, Marc-Alexander Munshi, Robert Obermair, Anton Pelinka, Wolfgang Quatember, Matthias Schreckeis, Christa Sieder, Ute Sonnleitner, Julian Stricker-Neumayer, Silke Umdasch, Isolde Vogel, Gregor Wakounig, Florian Wenninger, Antonia Winsauer, Johanna Wögerbauer.

Druckerei: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H. / www.berger.at / Auflage: 2.500 Stück

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Autor*innen und nicht zwingend die Sichtweise der Redaktion wieder.

Bilder (wenn nicht anders angegeben): APC
Titelseite (Bildkomposition): rawpixel.com (Freepik)/ Gaspar Uhas (Unsplash) / Knozer (F. Knozer), Public domain, via Wikimedia Commons

Es ist uns bewusst, dass gerade in der Zeit des Nationalsozialismus Menschen in einer Fremdzuschreibung als „jüdisch“ definiert wurden, die sich selbst nicht so definierten. Um zu einer besseren Lesbarkeit dieses Magazins beizutragen, wurde nicht an jeder einzelnen Stelle zwischen „jüdisch“ als Fremd- oder Eigenzuschreibung unterschieden.

Editorial

Liebe Leser*innen,

wir sind überzeugt, dass unser Bild der Vergangenheit unsere Gegenwart maßgeblich mitbestimmt. Im Gedenkjahr an die Februarkämpfe 1934 halten wir es für angebracht, uns in der diesjährigen Ausgabe der *Alpendistel* mit dem Austrofaschismus zu beschäftigen. Dabei wollen wir insbesondere auch seine wichtige und kontrovers diskutierte Bedeutung für das heutige Österreich in den Blick nehmen. Gerade beim Thema Austrofaschismus zeigt sich, wie bedeutsam Gedenkkultur ist. Sie trägt dazu bei, heutige Probleme und gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen, besser zu verstehen und dadurch hoffentlich zu deren Lösung beizutragen.

Mit den schrecklichen Geschehnissen des 7. Oktober 2023 offenbarte sich auch erneut die Bedeutung kritischer Gedenk- und Bildungsarbeit. Der daraufhin noch stärker grassierende Antisemitismus sowie der Rassismus in Österreich und Europa zeigen einmal mehr, wieviel noch zu tun ist. Unsere Gedanken und unsere Solidarität gelten allen, die sich auf der ganzen Welt gegen Antisemitismus und Rassismus für das gute Leben für alle einsetzen.

Nach über fünf Jahren Vereinsarbeit können wir voller Stolz sagen, dass die *Alpendistel* ein voller Erfolg ist. Entstanden als Covid-Lockdown-Projekt sind wir bereits bei der fünften Ausgabe angelangt. Herzlichen Dank für das positive Feedback und die rege Abnahme!

Auch in anderen Bereichen können wir sehr zufrieden sein: In einem ehrenamtlichen Verein zeigt sich die Stabilität ja oft leider erst, wenn es schwieriger wird und Personen ausfallen. Zum Glück haben wir es geschafft, den Abgang unserer verdienten Teammitglieder Bettina Reiter und Caroline Huber auszugleichen, und hoffen, in naher Zukunft auch wieder zu wachsen. Wir wünschen uns, das Projekt *Alpendistel* und APC noch lange fortführen zu können, und bedanken uns bei unseren Freund*innen, Mitgliedern, Autor*innen und allen weiteren Unterstützer*innen und laden alle ein, uns ein Stück des Weges zu begleiten.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!
Die Redaktion der *Alpendistel*

We are aware that many friends of APC do not speak German which is why we will once more provide English translations of all articles online on our homepage (https://alpinepeacecrossing.org/en/).

Inhalt

Schwerpunkt

7 Einführung
1934-2024. Ein Bilanzjahr

10 Christlich, deutsch & ständisch

14 Wie sich eine Gesellschaft polarisiert
Das Beispiel der Ersten Österreichischen Republik

18 Frauen im Austrofaschismus

21 Zwischen Repression & Integration
Die Arbeiter*innenschaft im Austrofaschismus (1933-1938)

25 Antisemitismus in Österreich
Zwischen völkischem Denken und christlichsozialer Politik

30 Austrofaschistisches Gedenken in Salzburg

32 Widerstand gegen den Austrofaschismus
Zwischen Heldenmythos und Vergessenheit

36 Der Februaraufstand in der Bergarbeiterrepublik 1934

40 Märtyrerkult im Nationalsozialismus
Die „Freiheitshelden", „Blutopfer" und „Kameraden" des gescheiterten Juli-Putsches 1934

44 „Ein Kronzeuge echter Systemmoral"
„Illegale" Nationalsozialist*innen in der „Heil- und Pflegeanstalt" Mauer-Öhling

48 Ambivalentes Dollfuß-Gedenken nach 1945

52 Dollfuß-Gedenktafel in Jerusalem
Erinnerungen an Engelbert Dollfuß in Israel

54 Ein Bild, eine Geschichte
Wiens verblichene Gedenkorte an den „Heldenkanzler"

58 Ausräumen
Das ehemalige „Dollfuß-Museum"

62 Auf den Spuren des „Ständestaats" in Wien
Ein interaktiver Alpendistel-Beitrag

64 Karl Kraus und der „Austrofaschismus"

Gedenken, Erinnern, Handeln

68 Versenkte Bücher, versenkte Erinnerungen
Das Kunstprojekt „Versenkungen"

70 Geschichte am Grund

73 Lückenhafter Umgang mit der NS-Zeit am Täterort Schloss Kleßheim

76 Das Narvik-Gedenken in Celovec/Klagenfurt

78 Die Berge nicht den Nazis überlassen
Der Antinationale Alpenverein

79 Heute wie damals
Dem Faschismus entgegentreten!

81 Unsere Waffen werden wir nie mehr abgeben!
Srebrenica und die bosnische Gedenkkultur

85 Engagierte Gedenkarbeit
KZ-Gedenkstätte und Zeitgeschichte Museum Ebensee

87 Rezension
Wie mit Kindern & Jugendlichen über Faschismus sprechen?

Aus dem Verein

90 Rückblick auf das Vereinsjahr 2023

92 Mit neuen Kräften in die nächste Vereinsperiode

94 APC-Friedenspreis 2024

95 Kerblers Kern
Zur Verleihung der APC-Ehrenmitgliedschaft an Michael Kerbler

96 Die historische Fluchtroute erwandern

99 Ausblick 2025

Schwer-punkt

7 Einführung
1934-2024. Ein Bilanzjahr

10 Christlich, deutsch & ständisch

14 Wie sich eine Gesellschaft polarisiert
Das Beispiel der Ersten Österreichischen Republik

18 Frauen im Austrofaschismus

21 Zwischen Repression & Integration
Die Arbeiter*innenschaft im Austrofaschismus (1933-1938)

25 Antisemitismus in Österreich
Zwischen völkischem Denken und christlichsozialer Politik

30 Austrofaschistisches Gedenken in Salzburg

32 Widerstand gegen den Austrofaschismus
Zwischen Heldenmythos und Vergessenheit

36 Der Februaraufstand in der Bergarbeiterrepublik 1934

40 Märtyrerkult im Nationalsozialismus
Die „Freiheitshelden", „Blutopfer" und „Kameraden" des gescheiterten Juli-Putsches 1934

44 „Ein Kronzeuge echter Systemmoral"
„Illegale" Nationalsozialist*innen in der „Heil- und Pflegeanstalt" Mauer-Öhling

48 Ambivalentes Dollfuß-Gedenken nach 1945

52 Dollfuß-Gedenktafel in Jerusalem
Erinnerungen an Engelbert Dollfuß in Israel

54 Ein Bild, eine Geschichte
Wiens verblichene Gedenkorte an den „Heldenkanzler"

58 Ausräumen
Das ehemalige „Dollfuß-Museum"

62 Auf den Spuren des „Ständestaats" in Wien
Ein interaktiver Alpendistel-Beitrag

64 Karl Kraus und der „Austrofaschismus"

Einführung: 1934-2024. Ein Bilanzjahr

Mit der provokanterweise just am 1. Mai 1934 erlassenen neuen Verfassung hatte die austrofaschistische Führungsriege den Umbau der vormals demokratischen Ersten Republik zum austrofaschistischen Bundesstaat Österreich weitgehend abgeschlossen. 90 Jahre danach erhitzt die politische Einordnung des Regimes und auch der erinnerungspolitische Umgang damit nach wie vor die Gemüter.

Eine Einführung in den diesjährigen Schwerpunkt von Robert Obermair.

Die Auseinandersetzung mit der Zeit des Austrofaschismus wird in Österreich seit jeher von jener mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft überlagert. Dies ist bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit beobachtbar, als die ursprünglichen Pläne der Alliierten, Österreich einer generellen Entfaschisierung zu unterziehen, durch die – bekanntlich ohnehin auch nur halbherzig durchgeführte – Entnazifizierung ersetzt wurden. Eine Aufarbeitung der austrofaschistischen Herrschaft blieb völlig aus, ehemals führende austrofaschistische Funktionäre und Politiker konnten erneut einflussreiche Stellungen in der österreichischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen einnehmen.

Siehe Alpendistel #2 S.13

Eine Leerstelle im Geschichtsbewusstsein

Während Basiswissen über den Nationalsozialismus mittlerweile doch bei einem Großteil der österreichischen Bevölkerung vorausgesetzt werden kann, bleibt die Zeit des Austrofaschismus eine eigentümliche Leerstelle im Geschichtsbewusstsein/-bild der österreichischen Gesellschaft. Dies begünstigt wohl auch, dass sich lange verbreitete Geschichtsmythen wie die angebliche „Selbstausschaltung“ des österreichischen Nationalrats hartnäckig halten. Der einführende und einordnende Text des Historikers Julian Stricker-Neumayer bietet daher einen fundierten Überblick über den Entstehungsprozess der austrofaschistischen Diktatur. Darauf aufbauend unternimmt Stricker-Neumayer eine ideologische Standortbestimmung des Regimes. Der versierte Kenner der österreichischen Zwischenkriegszeit Florian Wenninger baut mit seinem Artikel direkt darauf auf und zeichnet am Beispiel der Ersten Republik anschaulich den Polarisierungsprozess einer Gesellschaft auf. Sein Text liefert damit eine wichtige Grundlage für das Verständnis der österreichischen Gesellschaft und Politik der Jahre zwischen den Weltkriegen.

Die Zeithistorikerin Irene Bandhauer-Schöffmann widmet sich in ihrem Artikel einem viel zu selten angesprochenen Aspekt der austrofaschistischen Herrschaft, nämlich den vorherrschenden Frauenbildern im Spannungsfeld von der katholischen Mutter bis hin zur widerständigen Sozialistin. Elisabeth Luif gewährt in ihrem Text wiederum Einblicke in ihre derzeit entstehende Dissertation zu Integrationsstrategien faschistischer Regime gegenüber der Arbeiter*innenschaft im Europa der 1930er-Jahre. Sie geht dabei von einer Doppelstrategie des austrofaschistischen Regimes aus, das zwar die linke Arbeiter*innenbewegung verfolgte, aber gleichzeitig versuchte, die große Masse der „ehemals“ sozialdemokratischen Arbeiter*innen für den neuen Staat zu gewinnen. ›

Die Zeit des Austrofaschismus bleibt eine eigentümliche Leerstelle im Geschichtsbewusstsein der österreichischen Gesellschaft.

© SWICZ ANIMATION

Plakat des Kurzfilms „Heldenkanzler“ von Benjamin Swiczinsky.

Die Antisemitismusexpertin Isolde Vogel greift ein Thema auf, das auf Grund des alles überlagernden Verbrechens der Shoa oft nur ein Schattendasein in Forschung und öffentlichem Bewusstsein bildet: Antisemitismus im christlichsozialen Milieu vor 1938. Sie zeichnet kenntnisreich die historischen Entwicklungen antisemitischer Einstellungen nach und analysiert deren Bedeutung für die Anschlussfähigkeit der NS-Ideologie nach dem „Anschluss“.

Widerstand gegen das Regime

Die steirische Historikerin Ute Sonnleitner thematisiert in ihrem Text allgemein den Widerstand gegen das austrofaschistische Regime, sowohl was Genese, Formen und Methoden als auch die Erinnerung an die Widerstandshandlungen betrifft. Sie verdeutlicht einige ihrer allgemeinen Überlegungen konkret an lokalen Beispielen in der Steiermark, während der Wirtschaftshistoriker Hannes Koch im darauffolgenden Artikel ergänzend die Ereignisse um den Februaraufstand 1934 in der oberösterreichischen Bergarbeiterrepublik untersucht. Dass nicht nur von linker, sondern auch – wenn auch aus völlig anderer Motivationslage und mit diametral entgegengesetzten Zielen – von rechtsextremer Seite Widerstand gegen die austrofaschistische Regierung geleistet wurde, zeigt der Text unseres Redaktionsmitglieds Eva Bammer anschaulich am NS-Märtyrerkult in Salzburg auf, wobei sie ein besonderes Augenmerk auf die Mystifizierung der Ereignisse rund um die Ortschaft Lamprechtshausen und die Festung Hohensalzburg legt. Der Historiker Philipp Mettauer nimmt in seinem Text mit der Gegend um die „Heil- und Pflegeanstalt“ Mauer-Öhling eine frühe Hochburg der Nationalsozialist*innen in den Blick. Er macht dabei auf eindringliche Art und Weise die Vorbedingungen für die nationalsozialistischen Krankenmorde deutlich.

Umgang mit der austrofaschistischen Vergangenheit

Die Nichtaufarbeitung der austrofaschistischen Vergangenheit wurzelt vor allem im großkoalitionären Konsens der Zweiten Republik, weitgehendes Schweigen über die Jahre vor 1938 zu wahren. Einen wiederkehrenden Zankapfel bildete jedoch der Umgang mit dem von Nationalsozialisten ermordeten Diktator Engelbert Dollfuß. Der Salzburger Historiker Alexander Maislinger setzt sich in seiner Analyse detailliert mit dem ambivalenten Dollfuß-Gedenken und den diesbezüglich konkurrierenden Geschichtsbildern und Vergangenheitsnarrativen auseinander. Auch der Wiener Historiker

Das Narrativ eines „Heldenkanzlers“ ist in Österreich teilweise nach wie vor wirkmächtig.

Dieter Hecht beschäftigt sich in unserer Rubrik *Ein Bild, eine Geschichte* mit der Erinnerung an Dollfuß, konkret am Beispiel einer Gedenktafel in der Krypta der Dormitio-Basilika in Jerusalem, die nach wie vor unreflektiert den Mythos eines „Heldenkanzlers“ bedient. Dieses Narrativ eines „Heldenkanzlers“ ist auch in Österreich teilweise nach wie vor wirkmächtig, wie die Wiener Spurensuche des Wiener Netzwerkkoordinators von ERINNERN:AT Martin Krist eindrücklich zeigt. Passend dazu finden Sie in dieser Ausgabe der *Alpendistel* auch einen künstlerisch gestalteten Vorschlag zu einem kritischen Stadtspaziergang durch Wien zu vergessenen Erinnerungsorten, recherchiert vom Fremdenführer Stefan Hochgatterer und gestaltet von der Illustratorin Johanna Wögerbauer. Einen wohl noch vergesseneren Aspekt in Bezug auf den Umgang mit der Zeit des Austrofaschismus macht eine von unserem Redaktionsmitglied Jakob Gruber erstellte Karte austrofaschistischer Erinnerungsorte in Salzburg sichtbar.

Mit Martin Hagmayr, Silke Umdasch und Remigio Gazzari konnten wir für diese Ausgabe der *Alpendistel* ein Autor*innenteam gewinnen, das derzeit an *dem* Kristallisationspunkt der Debatte um den Umgang mit dem austrofaschistischen Erbe tätig ist. Sie berichten aus ihrer Arbeit mit dem ehemaligen „Dollfuß-Museum“ und einem Versuch, dieses Erbe zu dekonstruieren.

Im abschließenden Schwerpunkttext setzt sich der bekannte Politikwissenschafter Anton Pelinka in einer

© wikimedia/Herzi Pinki

Transparente in Erinnerung an die Februarkämpfe 1934 an der Fassade der Pankahyttn in Wien Rudolfsheim-Fünfhaus im Februar 2021.

interdisziplinären Analyse im Detail mit dem Verhältnis des österreichischen Publizisten und Satirikers Karl Kraus zum Regime auseinander. Er beschäftigt sich dabei eingehend mit der erstaunlichen Sympathie, die Kraus Dollfuß entgegenbrachte.

Weitere Einblicke in das Thema

Auch im Abschnitt *Gedenken, Erinnern, Handeln* behandeln einzelne Beiträge Aspekte des diesjährigen Schwerpunktthemas. So etwa eine Rückschau der Linzer Künstlerin Sabrina Kern auf ihre künstlerische Auseinandersetzung mit der austrofaschistischen Bücherversenkung von 1934 im Traunsee. Das 2022 mit dem Ziel, die Februarkämpfe von 1934 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Arbeiter*innenaufstand zu erreichen, gegründete *Bündnis 12. Februar* zeichnet in einem weiteren Artikel nach, warum die Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus auch heute noch von politischer Bedeutung ist.

Auch in unserer Rezensions-Rubrik liegt der Fokus dieses Mal auf dem Überthema Faschismus. Die Bildungsberaterin Christa Sieder beleuchtet in einer Sammelrezension unterschiedliche literarische Auseinandersetzungen mit der Frage, wie mit Kindern und Jugendlichen über Faschismus gesprochen werden kann.

Was tun?

Mit dieser großen thematischen Bandbreite möchten wir mit der vorliegenden Ausgabe der *Alpendistel* dazu beitragen, die Zeit der austrofaschistischen Herrschaft ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Zwar sind 90 Jahre nach Ende der Ersten Republik die Debatten um die Einordnung der darauffolgenden Entwicklungen nicht beendet. Doch die hier gesammelten Einblicke in aktuelle Forschungsarbeiten zeigen deutlich, dass lange vorherrschende Deutungsmuster und Narrative nunmehr überholt sind. Im Sinne unseres Leitgedankens, nicht nur zu *erinnern* bzw. zu *gedenken*, sehen wir 2024 längst überfällig die Zeit gekommen, zu *handeln* und eine aktive Auseinandersetzung mit der Erinnerung an den Austrofaschismus im öffentlichen Bewusstsein und Raum zu forcieren. △

Robert Obermair ist Historiker an der Universität Salzburg und Vorstandsmitglied von APC.

CHRISTLICH, DEUTSCH & STÄNDISCH

Im März 1933 wird die Erste Republik abgeschafft. An ihre Stelle tritt der austrofaschistische Bundesstaat Österreich. Als Vorbild für das neue Regime fungiert der italienische Faschismus.

Eine Einführung von Julian Stricker-Neumayer.

Am 4. März 1933 führt eine Geschäftsordnungspanne im Nationalrat dazu, dass das Parlament durch die Regierung Dollfuß ausgeschaltet wird. Nach einer Diskussion über das Vorgehen der Regierung gegen die Verantwortlichen eines Warnstreiks bei den Österreichischen Bundesbahnen treten alle drei Nationalratspräsidenten zurück. Offiziell wird die Sitzung nie geschlossen. Die Regierung nutzt die Gelegenheit: Sie bezeichnet das Parlament als handlungsunfähig und regiert ab dem 7. März auf Basis des *Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes* autoritär. Sofort wird eine Vorzensur der Presse erlassen. Am 15. März beruft der Dritte Nationalratspräsident die Wiederaufnahme der Nationalratssitzung ein. Es ist der letzte Versuch parlamentarischen Widerstands. Die Regierung schickt Polizeieinheiten und verhindert mit Gewalt die Abhaltung der Sitzung. Das Parlament ist endgültig ausgeschaltet.

Austrofaschismus: Ein kurzer Abriss

Schon ab dem 7. März setzt mit der Einschränkung der Pressefreiheit die Repression ein. In den folgenden Monaten wird mit dem Umbau des politischen Systems begonnen: KPÖ, NSDAP und *Republikanischer Schutzbund* werden verboten. Dazu kommen ein Verbot politischer Demonstrationen, die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofs, die Einrichtung von Anhaltelagern, die Einführung des Standrechts und ein Streik- und Aussperrungsverbot. Zusätzlich wird der Repressionsapparat ausgebaut. Im Mai 1933 wird die *Vaterländische Front* (VF) als Monopolorganisation gegründet. Am 11. September erhält sie ihr erstes inhaltliches Profil. Im Zuge des Generalappells der VF am Wiener Trabrennplatz verkündet Dollfuß programmatisch:

> *Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei, […] wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung!*

So werden im Jahr 1933 die Grundlagen für das neue Österreich gelegt. Außenpolitisch strebt das Regime eine starke Bindung an den italienischen Faschismus an. Italien wird Schutzmacht des austrofaschistischen Österreichs. Bald wird begonnen, eine neue Verfassung auszuarbeiten und so das politische System grundlegend umzustrukturieren. Ein faschistisch-korporativer Gesellschaftsumbau wird geplant. Der Staat

soll nach autoritären, berufsständischen Prinzipien organisiert werden. Parallel zur schrittweisen Umstrukturierung arbeitet das Regime an der Ausschaltung der Sozialdemokratie. Immer weitreichendere Einschränkungen, Provokationen, Repressionsmaßnahmen und die gleichzeitige Untätigkeit der sozialdemokratischen Führung münden in den Februarkämpfen im Februar 1934. Der Aufstand gegen die Faschisierung wird niedergeschlagen, die sozialdemokratische Führung flüchtet. Die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs* (SdAPÖ) wird zerschlagen und verboten. Knapp drei Monate später – am 1. Mai 1934 – tritt die neue Verfassung in Kraft. Die VF wird in dieser als alleinige Partei verankert.

Siehe Seite 36.

Am 25. Juli 1934 beginnt der Juliputsch. Der immer stärker werdende österreichische Nationalsozialismus betreibt seit dem Verbot der NSDAP eine Terrorkampagne. Sprengstoffanschläge, Morde und Terror mit Böllern stehen an der Tagesordnung. Mit dem Juliputsch versuchen die Nationalsozialist*innen, die Macht zu übernehmen. Engelbert Dollfuß wird durch ein SS-Kommando erschossen. Am 30. Juli wird der Putschversuch niedergeschlagen. An die Stelle Dollfuß' tritt Kurt Schuschnigg. Dieser bleibt bis zum „Anschluss" 1938 an der Spitze des austrofaschistischen Österreichs. Das nationalsozialistische Deutschland ändert seine Strategie: Das österreichische Regime soll unterwandert, durchdrungen und so durch Druck von innen und außen der „Anschluss" erreicht werden. Im Juli 1936 wird zwischen Deutschland und Österreich das sogenannte Juliabkommen abgeschlossen, wodurch einer weiteren nationalsozialistischen Durchdringung Österreichs die Türen geöffnet werden. Weitere Verhandlungen führen zur Aufnahme von Nationalsozialisten in wichtige Positionen, der Öffnung der VF für deklarierte Nationalsozialist*innen und schließlich im Jahr 1938 zur Berufung von Nationalsozialisten in die Regierung. Am 12. März 1938 wird Österreich Teil des „Dritten Reichs". Die Bevölkerung jubelt.

Siehe Seite 54.

Austrofaschistische Ideologie

Neben den klassischen faschistischen Ideologieelementen – Antiliberalismus, Antimarxismus, Antiparlamentarismus, Antisemitismus, Rassismus, Volksgemeinschaftsdenken, Führerprinzip und Militarismus – und der katholischen Stoßrichtung, bestimmten zwei Aspekte die austrofaschistische Ideologie maßgeblich: Einer davon war die Vorstellung einer berufsständisch organisierten Gesellschaft. Die österreichische Ausprägung des Ständedenkens setzte sich aus verschiedenen christlich-sozialen und faschistischen Ansätzen und Rezeptionen zusammen. Aus ihnen entstand der austrofaschistische, vom Regime selbst so betitelte „Ständestaat". Den zweiten maßgeblichen Aspekt stellt eine spezifische deutschnationale Österreichideologie dar. Aus einem deutschen Führungsanspruch im Donauraum wurde eine historische Mission Österreichs hergeleitet: Österreich sollte als eigenständiger Teil eines katholischen Deutschen Reichs als Mittlerin des „Deutschtums" nach Ost- und Südosteuropa dienen. Das österreichische „Deutschtum" wurde, gegen den Nationalsozialismus gerichtet, als das bessere „Deutschtum" inszeniert. Dieses sollte über seine Grenzen hinaus strahlen und ›

Das österreichische „Deutschtum" wurde als das bessere inszeniert.

© ÖNB/Wien, H 2163 Treffen Mussolini – Dollfuß in Riccione

Engelbert Dollfuß (links) zu Besuch bei Benito Mussolini (rechts in Badehose) in Riccione im August 1933.

© ÖNB/Wien, Pf 5465:D(29) Dollfuß' Rede am Trabrennplatz

Engelbert Dollfuß während seiner programmatischen Rede am Generalappell der Vaterländischen Front am Wiener Trabrennplatz.

© wikimedia/Rowanwindwhistler

Aufnahme der Tribüne am Frontappell der Vaterländischen Front am 18. Oktober 1936 auf der Schmelz in Wien.

zu einer großdeutschen Lösung – also der Vereinigung von Deutschland und Österreich – unter katholischen Vorzeichen führen.

Vorbild italienischer Faschismus

Die Ausschaltung des Parlaments und die darauffolgende Etablierung der austrofaschistischen Herrschaft erfolgten nicht aus dem Nichts. Vonseiten der politischen Rechten in Österreich standen in den 1920er- und 1930er-Jahren grundlegende antidemokratische, autoritär-korporative und/oder faschistische Veränderungen ständig zur Diskussion. Der ab den 1930er-Jahren einsetzende stetige Aufstieg des Nationalsozialismus und der zunehmende Mehrheitsverlust der Regierungsparteien führten diese in eine politische Krise. Die *Christlichsoziale Partei* (CSP) und ihre wichtigsten Akteure vertraten eine grundsätzlich antidemokratische und autoritäre Einstellung. Ausgehend von dieser Einstellung radikalisierte sich die Partei im Laufe der Ersten Republik in Richtung (Austro-)Faschismus. Das austrofaschistische Herrschaftssystem hatte dabei vor allem ein großes Vorbild: Den italienischen Faschismus.

Betrachtet man die Rezeption des italienischen Faschismus in austrofaschistischen Medien, zeigt sich das eindeutig. Das faschistische Italien wurde auf allen Ebenen als vorbildlich wahrgenommen: Benito Mussolini als ein wahrer „Führer“, das italienisch-faschistische Korporationssystem und die Umstrukturierung Italiens als richtungsweisend, der Stellenwert der katholischen Kirche als beispielhaft, der italienische Faschismus als christliche Bewegung und die Außenpolitik Italiens als rational und friedensschaffend. Bedingungslos positionierte sich

der Austrofaschismus aufseiten des italienischen Faschismus und orientierte sich an ihm als Positivbeispiel für die Schaffung eines neuen Österreichs. Darin waren sich die verschiedenen Spektren des austrofaschistischen Herrschaftssystems einig. Das bedeutete aber keineswegs, dass man alles genau wie der italienische Faschismus machen wollte. Der italienische Faschismus wurde als italienischer Ausdruck einer politischen Tendenz gesehen. Man wollte eine eigene Ausprägung des Faschismus – eben eine österreichische Variante – schaffen. Der Austrofaschismus verortete sich damit selbst sehr deutlich im faschistischen Spektrum. Uneinig war man sich in der Bezeichnung des austrofaschistischen Österreichs, nicht aber im Inhalt.

Ab 1936 wurde der NS positiver gesehen.

Austrofaschismus und Nationalsozialismus – Die Erzählung vom Abwehrprojekt

Das austrofaschistische Österreich wurde und wird als Abwehrprojekt gegen den Nationalsozialismus verklärt. Bewusst oder unbewusst wird dabei das Verhältnis von Austrofaschismus und Nationalsozialismus außer Acht gelassen. Von Beginn der austrofaschistischen Herrschaft an wurde vonseiten des Regimes aus versucht, den österreichischen Nationalsozialismus zu bekämpfen, aber auch ihn in das Herrschaftssystem zu integrieren und eine Zusammenarbeit mit ihm anzustreben. Immer wieder kam es zu Gesprächen, Kontaktaufnahmen und Fühlungnahmen. Der Nationalsozialismus wurde zwar als politischer Gegner gesehen, aber eben als Gegner aus dem gleichen politischen Spektrum. Das machte ihn aus der Sicht des Austrofaschismus zu einem potenziellen Verhandlungs- und Bündnispartner, solange das bestehende Regime die Oberhand behielt. Es wurde kein gleichmäßiger Kampf gegen die politische Linke und den Nationalsozialismus geführt. Der gefährlichere Gegner wurde eindeutig in der politischen Linken gesehen. Ein gemeinsamer Kampf gegen den Nationalsozialismus kam für das Regime nicht in Frage.

Parallel zur versuchten politischen Integration wurde sich bis zur Etablierung der Achse Berlin-Rom im November 1936 in den austrofaschistischen Medien stark vom Nationalsozialismus abgegrenzt. Der italienische Faschismus wurde in dieser Zeit als Positivbeispiel gegenüber dem Nationalsozialismus in Stellung gebracht. Man attestierte einen grundsätzlichen Unterschied beider Bewegungen und behauptete, gemeinsam mit dem italienischen Faschismus auf dem Boden des Abendlandes zu stehen, während der Nationalsozialismus außerhalb von diesem stehe. Mit der veränderten politischen Lage durch das Juliabkommen und die Achse Berlin-Rom erfuhr der Nationalsozialismus im austrofaschistischen Diskurs allerdings eine deutliche Aufwertung. Von nun an sah man sich mit dem italienischen Faschismus und Nationalsozialismus auf der gleichen Seite.

Selbstverortung als Faschismus als Selbstverständlichkeit

In der Debatte über den Austrofaschismus wird oft die Einordnung als Faschismus angezweifelt. Dass der Austrofaschismus sich nicht einfach als ein autoritäres, sondern als ein faschistisches Regime sah, zeigt die beschriebene Selbstpositionierung des Austrofaschismus: Für das Regime war es selbstverständlich, sich in der Bandbreite faschistischer Bewegungen und Regime zu verorten. Die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus, italienischem Faschismus und Austrofaschismus sind eindeutig. Sie sind aber kein Argument, das österreichische Regime von 1933 bis 1938 nicht als Variante des Faschismus einzuordnen. △

LITERATURHINWEISE

Emmerich Tálos / Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938, Wien/Berlin 2014.

Julian Stricker-Neumayer, „(…) ein politisches Leuchtfeuer, angezündet von einem Genie in einem tobenden europäischen Chaos.“. Die Darstellung des italienischen Faschismus in der austrofaschistischen Presse 1933-1938, Masterarbeit, Universität Wien 2023.

Julian Stricker-Neumayer ist als Historiker in verschiedenen Projekten in Wien tätig.

WIE SICH EINE GESELLSCHAFT POLARISIERT

Das Beispiel der Ersten Österreichischen Republik

Ein Text über Schwächen dominanter Deutungsmuster von Florian Wenninger.

Die Zweite Republik basiert zu guten Teilen auf der Abgrenzung von der Ersten Republik 1918-1933. Der entscheidende Makel der Ersten Republik, so wurde und wird noch unterstellt, sei weder die republikanische Regierungsform gewesen, noch seien Verteilungskonflikte entscheidend gewesen. Ausschlaggebend für den Misserfolg sei vielmehr der mangelnde Glaube an die Legitimität und Überlebensfähigkeit des neuen Kleinstaates gewesen. Die Verantwortung für die euphemistisch als „Scheitern" bezeichnete Beseitigung von Demokratie und Republik 1933/34 wurde damit indirekt auf alle politischen Richtungen verteilt. Wenn den Staat, wie eine bis heute regelmäßig bemühte Formel besagt, „niemand gewollt hatte", dann war auch sein Ende allen in ähnlichem Ausmaß anzulasten. Worum es in den politischen Auseinandersetzungen der Ersten Republik primär gegangen war, wurde damit scheinbar nebensächlich. Es blieb das Paradigma der ungefestigten Nation, das speziell die antidemokratische Tradition des konservativen Blocks überlagerte.

Geschichtspolitisch stellte dieses Resümee nach 1945 vor allem ein Zugeständnis der SPÖ an die ÖVP dar. Je stärker die Akzeptanz des demokratischen Systems in weiten Teilen der Bevölkerung wurde, desto diffiziler war für die konservativen Trägergruppen der ÖVP der Umstand, dass sie vor 1938 nur in (minoritären) Teilen über eine demokratische Tradition verfügten. Die Erzählung vom „Scheitern" der Ersten Republik (statt des Putsches, der sie in Wirklichkeit beendete), von der „geteilten Schuld" zwischen Konservativen und Sozialdemokraten (die schlicht eine Fiktion war) und schließlich von der kathartischen Erfahrung des NS-Terrors, geronnen im Handschlag auf der „Lagerstraße" (der so nie stattfand), war die narrative Antwort auf dieses Problem. Zugleich sollte diese Interpretation des Geschehenen auch der eigenen, konservativen Anhängerschaft die Aussöhnung mit dem demokratisch-republikanischen System der Gegenwart erleichtern.

Auffällig ist, wie frühzeitig diese Deutung in offenem Widerspruch zu den Ergebnissen der zeitgeschichtlichen Forschung stand, sei es nun „linker" oder „konservativer" Wissenschafter*innen. Auf deren Grundlage scheinen für das Verständnis der 1920er- und 1930er-Jahre vor allem sechs Aspekte ausschlaggebend.

1. Die Demokratisierung der Gesellschaft war von massiven Sorgen konservativer Kreise begleitet, ihre bisherige Vormachtstellung qua Wahlen zu verlieren, weil sie Interessen der Unternehmerschaft gegenüber jenen der Beschäftigten priorisierten. Tatsächlich trat dieser Bedeutungsverlust zunächst vor allem auf kommunaler Ebene ein, wo bis 1918/19 das Zensuswahlrecht weiter in Kraft geblieben war und bei den ersten freien, allgemeinen

Zusammen mit dem „Antimarxismus“ bildete der Judenhass ein verbindendes ideologisches Grundrauschen der politischen Rechten.

Wahlen Erdrutschsiege von links erfolgten. Unter dem Eindruck dieses Bedeutungsverlustes kam es zu einer nachhaltigen Radikalisierung vor allem junger, urbaner Intellektueller, die in den 1920er-Jahren innerhalb der Christlichsozialen Partei an die Schalthebel vorrückten. Die unbestrittene Führungsfigur dieses Personenkreises bildete Ignaz Seipel, der bereits 1920 in Überlegungen für einen rechten Umsturz einbezogen gewesen war. In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre begann der rechte christlichsoziale Parteiflügel, beständig stärker auf einen Staatsstreich zu drängen.

Diese katholischen Intellektuellen waren auch stark von den an den Universitäten vorherrschenden Strömungen beeinflusst, insbesondere vom Nationalsozialismus und dem immer radikaler werdenden Antisemitismus. Zusammen mit dem „Antimarxismus“ bildete der Judenhass ein verbindendes ideologisches Grundrauschen der politischen Rechten über alle Partei- und Organisationsgrenzen hinweg. Prototypische Repräsentanten der Schnittmenge zwischen politischem Katholizismus und völkischem Nationalismus waren Personen wie der Bischof und Rektor der Anima, Alois Hudal, der spätere Professor Taras Borodajkewycz oder der kurzzeitige Bundeskanzler und Kriegsverbrecher Arthur Seyss-Inquart.

2. Der Aufstieg der Sozialdemokratie beschränkte sich weitgehend auf Städte und Industrieenklaven, während der Sprung aufs Dorf weder vor noch nach 1918 gelang. Für die agrarisch geprägten Teile der Christlichsozialen Partei blieben „die Roten“ daher in den ersten Jahren der Ersten Republik ein eher abstrakter Gegner. Das ermöglichte ein vorübergehendes gesellschaftliches Zweckbündnis zwischen Bauernschaft und Industriearbeiterschaft, das im Herbst 1918 die Etablierung einer Republik durchsetzte. Nachdem sie ihr städtisches Potenzial ausgeschöpft hatte, startete die Sozialdemokratie ein Agrarprogramm, um nun das ländliche Österreich in Angriff zu nehmen. Die rote Expansion in die kleineren Städte scheiterte, aber auch der Versuch bzw. die theoretische Möglichkeit, dass sich die Landarbeiter*innen gewerkschaftlich organisieren und Forderungen stellen könnten, trug erheblich zur Stärkung der antidemokratischen Bewegungen unter den Bauern bei – und damit zum Bruch des sozialen Fundaments, auf dem die Erste Republik ruhte.

3. In der Literatur wird das Polizeimassaker vom 15. und 16. Juli 1927 einhellig als der Wendepunkt der Republik beschrieben. Tatsächlich wurde der autoritäre Konsens im konservativen Block, der in den Putsch von 1933/34 mündete, nicht durch äußere Ereignisse ausgelöst, sondern auf Seiten der Christlichsozialen Partei spätestens mit der innerparteilichen Ausschaltung der Vertreter des gemäßigten Agrarflügels Anfang der 1920er-Jahre gefestigt. Der Aufstieg der *Heimwehr* nach dem Justizpalastbrand war keine eigenständige Entwicklung, sondern vollzog sich in enger Abstimmung mit dem dominanten rechten Flügel der Christlichsozialen. Die von der konservativen Regierung und den *Heimwehr*-Organisationen ab 1927 angewandte Strategie der Spannung führte jedoch zunächst nicht zu den erwarteten Ergebnissen, da Dollfuß’ Vorgänger im Amt im Gegensatz zu ihm selbst nicht bereit waren, die vollen Konsequenzen eines Putsches zu tragen.

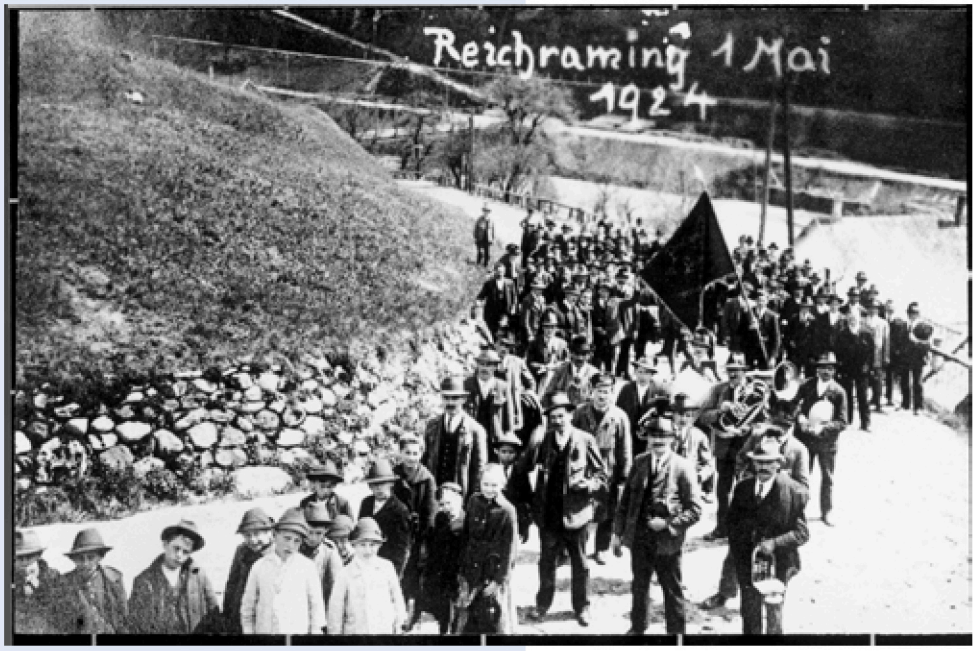
4. Historisch wird die Errichtung der Diktatur bis heute meist im Zusammenhang mit den persönlichen Motiven der Hauptakteure, insbesondere des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß, gesehen. Im Lichte des aktuellen Forschungsstandes erscheint es viel plausibler, von zwei Kernmotiven zu sprechen, einem politischen und einem wirtschaftlichen.

Auf die Weltwirtschaftskrise, die Österreich 1930 traf und mit einer jahrelangen Bankenkrise zusammenfiel, gab es zwei mögliche politische Antworten: die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung durch Ausgabenkürzungen und Lohndruck oder die Finanzierung von Sozialprogrammen und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch erzwungene Umverteilung, also den Weg des New Deal von US-Präsident Roosevelt. Vor diesem Hintergrund betrieb die österreichische Regierung eine Politik der Krisenbewältigung, die die erwerbstätige Bevölkerung stark benachteiligte und insbesondere auch die Staatsbediensteten traf. Unter demokratischen ›

© IHSF

Sozialdemokratisches Wahlplakat, das sich mit einer zentralen sozialen Frage der 1920er befasst: der Versorgung der Kriegsversehrten. Die entscheidende Konfliktlinie der Ersten Republik war nicht so sehr eine kulturelle als vielmehr eine ökonomische.

© IHSF



Maiaufmarsch in Reichraming im Ennstal 1924. Der versuchte „Sprung aufs Dorf“ der Sozialdemokratie erhöhte die Spannungen mit der Bauernschaft erheblich.

Vorzeichen war dieser Kurs mittelfristig nicht durchhaltbar, wie Kurt Schuschnigg bereits 1932 im Kabinett erwähnte. Der damalige Justizminister dachte dabei vermutlich an das Anwachsen der Sozialdemokratie von einer relativen zu einer absoluten Mehrheit im Parlament. Tatsächlich erwies sich als die unmittelbarere Gefahr jedoch die Desintegration des Bürgerblocks. Sowohl die Deutschnationalen Parteien als auch die Christlichsozialen verloren massiv an Zustimmung. Mit Blick auf den eigenen sozialen Abstieg radikalisierte sich die kleinbürgerliche Stammwählerschaft dieser Parteien massiv. Sie nahmen jedoch nicht das egalitäre politische Angebot der Linken an, sondern suchten im Gegenteil nach Möglichkeiten, ihren sozialen Status zu stabilisieren. Dies führte zu verstärkten Ressentiments gegen die Republik und die Sozialdemokratie, wie auch zu einem Aufschwung der NSDAP, insbesondere auf Kosten der städtischen Strukturen der etablierten konservativen Parteien. Die Errichtung einer Diktatur bot die Möglichkeit, sich der Arbeiter*innenbewegung zu entledigen, gemäßigtere Konkurrenten innerhalb der Christlichsozialen Partei zu entmachten und den Aufstieg der NSDAP als unliebsamen politischen Konkurrenten innerhalb des Bürgerblocks zu bremsen. Dem Staatsstreich lag also das ökonomische Motiv zugrunde, die Folgen der Wirtschaftskrise im Sinne der wirtschaftlichen Eliten zu lösen. Das politische Kalkül war es, einer drohenden Wahlniederlage zuvor zu kommen und zugleich der Christlichsozialen Partei ihre dominante Stellung innerhalb des Bürgerblocks zu erhalten, die durch das massenhafte Überlaufen der kleinbürgerlichen Klientel zu den Nazis in Frage stand.

5. Rückblickend werden der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols und die Präsenz paramilitärischer Formationen als eindeutige Anzeichen dafür gewertet, dass die Erste Republik ein gescheiterter Staat war. Was bleibt, ist die Metapher eines totalitären Hufeisens: In ihrem militanten Extremismus verwischen sich die Unterschiede zwischen Links und Rechts, die beide angeblich Hindernisse für eine funktionierende parlamentarische Demokratie waren. In Wirklichkeit war der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols kein Manko der neuen republikanischen Ordnung, sondern ihre Voraussetzung. Die bürokratische und militärische Führung der jungen Republik war durchsetzt von erbitterten Gegnern derselben. Dass weder das

Mit Blick auf den eigenen sozialen Abstieg radikalisierte sich die kleinbürgerliche Stammwählerschaft der konservativen Parteien massiv.

Militär noch der entthronte Kaiser einen Staatsstreich inszenierten, lag nur an den fehlenden Gewaltmitteln, die dafür zur Verfügung standen. Seit dem Bruch der Großen Koalition zwischen Sozialdemokratie und Christlichsozialen 1920 war es das gemeinsame Ziel aller konservativen Regierungen gewesen, das Militär wieder zu einem verlässlichen Instrument der Rechten zu machen. Diese Strategien beantwortete die Sozialdemokratie 1923 mit der Neuorganisation ihrer Verteidigungsverbände unter dem Dach des *Republikanischen Schutzbundes*. Im Juli 1927 kam es in dieser Hinsicht zu einem Wendepunkt: Es war ein Testfall für die Bereitschaft der Exekutive und ein Indikator für die Lage der Truppe. Als die Polizei in die Menge schoss, ohne sich gegen den entsprechenden Befehl aufzulehnen, und es derweil in den Kasernen ruhig blieb, war allgemein klar, dass die staatlichen Organisationen im Falle einer militärischen Konfrontation nicht neutral bleiben, sondern zugunsten der Rechten eingreifen würden.

6. Erst vor wenigen Monaten ist eine alte Frage wieder in die öffentliche Debatte geraten: ob man das Dollfuß/Schuschnigg-Regime als faschistisch bezeichnen könne. Tatsächlich gab es schon in den 30er-Jahren unter Regimefunktionären Vorbehalte gegen den Begriff „Faschismus“. Diese Reservationen waren allerdings nicht prinzipieller, sondern vor allem taktischer Natur. Zum einen hatten die *Heimwehr*-Organisationen in den Jahren zuvor das Etikett „faschistisch“ monopolisiert und insbesondere die mit ihnen um rechte Arbeiter*innen konkurrierenden christlichen Arbeiterorganisationen wollten ihren Rivalen diesen symbolischen Sieg nicht gönnen. Zum anderen war die Zuschreibung „faschistisch“ in der Öffentlichkeit natürlich eng mit Italien verbunden. Gerade den heimischen Konservativen galt Italien jedoch wegen dessen Rolle während des Ersten Weltkrieges als Erbfeind.

Seit dem Bruch der Großen Koalition 1920 war es das gemeinsame Ziel aller konservativen Regierungen gewesen, das Militär wieder zu einem verlässlichen Instrument der Rechten zu machen.

Eine allzu offensichtliche Übernahme eines Regimetypus, der auf italienischem Hypernationalismus basierte, erschien daher wenig opportun.

Ungeachtet dessen ist kaum zu übersehen, dass die zentralen Akteure der Diktatur diese nach faschistischem Muster gestalteten. Dies betraf die politische Struktur mit der *Vaterländischen Front* als eine politische Monopolorganisation im Zentrum und einem „Führer“ an der Spitze ebenso wie die soziale Funktion, die auf der Ausschaltung der Arbeiter*innenbewegung von politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen beruhte. Auch die militaristisch-messianische Inszenierung folgte offensichtlich faschistischen Vorbildern. Der wesentlichste Unterschied zu herkömmlichen autoritär-repressiven Regimen war die aktivistische Herrschaftsform: der Anspruch, möglichst weite Lebensbereiche der Bevölkerung durch regimetreue Strukturen zu erfassen, nicht auf Passivierung und bloße Unterdrückung zu setzen, sondern auf Einbindung und Integration. Vor diesem Hintergrund scheint es naheliegend, in der österreichischen Diktatur ein Beispiel für eine präventive Faschisierung von oben zu sehen. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung von einst bürgerlichen Kräften, die damit der Gefahr begegnen wollten, andernfalls zwischen der faschistischen Konkurrenz zur Rechten und der Arbeiter*innenbewegung zur Linken aufgerieben zu werden. △

Florian Wenninger, Politikwissenschafter und Historiker, leitet das Institut für Historische Sozialforschung und ist Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Frauen im Austro-faschismus

Im Dezember 1933 wurde die damals noch gleichheitswidrige *Doppelverdienerverordnung* erlassen, mit der Beamtinnen, die mit einem Beamten verheiratet waren, entlassen wurden. Die 1918 eingeführte Gleichstellung von Frau und Mann wurde mit der *Maiverfassung* von 1934 abgeschafft. Auch die politische Konstruktion des „Ständestaates" war genuin diskriminierend, weil politische Teilnahme nur über eine Berufsbürgerschaft vorgesehen war, womit Hausfrauen und Hausgehilfinnen, für die kein Berufsstand errichtet wurde, ausgeschlossen waren. Infolge der Zerschlagung der sozialdemokratischen und kommunistischen Frauenorganisationen, die nur mehr in der Illegalität agieren konnten, gab es keine Frauenvertretungen mehr, die die Gleichheit zwischen den Geschlechtern einforderten.

Ein Überblick von Irene Bandhauer-Schöffmann.

Genderspezifische Zukunftsentwürfe für die Rekatholisierung

Der Staatsstreich im März 1933 wurde von den katholischen Frauenvereinen rundum positiv beurteilt. Die erwartete Rückgängigmachung von Liberalisierung und Säkularisierung sollte auch zu einer Neuordnung der Geschlechterverhältnisse führen – diese Erwartung hatten sowohl Frauen als auch Männer im katholischen Milieu und sie beriefen sich dabei auf päpstliche Schriften. Für die Katholikinnen sollte sich der sogenannte „Neuaufbau" des Staates unter Diktator Dollfuß auch in einer Neugestaltung der politischen Mitsprache niederschlagen. Aus der angenommenen Differenz der Geschlechter und der Mütterlichkeit der Frauen, die als „natürliche" weibliche Eigenschaft galt, wurde abgeleitet, dass Frauen auch in der Öffentlichkeit als Ergänzung der Männer tätig sein müssten. Der katholische Staat dürfe kein Männerstaat sein.

Mit der Verteidigung einer politischen Mitsprache von Frauen waren die katholischen Frauenorganisationen innerhalb des katholischen Milieus jedoch in einer Minderheitenposition. Nicht nur die Politiker, auch die maßgeblichen Kirchenmänner intendierten, Frauen ins Haus zu verbannen. Für Frauenrechte war hier kein Platz! Ihnen wurde von Geistlichen generell alles verboten, was die 1930er-Jahre den Frauen an Konsum und Zerstreuung anboten: Sie sollten nicht ins Kino oder Theater gehen, nicht Radio hören, sich keinesfalls modisch kleiden oder schminken und schon gar nicht rauchen oder Alkohol trinken.

Für Frauenrechte war hier kein Platz!

Forderungen nach politischer Partizipation in einer Hauswirtschaftskammer

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen

© ÖNB/Wien, „KOS 8.049 - D“

Fanny Starhemberg, katholische Aktivistin im Austrofaschismus.

der politischen Vertretung von Frauen veränderten sich durch die berufsständische Ordnung, die die 1933 abgeschaffte parlamentarische Demokratie ersetzen sollte und im katholischen Milieu als vom Papst vorgegebene Ordnung rezipiert wurde. Die politische Beteiligung der Bürger*innen sollte über Stände, d.h. die Zusammenfassung von Berufstätigen innerhalb eines Berufsfeldes, erfolgen. Diese Idee der Berufsstände war neben der Rekatholisierung einer der zentralen Punkte der Ideologie des „Christlichen Ständestaates“. Hervorgehoben werden muss aber, dass der ständische Aufbau nicht vollständig umgesetzt wurde und bei der politischen Entscheidungsfindung, die rein autoritär erfolgte, keine Rolle spielte. Insofern ist die Bezeichnung „ständisch“ genauso irreführend wie die Bezeichnung „christlich“.

Die katholische Frauenbewegung wollte Frauen in die neuen politischen Strukturen inkludieren. Hierbei griff sie auf Konzepte strikter Geschlechtertrennung zurück und entwarf eigene politische Räume für Frauen. Sie wollte für weibliche Berufstätige eigene Frauenkurien. Für die Vertretung der politischen Interessen des Berufsstandes der Hausfrauen und Hausgehilfinnen forderte die katholische Frauenbewegung die Errichtung einer Hauswirtschaftskammer. In dieser sollten nur Frauen tätig werden, denn ein haushaltsführender Mann – etwa ein Arbeitsloser, dessen Ehefrau mit ihrer Berufstätigkeit die Familie erhielt – galt im katholischen Milieu der 1930er-Jahre als Zeichen „unnatürlicher Verhältnisse“.

Ignorieren der Frauenforderungen

Obwohl sich alle legalen Frauenorganisationen (das heißt neben den katholischen auch die bürgerlich-liberalen Frauenvereine) für eine Hauswirtschaftskammer eingesetzt hatten, wurde eine solche nicht realisiert. Die Hauswirtschaft wurde in der *Maiverfassung* 1934 nicht als Berufsstand angesehen und die Berufungen in die neu errichteten „ständischen“ Vertretungen berücksichtigten Frauen nur marginal. Der Staatsrat, der Bundeswirtschaftsrat, der Länderrat und der Bundestag sowie die Regierung hatten keine weiblichen Mitglieder. Der Frauenanteil in den „ständischen“ Vertretungskörpern lag damit bei unter einem Prozent. Die katholischen Frauenorganisationen sahen das als falsche Auslegung christlicher Werte. Die Errichtung einer Hauswirtschaftskammer scheiterte nicht zuletzt am damals geltenden patriarchalen Ehe- und Familienrecht aus 1811. Nach dem Gesetz war der Hausherr der Arbeitgeber der Hausangestellten und ihm war auch die Ehefrau unterstellt. Dies zu ändern, lag nicht im Interesse der Funktionäre des „Ständestaates“, vielmehr gingen ihre Intentionen in Richtung einer Stärkung der „hausväterlichen Position“ des Mannes.

Frauenpolitik in der *Vaterländischen Front*

Anfang Juli 1934 wurde die politische Vertretung von Frauen in der Monopolorganisation *Vaterländische Front* (VF) geregelt und zwei Wochen vor seiner Ermordung bestellte Dollfuß Fürstin Fanny Starhemberg zur Leiterin des Frauenreferats für ganz Österreich. Fanny Starhemberg war die bekannteste katholische Aktivistin im Austrofaschismus und seit den 1920er-Jahren Präsidentin der *Katholischen Reichsfrauenorganisation*. Für die Frauenorganisationen lässt sich Erika Weinzierls These, dass es eine „deutliche Parallelentwicklung von Katholischer Aktion und Vaterländischer Front“ gegeben habe, bestätigen. Im März 1935 wurden der organisatorische Aufbau und die inhaltlichen Zielsetzungen des Frauenreferats konkretisiert und der *Dachverband der bürgerlich-liberalen Frauenvereine* (BÖFV) zwangsweise dem Frauenreferat der ›

Der Frauenanteil der „ständischen“ Vertretungskörper lag unter einem Prozent.

© ÖNB/Wien, „PLA16307065"

Plakat der VF anlässlich einer Kundgebung unter dem Titel „Die Vaterländische Front ehrt die Mütter".

VF angegliedert. Weil die Frauen in der *Katholischen Aktion* nicht mehr politisch tätig sein durften, engagierten sie sich in der VF.

Es gab im Frauenreferat der VF drei Gruppen von Funktionärinnen: (1) Frauen aus der katholischen Frauenbewegung, die die Organisation für Frauen in der VF in Anlehnung an ihre traditionellen Vereinsstrukturen aufbauten und zahlenmäßig bei weitem dominierten; (2) bürgerlich-liberale bzw. deutschnationale Frauen aus dem BÖFV, die sich im Geheimen für den Nationalsozialismus engagierten und auf den Anschluss an Deutschland hinarbeiteten, und es gab (3) die zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Funktionärinnen, die aus der *Heimwehr* kamen. Die politische Vertretung von Frauen innerhalb der VF blieb bis zum Ende des austrofaschistischen Regimes organisatorisch und inhaltlich unfertig.

Tätigkeiten des Frauenreferats der VF

Ein Vorhabensbericht von Fanny Starhemberg aus 1936 und verstreut erhalten gebliebene Tätigkeitsberichte aus diversen Bundesländern geben Auskunft über die Tätigkeiten des Frauenreferats. Die *Arbeitsgemeinschaft* (AG) *für kulturelle Frauenangelegenheiten* sollte laut Starhemberg an der Rekatholisierung der Frauen des Landes arbeiten. Die Frauen müssten sich für ein „Volks- und Staatsleben nach christlichen Sittengesetzen" einsetzen, meinte sie. Dazu wurden Vorträge über bedeutende Österreicher*innen und Themen der Volkskultur veranstaltet, Ausstellungen organisiert, z. B. über bäuerlichen Hausrat, und Volkslied- und Volkstanzkurse angeboten. Die *AG für Schule, Erziehung und Mädchenbildung* sollte sich laut Starhemberg für eine „kompromisslose Befolgung der christlichen Grundsätze" einsetzen. Konkrete Forderungen waren unter anderem eine Geschlechtertrennung in der Eisenbahn mittels eigener Mädchen- und Bubenwaggons. Mit der *AG Jugend* wollte Starhemberg die weibliche Jugend für die VF gewinnen, die jungen Frauen in „weiblichem Sinn" zu Hausfrauen und Müttern erziehen.

Junge Frauen sollten zu Hausfrauen und Müttern erzogen werden.

Das *Mutterschutzwerk*

Das *Mutterschutzwerk* (MSW) der VF, die zweite Frauenorganisation innerhalb der VF, verfolgte bevölkerungspolitische Ideen und baute auf Ideen der „Jungmütterrunden" der *Katholischen Frauenorganisation* auf. Die Leiterin dieser Runden, die Journalistin Mina Wolfring, trat an Dollfuß mit der Idee heran, eine Studienreise ins faschistische Italien zu unternehmen, um Informationen über die *Opera nazionale per la maternità ed infanzia* einzuholen und danach in Österreich Ähnliches aufzubauen. Für das katholische Milieu adaptierte Wolfring ein bevölkerungspolitisches Programm, das Klassen- und Genderpolitik verschränkte. Ein wesentliches Instrumentarium, um die Ideale eines katholischen Ehe- und Familienlebens in der Bevölkerung zu verankern, waren die Mütterschulungen. Wolfring versuchte, die Mütterschulung als obligatorische, kostenlose Ausbildung für alle Mädchen durchzusetzen. In Anbetracht des enormen Elends in der Bevölkerung waren die materiellen Leistungen für Familien von Seiten des austrofaschistischen Regimes zu gering, um damit politische Zustimmung zum Regime zu erzeugen, und sie wurden zudem überwiegend an Personengruppen vergeben, die politisch sowieso loyal waren. △

LITERATURHINWEISE

Irene Bandhauer-Schöffmann, Nach der Zerstörung der Demokratie: Politische Partizipation im Austrofaschismus (1933/1934 - 1938), in: Sie meinen es politisch! 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich, Wien 2019, S. 176–191.

Emmerich Tálos / Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik, Wirtschaft und Kultur, 1933–1938, 7. Auflage, Wien 2014.

Irene Bandhauer-Schöffmann ist Historikerin und lehrt am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien.

Zwischen Repression & Integration

Die Arbeiter*innenschaft im Austrofaschismus (1933-1938)

Das austrofaschistische Regime verfolgte gegenüber der Arbeiter*innenschaft eine Doppelstrategie: Während die linke Arbeiter*innenbewegung rigoros verfolgt wurde, sollte die große Masse der „ehemals“ sozialdemokratischen Arbeiter*innen für den neuen Staat gewonnen werden. Obwohl eine große Begeisterung – nicht zuletzt aufgrund der anhaltend schlechten sozialen Lage der Arbeiter*innenschaft – ausblieb, trugen die Integrationspolitiken zu einer Stabilisierung des Regimes bei.

Ein Beitrag von Elisabeth Luif.

Verfolgung nach dem März 1933

Bereits seit den späten 1920er-Jahren hatten die bürgerlichen österreichischen Regierungen ihre Gangart gegenüber der linken Arbeiter*innenbewegung verschärft. Die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 war eine Zäsur und bildete die Grundlage für die rasche Verschärfung der Repressionsmaßnahmen.

Neben Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit sowie der Einführung eines Streikverbotes wurden die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) und der *Republikanische Schutzbund*, die Wehrorganisation der Sozialdemokratie, aufgelöst. Das Regime verschaffte sich eine direktere Kontrolle über Polizei und Justiz, die zentralen Pfeiler der Repressionspolitik. Zusätzlich wurde im September 1933 die Anhaltehaft eingeführt, mit der Personen ohne konkrete Beweise für strafbare Handlungen präventiv interniert werden konnten.

Februar 1934 – Höhepunkt der Repression

Im Zuge des dreitägigen Bürger*innenkrieges im Februar 1934 zwischen Teilen der linken Arbeiter*innenbewegung auf der einen sowie Polizei, ›

Das Bundesheer sichert das Verbot der traditionellen Aufmärsche der Arbeiter*innenbewegung zum 1. Mai 1933.

© Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien; E25/241 | Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien / www.vga.at

Im Zuge des dreitägigen Bürger*innenkrieges im Februar 1934 erreichte die Repressionspolitik des Regimes ihren Höhepunkt.

Heer und rechten paramilitärischen Verbänden auf der anderen Seite erreichte die Repressionspolitik des Regimes ihren Höhepunkt.

Die bis dahin noch (halb-)legale *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (SdAPÖ) sowie alle ihr nahestehenden Organisationen, darunter die *Freien Gewerkschaften* und zahlreiche Sport- und Kulturorganisationen, wurden verboten. Alle sozialdemokratischen Mandatar*innen, vom Parlament bis in die Gemeinde- und Betriebsräte, verloren ihre Positionen. Mehrere tausend Personen wurden verhaftet, zahlreiche von ihnen vor Gerichten verurteilt und neun Menschen exekutiert.

Damit wurde auch ein Großteil der Arbeiter*innenschaft vor den Kopf gestoßen, hatte die SdAPÖ doch mit über 700.000 Mitgliedern und etwa 40 % Stimmenanteil im Nationalrat bislang den Großteil dieser Bevölkerungsgruppe repräsentiert.

Repressionspraxis bis 1938

In der Folgezeit wurden die Repressionsmaßnahmen nachjustiert, vereinheitlicht und auf verschiedenste gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet. Die Inhaftierung politischer Gegner*innen war ihr sichtbarster Ausdruck, sie umfasste aber auch Geldstrafen, Vermögensentzug, Entlassungen, Wohnungskündigungen oder sogar Aberkennungen der Staatsbürger*innenschaft. Die Repression hatte somit weitgehende materielle und psychische Konsequenzen für die Verfolgten. Die Politik des Austrofaschismus war erfolgreich darin, ein Klima der Angst unter der Arbeiter*innenschaft zu verbreiten. Nur einige zehntausend, vornehmlich jüngere Aktivist*innen betätigten sich weiterhin in der Illegalität.

Der berufsständische Aufbau

Neben der Repression setzte das Regime von Beginn an auf Integrationsmaßnahmen, um die „ehemals“ sozialistische Arbeiter*innenschaft an den neuen Staat zu binden. Dahinter standen zwei Motive: Einerseits vermutete das Regime

Im neuen Staat sollten die Arbeiter*innen ihre untergeordnete gesellschaftliche Position akzeptieren.

innerhalb der Arbeiter*innenschaft weiterhin ein latentes Gefahrenpotential, dem mit positiven Identifikationsangeboten begegnet werden sollte. Andererseits stand dahinter ein gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsanspruch: Im neuen Staat sollten die Arbeiter*innen ihre untergeordnete gesellschaftliche Position akzeptieren. Statt sich am vermeintlich schädlichen Klassenkampf zu betätigen, sollten sie sich in Berufsständen mit den Arbeitgeber*innen zusammenschließen und unter autoritärer Führung „harmonisch" mit diesen zusammenarbeiten.

Propaganda und Realität

Von Beginn an betonten führende Regimepolitiker die wichtige Bedeutung der Arbeiter*innen für den neuen Staat. Bei seiner Trabrennplatzrede im September 1933 sagte Kanzler Dollfuß:

> *[W]ir werden niemals die Lebens- und Grundrechte der Arbeiter antasten, im Gegenteil, ein gerechter christlicher Staat muss gerade den Ansprüchen der arbeitenden Menschen in erster Linie gerecht werden.*

Die Schuld für die Februarereignisse 1934 wurde den radikalen marxistischen Führern gegeben, den „Verhetzten und Irregeleiteten" hingegen wurde angeboten, einen Schlussstrich zu ziehen und den neuen Staat anzuerkennen. Im Gegensatz zu den offiziellen Beteuerungen war die soziale Realität der Arbeiter*innen während des Austrofaschismus jedoch katastrophal. Zwischen 1933 und 1938 lag die offizielle Arbeitslosenquote bei über 20 %. Die Löhne sanken und vor allem Arbeiterinnen wurden in informelle Arbeitsverhältnisse mit noch schlechteren Bedingungen abgedrängt.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Obwohl führende Regimepolitiker argumentierten, dass rein äußere Faktoren wie die globale Wirtschaftskrise für die schlechte soziale Lage verantwortlich wären, war diese tatsächlich zu einem großen Teil das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die Abschaffung der Demokratie und die Illegalisierung der linken Arbeiter*innenbewegung hatten die Position der Arbeiter*innen gegenüber den Unternehmen geschwächt. Weiterhin bestehende Arbeitsgesetze und Kollektivverträge wurden von Unternehmer*innen häufiger und meist ohne Konsequenzen gebrochen. Entgegen den propagandistischen Inszenierungen betrieb das Regime kaum aktive Arbeitsmarktpolitik. So sollten im Rahmen einer „Arbeitsschlacht" Arbeitsplätze bei öffentlichen Infrastrukturprojekten geschaffen werden. Tatsächlich wurden nur wenige Arbeiter*innen kurzfristig zu schlechten Bedingungen beschäftigt, die eigentlichen Nutznießer dieser Politik waren private Baufirmen.

1935 wurden drastische Kürzungen in den Leistungen der Arbeitslosen-, Alters- und Krankenversicherung implementiert. Dies führte unter anderem dazu, dass bis 1937 die Hälfte aller Arbeitslosen ausgesteuert wurde, also ab dann keinerlei Arbeitslosenunterstützung mehr erhielt. ›

© DÖW 07782-B-17

Das Denkmal der Republik neben dem Parlament wurde nach dem Februar 1934 mit Kruckenkreuz-Fahnen verhängt.

Das Regime beseitigte die wichtigste politische Kraft gegen den Nationalsozialismus – die linke Arbeiter*innenbewegung.

Mit dieser Politik zielte das Regime darauf ab, die wirtschaftliche Krise zu Gunsten der ökonomischen Eliten zu lösen und den Staatshaushalt zu entlasten. Obwohl ein Konjunkturaufschwung ausblieb und selbst die eigene Klientel (industrielle Unternehmer, Gewerbetreibende, Großbauern) nur eingeschränkt profitierte, trugen die Arbeiter*innen die Hauptlast. Die anhaltend prekäre materielle Lage trug zu Apathie und Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiter*innenschaft bei. In Kombination mit den Repressionsmaßnahmen begünstigte dies eine zunehmend passive Haltung vieler Arbeiter*innen.

Regimeloyale Organisierung

Neben den Propagandamaßnahmen setzte das Regime in Folge vor allem auf die organisatorische Anbindung der Arbeiter*innen. Anfang März 1934, bereits zwei Wochen nach den Februarkämpfen, wurde der *Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten* (GB) gegründet. Er war zunächst als Übergangseinrichtung zur Vorbereitung auf den berufsständischen Aufbau gedacht, blieb schließlich aber bis zum Ende des Regimes bestehen. Bis 1937 erreichte der GB eine Mitgliederzahl von fast 400.000 Personen und wurde damit zur wichtigsten Arbeiter*innenorganisation im Austrofaschismus.

Für die politische Organisierung der Arbeiter*innen innerhalb der Monopolpartei *Vaterländische Front* (VF) wurde im März 1935 die *Soziale Arbeitsgemeinschaft* (SAG) gegründet. Sie organisierte lokale Arbeiterbesprechungen, welche die Arbeiter*innen mittels einer positiven Sprache ohne große Versprechungen aus dem „Negativismus der illegalen Kritik" herausreißen und zur Mitarbeit im neuen Staat bringen sollten. Im Sommer 1936 wurde das *Neue Leben* als Freizeit- und Kulturorganisation der VF gegründet, das (nicht nur) Arbeiter*innen über Gemeinschaftsfahrten, Kinoabende oder Konzerte an das Regime binden sollte.

Die regimeloyalen Arbeiter*innenorganisationen wurden von den christlichen Gewerkschaften dominiert, die bis 1934 noch eine Minderheitenposition in der Gewerkschaftsbewegung eingenommen hatten. Sie sahen die schlechte soziale Lage und fehlende Freizeit der Arbeiter*innen als zentrales Hindernis für den Erfolg der Integrationsbemühungen. Ihre Forderungen nach arbeits- und sozialpolitischen Reformen scheiterten jedoch an Widerständen aus Regime- und Unternehmerkreisen. So misslang beispielsweise eine Urlaubsaktion des *Neuen Lebens* für städtische Arbeiter*innen im Frühjahr 1937 nicht auf Grund fehlenden Interesses, sondern am fehlenden Urlaub der Arbeiter*innenschaft: Es war gängige Praxis der Unternehmer, ihre Angestellten kurz vor Erreichen des gesetzlichen Urlaubsanspruches zu kündigen.

Fazit

Die Integrationspolitiken konnten die politische und soziale Realität des Austrofaschismus nicht wegreden und scheiterten daran, die Arbeiter*innen vom neuen Staat zu überzeugen. In Kombination mit den Repressionsmaßnahmen begünstigten sie eine Passivierung der Arbeiter*innenschaft und konnten so zu einer Stabilisierung des Regimes beitragen. Damit hatte das Regime allerdings die wichtigste politische Kraft gegen den Nationalsozialismus – die linke Arbeiter*innenbewegung – bereits lange vor dem „Anschluss" 1938 beseitigt.

LITERATURHINWEISE

Elisabeth Luif, „… daß die Arbeiterschaft unmittelbar als erster Waggon hinter der Lokomotive rangiert." Integrationsstrategien im Austrofaschismus am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft", MA-Arbeit Universität Wien 2020.

Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934-1938, Wien 2002.

Emmerich Tálos/Florian Wenninger, Das austrofaschistische Österreich: 1933-1938, Wien 2017.

Elisabeth Luif ist Historikerin, Mitgründerin des public history Projekts present:history und forscht aktuell an der Central European University (Wien/Budapest) an ihrer Dissertation zu Integrationsstrategien faschistischer Regime gegenüber der Arbeiter*innenschaft im Europa der 1930er-Jahre.

ANTISEMITISMUS IN ÖSTERREICH

Zwischen völkischem Denken und christlichsozialer Politik

Welche Besonderheit hatte der Antisemitismus in Österreich und welche Rolle kam den Christlichsozialen bei der Verbreitung und Umsetzung ihres politischen Antisemitismus im Vorfeld des Nationalsozialismus zu? Dieser Artikel geht der Ideengeschichte des christlichsozialen Antisemitismus nach, erörtert historische wie ideologische Zusammenhänge von der Gründung der Christlichsozialen Partei über das austrofaschistische Regime und zeigt auf, dass die Geschichte des österreichischen Antisemitismus nicht nur im Nationalsozialismus zu verorten ist.

Ein Überblick von Isolde Vogel.

Antisemitismus brach nicht 1938 mit dem Einmarsch der Wehrmacht über das Land herein. Judenfeindliche Einstellungen und Politik existierten in Österreich schon vor dem Nationalsozialismus und wurden von den Massen getragen. Die Christlichsozialen spielten dabei eine wichtige Rolle, sie machten Antisemitismus zur Politik und waren neben völkisch-deutschnationalen Kräften zentral für die Verbreitung und die anschlussfähige Verpackung der Denkweise, was vielen Österreicher*innen den „Anschluss“ an die NS-Ideologie erleichterte.

Die Christlichsozialen und der Antisemitismus

Im 19. Jahrhundert bekam die Judenfeindschaft nicht nur in Österreich neue Schlagkraft.

Die Christlichsozialen machten Antisemitimus zur Politik.

Die Zeit ist als Phase der Moderne, der Aufklärung, Säkularisierung und Industrialisierung, der Entstehung der kapitalistischen Ordnung und der modernen Nationalstaaten und damit als Zeit der Umbrüche und Krisen – auch im Kontext der damit einhergehenden völkischen und antisemitischen Beantwortungsversuche – zu betrachten. Zwischen konservativen, ›

© Presseservice Wien

Der „Dr.-Karl-Lueger-Platz“ an der Wiener Ringstraße heißt nicht nur bis heute nach dem Verfechter des politischen Antisemitismus, auf ihm steht auch das sichtlich umstrittene 4,5 Meter hohe Lueger-Ehrenmal.

reaktionär-völkischen und antisemitischen Ideen entstand im ausgehenden 19. Jahrhundert die Christlichsoziale Partei. Auch sie lehnte eine ganze Reihe mit der Moderne verbundener Phänomene ab: Aufklärung, Freizügigkeit und Frauenemanzipation, aber auch Urbanisierung und Säkularisierung. Kurz also: Alles, das nicht dem katholisch-reaktionären Weltbild entsprach, konnte antisemitisch erklärt und abgelehnt werden. In einer reaktionären Gegenbewegung zu Emanzipation und Aufklärung wurden die als Einheit verstandenen Jüdinnen*Juden zur Verkörperung allen Übels erklärt. Dieser moderne Antisemitismus hat eine welterklärende Funktion: Komplexe Problemlagen und verunsichernde Phänomene werden in personalisierender Schuldzuweisung und in manichäischem Schwarz-Weiß-Denken auf „die Juden" projiziert. Dem Antisemitismus liegt dieses ambivalente Verhältnis zur modernen Gesellschaft selbst zugrunde.

Antisemitismus war von der Gründungsphase bis zum erfolgreichen Aufstieg zur stimmstärksten Partei des Reichsrats und darüber hinaus ein zentrales politisches Element der Christlichsozialen und knüpfte dabei sowohl an christlich-judenfeindliche Motive als auch an völkisch-antisemitische Denkmuster an. Bereits der Ideengeber der Christlichsozialen und Wegbereiter der christlichen Arbeiterbewegung Karl von Vogelsang (1818–1890) machte das Judentum als die „Ursache" sozialer Probleme aus. Er befand den Kapitalismus und Liberalismus als „durch und durch von jüdischem Geiste durchzogen" und behauptete das „Weltjudentum" kontrolliere die Presse und sei verantwortlich für die vom „Judengeist" angesteckten „christlichen Spekulanten". Sowohl religiös als auch „rassisch" argumentierend war Vogelsang somit nicht nur christlichsozialer, sondern auch antisemitischer Vordenker.

Aus seinem antiliberalen und antisemitischen Umfeld trat auch der Gründer der Christlichsozialen Partei, Karl Lueger (1844–1910), hervor. Er war um die Jahrhundertwende Bürgermeister Wiens, machte mit Antisemitismus Politik und schuf einen massiven Personenkult um sich selbst – heute erhält er jedoch vor allem Anerkennung für sein kommunalpolitisches Schaffen in einer sich modernisierenden Großstadt.

Der christlichsoziale Antisemitismus bildete Fundament und Vermittlungsideologie für den Nationalsozialismus in Österreich.

Das Verhältnis Luegers zum Antisemitismus wird in der Forschung unterschiedlich bewertet. Die einen vermuten dahinter zweckmäßigen Populismus, ignorieren jedoch die antisemitische Wirkmacht der Politik. So wird Lueger in erster Linie als antisemitischer Stratege und gleichzeitig als „gemäßigter" oder „zivilisierter" Antisemit verharmlosend dargestellt. Dabei teilte sich Lueger sogar eine gemeinsame Geschichte mit dem völkisch-deutschnationalen Georg von Schönerer (1842–1921), die späteren politischen Kontrahenten traten gemeinsam in der *Antisemitenliga* und anderen Wahlallianzen an. Trotz der Abgrenzungsversuche der Christlichsozialen vom gewalttätigen „Radauantisemitismus" der Völkisch-Deutschnationalen gab es also ideologische Brücken zum christlichsozialen „Salonantisemitismus". Lueger war weder der erste noch der einzige christlichsoziale Politiker, der die Grenze von Konservatismus und völkischen Ideen verwischte. Weitere völkisch-christlichsoziale Zusammenschlüsse waren der *Katholische Volksbund*, dem auch Ignaz Seipel entstammte, und die *Deutsche Gemeinschaft*, die später sowohl führende Nationalsozialisten wie Arthur Seyß-Inquart als auch zentrale austrofaschistische Akteure wie Emmerich Czermak oder Engelbert Dollfuß hervorbrachte.

Katholische Kräfte versuchten mit solchen Allianzen und mittels radikalem Antisemitismus, eine ideologische Brücke zum Nationalsozialismus zu schlagen. Zeugnis dafür gibt nicht zuletzt der Christlichsoziale und spätere Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei Leopold Kunschak (1871–1953). Er hetzte gegen die angebliche „Verjudung" und forderte 1920 in einer Rede vor der Nationalversammlung ›

© WSTLA, Filmarchiv media wien: 020

Auch nach Luegers Tod wurde der Personenkult fortgeführt, wie hier 1935 auf der vom austrofaschistischen Ständestaat organisierten Gedenkfeier zum 25. Todestag Karl Luegers: „Wenn alle untreu werden – wir bleiben dennoch treu – Heil Dir Lueger – Heil Dir mein Österreich!“

dazu auf, Jüdinnen*Juden „unverzüglich“ in „Konzentrationslagern [zu] internieren“, ihren Zugang zu Schulen, Universitäten und dem öffentlichen Dienst einzuschränken und sie von politischen Ämtern auszuschließen – nicht zuletzt aus NS-Deutschland bekam Kunschak später Bewunderung für diese Forderungen.

In der Parteilinie der Christlichsozialen, die auch in der Zwischenkriegszeit als grundlegend von Antisemitismus durchzogen beschrieben werden muss, war die Unterteilung in ein bodenständiges, christliches „Volk“ und das „zersetzende Judentum“ zentral. Solche Argumentationen widerlegen zudem die verharmlosende Darstellung des christlichsozialen Antisemitismus als einen „gemäßigten“, ohne Gewalt auskommenden Judenhass.

Ambivalenzen in der austrofaschistischen Diktatur

Mit der Ausschaltung der Demokratie 1933/34 gingen die Christlichsozialen in der *Vaterländischen Front* auf. In der neuen Machtsituation des nunmehr autoritären Regimes änderte sich auch das offizielle Verhalten zum Antisemitismus. Einerseits positionierten sich die Christlichsozialen nach 1933 in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Antisemitismus in Deutschland und stellten Jüdinnen*Juden unter Schutz. Andererseits wurde nicht mit der antisemitischen Tradition gebrochen. So blieb auch in der Zeit der austrofaschistischen Diktatur eine Kontinuität der Judenfeindschaft bestehen, was letztlich der autoritären Vorbereitung auf den Nationalsozialismus in Österreich diente.

Dennoch inszenierte sich das austrofaschistische Regime als Schutzmacht gegen das nationalsozialistische Deutschland. Das neue Regime in Österreich setzte mit dem Verbot der NSDAP und der Abgrenzung zu NS-Deutschland eine Botschaft, die es als Hoffnungsträger wirken ließ und aus der einige Jüdinnen*Juden Zuversicht schöpften – besonders nachdem zuvor nationalsozialistische Übergriffe und Attentate auf jüdische Einrichtungen und Personen stark zugenommen hatten. Zudem gab es im sogenannten „Ständestaat“ keine explizite judenfeindliche Gesetzgebung und keine staatlich veranlassten Verfolgungsmaßnahmen gegen Jüdinnen*Juden.

Doch das Verhältnis war ambivalent. Schon 1933 verlautbarte die christlichsoziale *Reichspost*, dass der „radikale Wortantisemitismus“ der Nazis nicht weit genug gehe und in Österreich überboten werden solle. Zugleich gab es Gratulationen an Hitler für seine Machtübernahme. Nicht nur dieser extreme Fall verdeutlicht, dass offizielle Regelungen nicht die Judenfeindschaft im Austrofaschismus vom Tisch zu kehren vermochten. Doch der Antisemitismus kam zwischen 1933 und 1938 verdeckter daher, war

weiterhin existent, auch ohne offiziell-staatliche Doktrin. Das zeigte sich etwa in der Nicht-Ahndung judenfeindlicher Diffamierungen und Ausschreitungen, in Ausschlüssen aus Schule und öffentlichem Dienst und geduldeten antisemitischen Vorgängen an den Universitäten. Der christlichsoziale Antisemitismus wurde also auch in der austrofaschistischen Diktatur fortgeführt, wenngleich die Ausschlüsse jüdischer Personen aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben in stetiger verbaler Distanzierung vom nationalsozialistischen Antisemitismus erfolgten. So wurde auch der von Kunschak 1919 vorgelegte Gesetzesentwurf, der Jüdinnen*Juden unter Sondergesetze stellen sollte, erst 1936 wieder aufgegriffen: Im Schatten der in Deutschland eingeführten „Nürnberger Rassengesetze" forderte er eigene Schulen für jüdische Schulkinder, „Judenkataster" und Zugangsbeschränkungen im öffentlichen Dienst und an Universitäten. Auffällig war auch die politische Verknüpfung von Antisemitismus mit dem Hass auf die Sozialdemokratie. Sie erreichte im Austrofaschismus ihren vorläufigen Höhepunkt und wurde in autoritärer Politik und Verfolgung umgesetzt.

Der Weg zum nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus

Die von den Christlichsozialen befeuerte judenfeindliche Stimmung ebnete durch die Normalisierung von mörderischem Denken letztlich auch dem Nationalsozialismus den Weg. Auch wenn der christlichsoziale Antisemitismus nicht zu staatlichen Verfolgungsmaßnahmen griff, bildete er ein antisemitisches Fundament, auf dem später der Nationalsozialismus aufbauen konnte. Weder die welterklärende Funktion noch die Motive unterschieden die Inhalte des christlichsozialen vom völkischen Antisemitismus. Der christlichsoziale Antisemitismus muss somit – bei aller Abgrenzung von der eliminatorischen Konsequenz in der Shoa – als eine Vermittlungsideologie zum Nazismus analysiert werden.

Dass der Nationalsozialismus in Österreich 1938, nach der wohlgemerkt friedlichen Machtübergabe, auf ein bestehendes antisemitisches Fundament stieß, belegen die massenhaften und spontanen gewaltbereiten Ausschreitungen der „Anschlusspogrome" gegen Jüdinnen*Juden auf Österreichs Straßen sowie die allgemeine Bereitschaft vieler Anhänger*innen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, sich auch an der späteren Entrechtung, Beraubung, Verfolgung und Ermordung zu beteiligen. Die vernichtungsantisemitische Dimension basierte auf der Ideologie des Nationalsozialismus. Doch an der Vorbereitung einer Stimmung der massenwirksamen antisemitischen Agitation, die zur Beteiligung an solchem Terror führen konnte, waren Figuren beteiligt wie der christlichsoziale Ernst Schneider, der schon 1893 ein „Schußgeld für Juden", also Prämien für den Abschuss von Jüdinnen*Juden, forderte; der christlichsoziale Leopold Kunschak, der von „Konzentrationslagern" für Jüdinnen*Juden sprach; oder der christlichsoziale Ignaz Seipel, der 1920 einen Numerus Clausus für jüdische Studierende an höheren Schulen verlangte. In diesem Sinne ist der christlichsoziale Antisemitismus nicht ahistorisch als „gemäßigt", „mild" oder nur zweckdienlicher Populismus zu begreifen. Die überschwängliche Zustimmung eines Großteils der österreichischen Bevölkerung zum Nationalsozialismus und ihre Bereitschaft, sich an der gewaltförmigen Entladung des Judenhasses zu beteiligen, bezeugen die in Österreich schon zuvor starke Verbreitung der antisemitischen Ideologie. Das Wirken der Christlichsozialen ist somit in die Kontinuität antisemitischer Politik in Österreich zu stellen. △

LITERATURHINWEISE

Gertrude Enderle-Burcel, Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), Antisemitismus in Österreich 1933–1938, Wien 2018.

Bruce F. Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993.

Isolde Vogel ist Historikerin und Antisemitismusforscherin und arbeitet für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) im Bereich Rechtsextremismus.

Austrofaschistisches Gedenken in Salzburg

Als Verein, der sich mit Erinnerung in Salzburg beschäftigt, ist es uns ein Anliegen, auch über den Nationalsozialismus hinauszuschauen. Mit dieser Karte wollen wir den Scheinwerfer auf Erinnerungsorte in Salzburg richten, die an Akteur*innen des Austrofaschismus erinnern. Die Liste ist unvollständig und wir freuen uns über Ergänzungen, falls unseren Leser*innen in Salzburg Denkmäler, Straßennamen oder Gedenktafeln auffallen, die an Austrofaschist*innen erinnern.

© Sara Apay

„Diese Strasse wurde unter Kanzler Dollfuß erbaut“

Dollfuß im Bluntautal

Beim Wandern durch das Bluntautal in Kuchl stößt man nach dem oberen Bluntausee auf eine Gedenktafel 8, die daran erinnert, dass der Weg, auf dem man sich befindet, unter der Regierung von Engelbert Dollfuß gebaut wurde.
Es ist unklar, wann die Tafel angebracht wurde, aber vermutlich bereits in der Zeit des Austrofaschismus. Erschreckend ist, dass die Tafel immer noch unkommentiert im Bluntautal hängt.

3 Franz Rehrl

4 Franz Rehrl

5 Franz Rehrl

Ginzkeyplatz

Der Ginzkeyplatz ❻ im Süden der Stadt Salzburg, 1968 benannt nach Franz Karl Ginzkey, taucht bereits in der Liste der belasteten Straßennamen für die Stadt Salzburg auf. Doch bereits vor seinem Eintritt in die NSDAP war er von 1934 bis 1938 als Vertreter der Berufsgruppe der Künstler*innen Mitglied des Staatsrates im Austrofaschismus.
Er gilt als Brückenbauer zwischen Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

Siehe Seite 19.

❼ Dr. Josef-Klaus-Platz

Josef Klaus, ÖVP-Politiker und Mitglied in verschiedenen Studentenverbindungen, ist vor allem für seine Tätigkeiten als Bundeskanzler (1964-1970) und Landeshauptmann von Salzburg (1949-1961) bekannt. Bereits während des Austrofaschismus war er jedoch politisch aktiv und arbeitete für die Christlichsozialen in der Einheitsgewerkschaft. Der Platz wurde 2010 nach Klaus benannt.

Franz Rehrl

In der Stadt Salzburg finden sich gleich mehrere Erinnerungsorte an Franz Rehrl. Ein Platz ❶ wurde 1946 nach dem Landeshauptmann (1922-1938), also während des Austrofaschismus, benannt.
In der Öffentlichkeit wird er vor allem wegen seines Engagements für die Salzburger Festspiele und den Bau der Großglockner Hochalpenstraße geehrt. Gleichzeitig war er als Landeshauptmann und Parteimitglied der Christlichsozialen ein zentraler Akteur des Austrofaschismus. Auch erinnert seit 1953 ein Denkmal ❷ an der Außenmauer des Franziskanerklosters an Rehrl. Außerhalb der Stadt sind in ❸ Zell am See sowie in ❹ Bruck an der Glocknerstraße Straßen nach ihm benannt. Das Gebäude an der Großglockner Hochalpenstraße, in dem sich heute ein Restaurant befindet, ist historisch als Dr.-Franz-Rehrl-Haus bekannt. Außerdem ist ihm eine Gedenktafel ❺ an der Großglockner Hochalpenstraße gewidmet.

© Bybbisch94, Christian Gebhardt CC BY-SA 4.0

Die Tafel an der Großglockner Hochalpenstraße, die an Rehrl erinnert.

Widerstand gegen den Austrofaschismus

Zwischen Heldenmythos und Vergessenheit

Der Widerstand gegen den Austrofaschismus ist in der Erinnerungskultur Österreichs nahezu ausschließlich mit den Ereignissen rund um die Kämpfe im Februar 1934 verknüpft. Doch während der gesamten Phase der austrofaschistischen Diktatur, von der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 bis zur endgültigen Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1938, wurde linker Widerstand geleistet. Die Genese, Formen und Methoden sowie die Erinnerung an die Widerstandshandlungen werden im folgenden Beitrag von **Ute Sonnleitner** diskutiert.

März 1933 bis März 1938

Als am 4. März 1933 mit der Ausschaltung des Parlaments durch den damaligen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die schrittweise Aufhebung der Demokratie der Ersten Republik in Österreich ihren Anfang nahm, herrschte auf Seiten der Linken gespannte Erwartung. Anders als in Deutschland konnte die Sozialdemokratie (SdAPÖ) in Österreich einen weitgehenden Alleinvertretungsanspruch Linksgesinnter für sich reklamieren. Dennoch bestand Uneinigkeit bezüglich des weiteren Vorgehens. Während der „linke Flügel“ immer stärker auf Aktion drängte, lavierte der „rechte Flügel“ weiter in seinem Bemühen, den Ausgleich mit der Regierung zu suchen – auch um die noch verbliebenen Rechte nicht aufs Spiel zu setzen. Denn die SdAPÖ blieb vorerst erlaubt, während die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) bereits 1933 verboten wurde. Doch wurden die Repressalien von Seiten der Exekutive gegenüber der SdAPÖ immer stärker. Schwärzungen in den Parteiorganen belegen den Druck der Zensur, zudem wurden Waffenrazzien ab dem Winter zur beinahe alltäglichen Routine. Die dadurch aufgebauten Spannungen entluden sich am 12. Februar 1934 in den Kämpfen, die ausgehend von Linz insbesondere in Wien sowie den industriell geprägten Regionen Nieder- und Oberösterreichs sowie der Steiermark ausbrachen.

Siehe Seite 36.

Der Februar 1934 offenbarte die Schwächung, die die Sozialdemokratie bereits erlebt hatte.

Der Februar 1934 offenbarte die Schwächung, die die Sozialdemokratie bereits erlebt hatte. Bei weitem nicht alle Einheiten des *Schutzbunds* wurden aktiv; es fehlte an einheitlicher Führung: Einerseits, da es schon in den Tagen und Wochen zuvor zu Verhaftungen gekommen war, andererseits, da sich bei Beginn der Kämpfe viele leitende Funktionäre ins Ausland begaben. Der

© wikimedia/Otto Normalverbraucher

Bürgerkriegsdenkmal in Linz.

Kampf der Arbeiter*innen scheiterte bereits nach wenigen Stunden bzw. Tagen an der Übermacht der Gegner, die selbst vor Panzerbeschuss auf Arbeiter*innensiedlungen nicht zurückschreckten.

Die Erfahrungen des Februar 1934 bewogen viele überzeugte Sozialdemokrat*innen zu einem völligen Rückzug aus jeglicher politischer Betätigung. Zwar wurde auch von ihnen vielfach noch Widerstand geleistet, etwa in Form des Lesens illegaler Medien wie der im Exil produzierten *Arbeiterzeitung*, doch die aktive Widerstandsarbeit beschränkte sich fortan auf eine relativ kleine Zahl Überzeugter, die sich politisch neu zu formieren begannen: Neben der SdAPÖ, die sich unter dem Namen *Revolutionäre Sozialisten* neu organisierte, nahmen die Kommunist*innen eine immer stärkere Position ein. Insbesondere viele junge Linke, die sich von der sozialdemokratischen Führung enttäuscht fühlten, wechselten im Laufe des Jahres 1934 zur KPÖ.

Die folgenden Jahre waren von einer steten Wellenbewegung geprägt. Verstärkte Widerstandsaktionen zogen Verfolgung und Verhaftung nach sich; auch die internationale Politik wirkte stark auf den Widerstand ein – so beflügelte der Spanische Bürger*innenkrieg die Widerständigen zunächst, es kam zu einem Aufleben der Aktivitäten. Die Gefahr von Aufdeckung und die oftmals drakonischen Strafen konnten zu keinem Zeitpunkt das Widerstandsgeschehen dauerhaft eindämmen.

Flugblatt, Beschmierung, Waffenkampf

Die Methodik widerständiger Handlungen gegen den Austrofaschismus folgte größtenteils altbewährten, bereits während der Ersten Republik zum Einsatz gebrachten Mustern. Illegale Zeitungen wurden hergestellt, Flugblätter und Streuzettel verteilt. Das „Schmieren“ von Parolen und Parteizeichen fand sich ebenso im Kanon der gegen die Regierung gerichteten Aktivitäten wie das Hissen von Fahnen und die Entzündung von Höhenfeuern. Insbesondere in der Anfangsphase des Widerstands nach dem Februar 1934 wurde auch eine Reihe von (Sprengstoff-)Anschlägen durchgeführt, doch wurde auf dieses Mittel terroristischer Gewaltanwendung rasch wieder verzichtet. ›

Widerständige, die der Verfolgung entgingen, blieben unerkannt, damit aber auch vielfach außerhalb der Erinnerung.

Streuzettel waren für die massenhafte Verteilung gedacht und beinhalteten nur einen Slogan und/oder ein Parteizeichen.

© wikimedia/Ewald Judt

Eine 1984 angebrachte Erinnerungstafel an den österreichischen Bürger*innenkrieg 1934 von Franz Pixner im Goethehof, Wien-Donaustadt.

Wohltätigkeitsorganisationen (*Rote Hilfe* und *Sozialistische Arbeiterhilfe*) wurden ins Leben gerufen, um notleidende Genoss*innen zu unterstützen: Beide Hilfsprogramme wurden durch Gelder aus dem Ausland getragen, doch stellten auch die immer wieder stattfindenden Sammlungen für wohltätige Zwecke im Inland einen Fixpunkt in der Tätigkeit der illegalen Bewegungen dar.

Gerne wurden legale Versammlungen (etwa der Einheitsgewerkschaft) genutzt, um mittels vorsichtiger Propagandatätigkeit neue Mitglieder zu gewinnen. Anfängliche Großkundgebungen zum Zeichen des Protestes fanden ein baldiges Ende, exponierten sich die Teilnehmenden doch auf diese Weise unmittelbar der Beobachtung und dem Zugriff der Exekutive. Für die Behörden stellte der Besitz illegalen Materials ein entscheidendes Kriterium dar: Flugzettel, Parteiabzeichen, Zeitungen usw. ermöglichten der Justiz „eindeutige" Nachweise, weshalb das Verstecken einschlägiger Materialien ein zentraler Fokuspunkt der Widerstandsarbeit war.

Eine zahlenmäßige Einordnung des Widerstandsgeschehens ist grundsätzlich schwierig – wurden in behördlichen Quellen doch nur jene erfasst, die festgenommen wurden bzw. der justiziellen Verfolgung anheimfielen. Widerständige, die der Verfolgung entgingen, blieben unerkannt, damit aber auch vielfach außerhalb der Erinnerung bzw. der historischen Aufarbeitung.

Und „die Frauen"?!

Ganz ähnlich erging es den zahlreichen widerständigen Frauen: Auf einen ersten Blick erscheint der Widerstand eindeutig männlich dominiert, von Verhaftungen aufgrund „illegaler" Parteiarbeit waren ungleich öfter Männer als Frauen betroffen. Die allgemeine gesellschaftliche Geringschätzung des politisch-agitatorischen Potenzials „der Frau" konnte somit durchaus auch positive Begleiterscheinungen zeitigen, die sich vor allem im Bereich der Justiz durch Nicht-Verfolgung oder ein geringeres Strafmaß äußerten. Frauen wurde Widerstandsarbeit in der patriarchalen austrofaschistischen Gesellschaft schlichtweg nicht zugetraut. Ihnen war es möglich, sich unwissend zu stellen oder Verantwortlichkeiten von sich zu weisen und dadurch milder bestraft zu werden.

Frauen wurde Widerstandsarbeit schlichtweg nicht zugetraut.

Tatsächlich aber war es vor allem in Folge des Februar 34 Frauen zu verdanken, dass die linke Bewegung am Leben erhalten wurde. Sie hielten Verbindungen aufrecht und sorgten für ein Gefühl des Fortbestandes der Gemeinschaft. Es ist bezeichnend, dass die dafür genutzten Felder (Betreuung von Familien, Spendensammlung u. a. m.) einem als typisch weiblich apostrophierten Bereich des „sich Kümmerns" entstammten. Die Frauen fanden hier zwar – noch am leichtesten – Akzeptanz, wurden jedoch, sobald genügend männliche Kräfte vorhanden waren, sukzessive zu verdrängen versucht. Dieses Vorgehen entsprach in keiner Weise den Vorgaben der linken Parteien, insbesondere die KP propagierte offiziell die Einbindung von Frauen in die Parteiarbeit. Im alltäglichen Widerstandsgeschehen war eine solche zwar immer wieder existent – vor allem innerhalb der Jugendorganisationen zeichnete sich ein Umdenken ab – ihre Leistungen fanden jedoch keine nachhaltige Anerkennung. Selbst die – wenigen – Frauen, die Spitzenpositionen erringen konnten, sind quellenmäßig kaum greifbar, wurden sie doch weder in den Erinnerungen der männlichen Kollegen noch in behördlichen Darstellungen ausführlich erwähnt.

Ein Held stirbt: Die Erinnerung an den Widerstand

Auch die Erinnerungskultur wurde von Frauen mitbestimmt, die allerdings selbst aus dem Gedächtnis verschwanden: Paula Wallisch sei beispielhaft genannt, die bereits 1935 im Prager Exil ein Buch über ihren Mann verfasst und damit einen ersten, wesentlichen Schritt zum dauerhaften „Heldengedenken" gesetzt hatte. Tatsächlich trugen Leben und Wirken Koloman Wallischs, insbesondere aber die Ereignisse während der letzten Tage seines Lebens, das Potential in sich, Heldenerzählungen zu generieren. Wallisch war Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre zu einer Symbolfigur avanciert und hatte sich durch seine prononcierten Reden und seinen Einsatz die tiefgreifende Ablehnung und den Hass der politischen Gegner*innen zugezogen. Im Gegensatz zu vielen anderen Führungspersönlichkeiten der SdAPÖ stand er am 12. Februar während der Kampfhandlungen an der Seite seiner Genoss*innen in Bruck/Mur (Steiermark); als die komplette Aussichtslosigkeit der Lage klar wurde, ergriff Wallisch mit anderen die Flucht. Er versuchte, über die Berge Richtung Slowenien zu entkommen, wurde jedoch festgenommen und am 18. Februar standrechtlich hingerichtet.

Grabbesuche entwickelten sich unmittelbar nach seinem Tod und an „klassischen" Gedenktagen wie Allerheiligen zu Akten des Widerstands: Die Zusammenkunft am Friedhof wurde schließlich verboten; da illegaler Weise dennoch Versammlungen stattfanden, wurde schlussendlich die Grabstätte verlegt. Das Gedenken wurde dennoch weiter fortgeführt; insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und bis in die 1980er-Jahre erlebte Wallisch vor allem in der Region Bruck/Mur-Leoben teils kultische Verehrung. Er wurde zur Heldenfigur der Sozialdemokratie, die gerade auch auf jüngere Generationen mit großer Anziehungskraft wirkte.

Historische Aufarbeitung

Kritisch gilt es dabei anzumerken, dass innerhalb der Sozialdemokratie die Erinnerung an den Februar 1934 und seine Opfer und die politische Auseinandersetzung über die Phase des Austrofaschismus lange Jahre gleichsam eine Hinterfragung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit „ersetzte". So wurde betont, zu den ersten Kämpfer*innen gegen den Faschismus in Europa gezählt zu haben; jedoch wurde bis in die 1980er keine aktive Auseinandersetzung zu Österreich in der Zeit des Nationalsozialismus vorangetrieben (wohl auch, um innerparteiliche Konflikte zwischen Widerständigen, Mitläufer*innen und Täter*innen hintanzustellen).

Die kommunistischen Widerständigen, die auch nach dem „Anschluss" 1938 ihre Agitation fortsetzten, wurden – den Gepflogenheiten der Zeit des Kalten Kriegs entsprechend – aus der Erinnerung ebenso verdrängt wie die vielen Frauen, ohne die eine aktive Widerstandsarbeit undenkbar gewesen wäre, und belegen damit: Die Erinnerung an den Widerstand muss über Heldenverehrung hinausreichen! △

© wikimedia/AktionFreieKunst

Ein Gedenkbild für Koloman Wallisch.

LITERATURHINWEISE

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in den Österreichischen Bundesländern, (Wien 1975, Burgenland 1979, Oberösterreich 1982, Tirol 1984, Niederösterreich 1987, Salzburg 1991, Steiermark 2019).

Ute Sonnleitner, Widerstand gegen den Austrofaschismus in der Steiermark 1933-1938, Graz 2013.

Paula Wallisch, Ein Held stirbt, Prag 1935.

Ute Sonnleitner ist Historikerin und leitet die Bildungsabteilung des ÖGB Steiermark.

DER FEBRUAR-AUFSTAND IN DER BERGARBEITER-REPUBLIK 1934

Die sogenannte Rote Bergarbeiterrepublik im oberösterreichischen Hausruck spielte beim Aufstand des *Republikanischen Schutzbundes* im Februar 1934 eine besondere Rolle. Richard Bernaschek, der oberösterreichische Schutzbundführer, stand bis kurz vor dem 12. Februar 1934 im näheren Kontakt mit den Funktionären der Bergarbeiter und deren Familien. Die Ermordung der vier Sanitäter auf der Bühne des Arbeiterheimes in Holzleithen stellte einen traurigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Zuge der Kampfhandlungen in Oberösterreich dar und sorgte überregional für großes Aufsehen.

Eine Recherche von Hannes Koch.

In der Ministerratssitzung am 12. Februar 1934 berichtete Heimwehrführer und Vizekanzler Emil Fey unter anderem an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, dass im Hausruck-Kohlerevier in Holzleithen der Bahnhof und der Hausrucktunnel vom *Republikanischen Schutzbund* besetzt seien. Das vorsorglich in Ried im Innkreis stationierte Bundesheer wurde umgehend alarmiert und in Richtung Hausruck in Marsch gesetzt.

Die Vorgeschichte – eine Entwicklung

Die Arbeiter*innen im Kohlerevier waren mehrheitlich sozialdemokratisch orientiert und hatten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bzw. seit der Ausrufung der Republik einige Verbesserungen ihrer Arbeitssituation und sozialen Absicherung erfahren. Für sie war die Erste Republik ein Segen, es war ihre Republik. Nach

Die Arbeiter*innen im Kohlerevier waren mehrheitlich sozialdemokratisch orientiert.

dem Ausscheiden der Sozialdemokrat*innen aus der Regierung im Oktober 1920 begann eine Gegenbewegung, die sich – im Interesse konservativer Kräfte – den Errungenschaften der Arbeitenden nach und nach entledigen wollte. Dazu kamen wirtschaftliche Turbulenzen, die dem inländischen Bergbau nach dem kurzfristigen Aufschwung der Nachkriegszeit aufgrund des anfänglichen Energiemangels stark zusetzten. Die Entlassungen begannen im seit 1919

mehrheitlich im Landeseigentum befindlichen Bergbauunternehmen, der *Wolfsegg Traunthaler Kohlenwerks AG* (WTK), bereits Mitte der 1920er-Jahre. Manch Aufmarsch wurde im Hausruck von sozialdemokratischer Seite veranstaltet, um Präsenz und Stärke zu zeigen. Jedoch verflog nach dem brutalen Ende der Unruhen beim Justizpalastbrand 1927 die Ausstrahlung des *Republikanischen Schutzbundes* und die austrofaschistischen *Heimwehren* gewannen auch im Hausruck immer mehr an Boden.

Als Rüdiger Starhemberg, seit 1930 Bundesführer der österreichischen *Heimwehr*, beim oberösterreichischen Landeshauptmann Schlegel intervenierte, um im Hausruck-Kohlerevier die Sozialdemokrat*innen zurückzudrängen, war der Keim für die Ereignisse im Februar 1934 in Holzleithen bereits gelegt. Erfahrene Bergleute verloren wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Arbeit. Zeitgleich stellte man bei der WTK unerfahrene, von Bauern abgeworbene Knechte und Bauernsöhne in neu errichteten Bergwerksbetriebsstätten ein. Speziell dann, wenn diese der *Heimwehr* nahestanden.

Im Frühjahr 1933 reduzierte die WTK aufgrund eines starken Umsatzrückganges erneut die Belegschaft. Im Betrieb Wassenbach in Ampflwang wurden 98 der etwa 150 beschäftigten Bergleute mit dem 4. Mai entlassen. Es handelte sich überwiegend um Bergleute aus den Ortschaften Holzleithen und Hausruckedt, die alle sozialdemokratisch oder freigewerkschaftlich organisiert waren. Heimwehrmitglieder und Nationalsozialisten blieben unbehelligt. Es kam zum Hungerstreik, der – inspiriert durch vorangegangene Streiks in der Steiermark – das Blatt noch wenden sollte. Die Gendarmerie und das Bundesheer wurden aufgeboten, um die Leute wieder zur „Vernunft“ zu bringen. Nach vermeintlichen Zusagen durch die Betriebsleitung beendeten die Bergleute ihren Streik. Die Zusagen stellten sich jedoch kurz darauf als leere Versprechungen heraus, da sie bereits vor dem Beginn des Streiks vereinbart worden waren und keine neuen Zugeständnisse darstellten. Es machte sich große Resignation unter den Bergleuten und ihren Familien breit.

Die Gendarmerie greift durch

Im September 1933 kam es im Kohlerevier im Zuge einer Musterung von Heimwehrangehörigen für das neu gebildete *Schutzkorps* zu einer Auseinandersetzung zwischen Heimwehrangehörigen und Nationalsozialisten in Wolfsegg. Die Gendarmerie tötete beim Versuch, einen der zuvor Beteiligten zu verhaften, in einem Gasthaus zufällig anwesende Personen, einen Kommunisten und einen Sozialdemokraten sowie einen Nationalsozialisten. Vier Personen wurden schwer verletzt. Der Hass gegen die Obrigkeit steigerte sich in der Folge einmal mehr.

© Sammlung Hannes Koch, Ampflwang i. H./Ried i. I.

Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg bei einem Aufmarsch am Hauptplatz in Ampflwang.

Sozialdemokratische Funktionäre, die in den Wochen vor den Ereignissen im Februar 1934 diverse Versammlungen besuchten, nahmen die resignierende Stimmung unter den Parteigänger*innen wahr, die auch die Untätigkeit der Parteileitung bemängelten. Der Parteisekretär der oberösterreichischen SdAPÖ, Richard Bernaschek, der selbst auch im Hausruck bei Zusammenkünften sprach, dokumentierte diese Wahrnehmung in seinen Berichten ausführlich. ›

Der Hass gegen die Obrigkeit steigerte sich einmal mehr.

© Sammlung Hannes Koch, Ampflwang i. H./Ried i. I.

Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) Holzleithen – Hausruckedt mit später am Kampf in Holzleithen beteiligten Wehrturnern des Schutzbundes.

© Sammlung Hannes Koch, Ampflwang i. H./Ried i. I.

Arbeiterheim Holzleithen nach dem Kampf, Februar 1934.

Das Ultimatum der *Heimwehr* an Landeshauptmann Schlegel vom 6. Februar 1934, in dem unter anderem die antidemokratische Umbildung der Landesregierung unter Ausschluss der Sozialdemokrat*innen gefordert wurde, und die darauffolgende Alarmierung des oberösterreichischen *Schutzbundes* (im Hausruck am 8. Februar 1934) verschärften die Situation. Darüber hinaus wurde bereits im Januar 1934 in Ried i. I. bewusst für den Fall einer Auseinandersetzung Militär aus Graz stationiert.

Die ersten Toten im Februar 1934 im Hausruck

Bereits in den frühen Morgenstunden des 12. Februar 1934 kam es in Holzleithen zu Hausdurchsuchungen bei führenden Schutzbundmitgliedern und zur Festnahme eines Funktionärs. Nachdem nur Stunden später die Nachricht des Aufstandes der Linzer Schutzbundmitglieder unter Richard Bernaschek in den Hausruck durchgedrungen war, begann die Alarmierung der Mitglieder des *Schutzbundes* im Kohlerevier. Bekannte Heimwehrangehörige wurden perlustriert und teilweise festgesetzt. Der Hausrucktunnel wurde durch eine Sprengung unpassierbar gemacht und Patrouillen wurden ausgesandt.

Die ersten Schüsse fielen am Nachmittag des 12. Februar in Richtung des aus Ried von Norden gegen den Hausrucktunnel anrückenden Militärs. Die Schutzbundmitglieder hatten mit Heimwehreinheiten gerechnet, aber nicht mit Militär. Ein Soldat wurde schwer verletzt. Später stellte der *Schutzbund* das über die Höhen des Hausrucks Richtung Holzleithen vorgegangene Militär nördlich vom Arbeiterheim Holzleithen. Es wurden Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem befehlsführenden Leutnant und dem Schutzbundführer und Landtagsabgeordneten Ferdinand Fageth geführt. Am Abend desselben Tages starb Josef Skrabal, ein Schutzbundunterführer, der zuvor mit einer Schutzbundpatrouille den Gendarmerieposten Ottnang einzunehmen versucht hatte, am Nordportal des Tunnels. Skrabal hatte den Hausrucktunnel von Süden nach Norden durchquert, um

den vereinbarten Waffenstillstand zu überprüfen, woraufhin Bundesheersoldaten Schüsse auf ihn abgaben. Zuvor hatte Skrabal bei einer Patrouille nach Ottnang einen Heimwehrmann, der sich widersetzte, durch einen Pistolenschuss verletzt. Zwei weitere Schutzbundangehörige vernahmen die Schießerei am Tunnel und wollten unbewaffnet Nachschau halten. Sie wurden vom Militär erschossen.

Mord im Arbeiterheim

Am 13. Februar rückten Militär, Gendarmerie, das *Schutzkorps* sowie die *Heimwehr* über Thomasroith und Hausruckedt nach Holzleithen vor. Zuvor war es bereits am frühen Morgen beim Gasthaus Kaiserwirt, einem Heimwehrlokal in Thomasroith, zu einem Schusswechsel mit Schutzbundmitgliedern aus Attnang-Puchheim gekommen, bei dem ein Schutzbundmitglied starb und eine unbeteiligte Magd tödlich verletzt wurde. Auch ein Heimwehrführer wurde schwer verletzt.

Gegen Mittag wurden die aus Südwesten gegen Holzleithen vorgehenden Truppen vom *Schutzbund* entdeckt und unter Beschuss genommen. Dabei verloren fünf Soldaten ihr Leben, andere wurden teils schwer verletzt. Anschließend stürmten das Militär, die Gendarmerie und das *Schutzkorps*, gefolgt von der *Heimwehr*, gemeinsam das Arbeiterheim und es kam zur Tragödie. Auf der Bühne des Saals wurden vier Sanitäter erschossen, zwei weitere wurden schwer verletzt. Der Beschuss der das Arbeiterheim stürmenden Mannschaften, obwohl angeblich ein weißes Tuch gehisst wurde, durch noch am Bahnhof verbarrikadierte Wehrturner des *Schutzbundes* wurde als Begründung angeführt.

Laut dem Bericht eines Überlebenden hatte Bezirkshauptmannstellvertreter Johann Fruhwürth nach der Erstürmung des Arbeiterheims und der Festnahme einiger Sanitäter Befehl gegeben: „An die Wand mit ihnen, Standrecht ist.“ Wer die tödlichen Schüsse im Saal des Arbeiterheimes abgegeben hat, ist nicht restlos geklärt. Aufgrund der Quellen muss aber angenommen werden, dass das Bundesheer, die Gendarmerie sowie zur Unterstützung eingeteilte Schutzkorps- und Heimwehrmitglieder daran beteiligt waren. Gesichert ist, dass in weiterer Folge das Militär beim Vorgehen gegen den Bahnhof Holzleithen die zuvor festgenommenen Schutzbundmitglieder als Schutzschilde vor den eigenen

„An die Wand mit ihnen, Standrecht ist.“

Reihen in Richtung des noch besetzten Bahnhofes Holzleithen trieb und die militärische Führung dies beim Resümee aus den Kämpfen im Februar 1934 als besonders hilfreich einschätzte. Insgesamt starben auf der Seite des *Schutzbundes* in Holzleithen und Thomasroith zehn, auf der Seite des Bundesheeres fünf Männer sowie eine Unbeteiligte. Hinzu kamen durch die Kampfhandlungen Schwerverletze und Verletzte. Verschiedene Beteiligte sollen sich nach den Ereignissen gerühmt haben, bei der Erschießung auf der Bühne dabei gewesen zu sein.

Die aufständischen Bergleute wollten ihre Republik verteidigen, ein Unterfangen, auf das die Staatsmacht mit direkter Beteiligung lokaler Entscheidungsträger brutal reagierte. Die Spuren dieser Schreckenstage finden sich im Hausruck bis in die Gegenwart. Jährlich halten in Holzleithen die Sozialdemokrat*innen eine Gedenkveranstaltung ab. Den getöteten Bundesheerangehörigen wird sporadisch gedacht. Ausgehend von Peter Kammerstätter, der auf den Spuren der Attnanger Schutzbündler nach Holzleithen wanderte, gefolgt von einigen temporären Veranstaltungen, gedenkt nun der *Freundeskreis Holzleithen* den Ereignissen ebenfalls kontinuierlich. △

LITERATURHINWEISE

OÖLA (Hg.), 14 Tage in Oberösterreich, 5. bis 18. Februar 1934, Linz 2014.

Brigitte Kepplinger/Josef Weidenholzer (Hg.), „Es wird nicht mehr verhandelt …“ Der 12. Februar 1934 in Oberösterreich, Linz 1994.

Hubert Hummer/Reinhard Kannonier/Brigitte Kepplinger (Hg.), „Die Pflicht zum Widerstand“, Festschrift Peter Kammerstätter zum 75. Geburtstag, Wien/München/Zürich 1986.

Peter Kammerstätter, Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 in Oberösterreich. Eine Sammlung von Materialien, Dokumenten und Aussagen von Beteiligten I-III, Linz 1984.

Hannes Koch ist Wirtschaftswissenschafter und -historiker, engagiert sich in verschiedenen Gedenkvereinen und Initiativen wie z. B. der ARGE Schlier und forscht zum Februaraufstand 1934 und Nationalsozialismus im Hausruck.

Märtyrerkult im Nationalsozialismus

Die „Freiheitshelden“, „Blutopfer“ und „Kameraden“ des gescheiterten Juli-Putsches 1934

Diesem Artikel geht die Fragestellung voran, wie die Ereignisse des sogenannten Juli-Putsches 1934 während der NS-Herrschaft in Salzburg instrumentalisiert wurden. Im Zentrum steht die Darstellung des Lamprechtshausener Putschversuches und seiner Stilisierung als „Helden“- und „Opfermythos“ nach 1938.

Eine Einführung von Eva Bammer.

„Opfergang für Volk und Vaterland“ in der Salzburger Zeitung 1938

Der Juli-Putsch des Sommers 1934 war ein letztlich gescheiterter, gewalttätiger Umsturzversuch durch „illegale“ Nationalsozialist*innen in Österreich. Seit dem Juni 1933 war die NSDAP in Österreich verboten, wodurch sich die Aktivitäten der NS-Anhänger*innen in den Untergrund verlagerten. Viele der nun illegalen Gruppen verübten Anschläge, verteilten heimlich Flugblätter, schmierten Hakenkreuze an Hauswände und brannten Feuer in dieser Form auf Bergen ab. Weiters organisierten sich einige in verdeckt handelnden NS-Verbänden, wie der illegalen *Hitlerjugend*, dem *Bund Deutscher Mädel*, der SA oder der SS. Die Versuche des austrofaschistischen Regimes, die terroristische Bedrohung sowie die Aktivitäten der „Illegalen“ einzudämmen, sind als eher halbherzig einzuschätzen, nicht zuletzt, weil erhebliche Teile der austrofaschistischen Exekutive mit den nationalsozialistischen „Illegalen“ sympathisierten.

De facto kam es nur zu vereinzelten Gefechten und putschartigen Umsturzversuchen in Österreich.

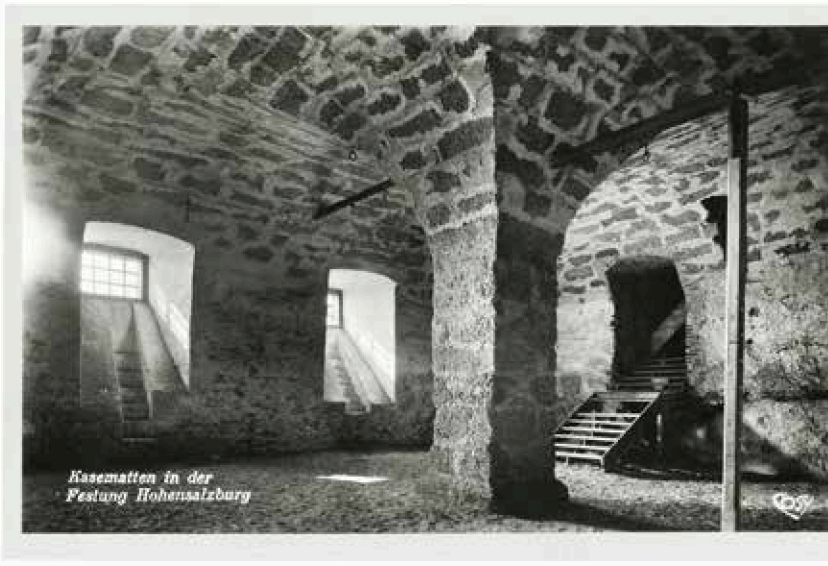
Die Ereignisse zwischen dem 25.–30. Juli 1934

Dennoch kam es am 25. Juli 1934 zum Putschversuch: „Illegale“ Nationalsozialisten drangen – unter Mitwissen der deutschen NS-Diktatur – getarnt als Soldaten des Bundesheeres und der Polizei in das Bundeskanzleramt Wien ein, wo sie durch mehrere Schüsse den austrofaschistischen Diktator Engelbert Dollfuß töteten. Etwa zur selben Zeit drangen Putschisten in die Wiener Senderäume der *RAVAG*, der Radio-Verkehrs-AG, ein und erzwangen eine Falschaussendung über das Radio, welche beinhaltete, dass Dollfuß als Bundeskanzler zurückgetreten sei und die Regierungsgeschäfte an den mit den „Illegalen“ konspirierenden ehemaligen

© Landesarchiv Salzburg

Werbung auf einer Postkarte für die Lamprechtshausener Weihespiele 1938.

© Landesarchiv Salzburg



Die Kasematten auf der Festung Hohensalzburg, wo die „illegalen" nationalsozialistischen Putschist*innen inhaftiert wurden.

Landeshauptmann der Steiermark, Anton Rintelen, übergeben habe. Die Radioausstrahlung war das vereinbarte Signal, auf welches sich alle Nationalsozialist*innen Österreichs „erheben" sollten. De facto kam es aber nur zu vereinzelten Gefechten und putschartigen Umsturzversuchen in Österreich, die sich besonders auf Wien, die Steiermark und Kärnten konzentrierten. In Oberösterreich und Salzburg kam es in wenigen Regionen ebenfalls zu Kampfhandlungen, welche durch staatstreue Einheiten der Exekutive sowie durch paramilitärische Verbände der *Heimwehr* bald unter Kontrolle gebracht werden konnten. Insgesamt wurden über 200 Menschen im Zuge des Juli-Putsches getötet und viele weitere verletzt. Es wurden gegen 4.000 „illegale" Agitator*innen und Putschist*innen Prozesse geführt. 13 Personen wurden hingerichtet.

Putsch in der Mozartstadt?

Am 25. Juli selbst blieb es in der Landeshauptstadt Salzburg ruhig, einzig im Gemeindegebiet von Liefering kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen 20 Nationalsozialisten und der österreichischen Exekutive. Die Aufständischen wurden verhaftet, einem gelang die Flucht ins „Deutsche Reich", während drei Vertreter der *Heimwehr* während des Kampfes tödlich verletzt wurden. In Summe kam es im gesamten Bundesland Salzburg zu 20 Todesfällen. Die propagierte „Erhebung" der Zivilbevölkerung blieb jedoch genauso aus wie das erhoffte Mitkämpfen der österreichischen Exekutive aufseiten der bewaffneten Aufständischen oder der Einmarsch der „Österreichischen Legion". Die Putschisten selbst agierten unkoordiniert und scheiterten auch an internen Konflikten und Konkurrenzkämpfen.

„Kampf und Not eines deutschen Dorfes in Österreich" von Karl Springenschmid

Die größten Unruhen im Bundesland Salzburg fanden in Lamprechtshausen statt, als am 25. Juli Angehörige der örtlichen illegalen SA den Gendarmerieposten und das Postamt besetzten. Sie nahmen Geiseln und verschanzten sich im *Gasthaus Stadler*. Die Putschisten von Lamprechtshausen konnten ›

Gedenktafel für die inhaftierten Nationalsozialisten von 1934 auf der Festung Hohensalzburg heute.

Zentral in der NS-Semantik steht immer das „Opfer für die Gemeinschaft“ und die dabei gewonnene „Ehre“.

am folgenden Tag durch regierungstreue Gruppen festgenommen werden. Im Chaos der Festnahme kam es zu einer wilden Schießerei, bei der sechs Putschisten und zwei Soldaten tödlich verwundet wurden.

Dem gescheiterten Putsch folgte eine Welle an Verhaftungen, durch welche die Anzahl der inhaftierten nationalsozialistischen „Illegalen“ in Salzburg bis Ende September auf 689 Personen anstieg. Von den Lamprechtshausener Putschisten wurden 28 Personen vor dem Militärgericht verurteilt, die Haftstrafen beriefen sich auf 5 bis 18 Jahre. Inhaftiert wurden die „Illegalen“ wegen Platzmangels auch in den Kasematten der Festung Hohensalzburg oder im ehemaligen Arbeiterheim Salzburg-Itzling.

Märtyrerkult im Nationalsozialismus

Im Nationalsozialismus wurde die politische Funktion des Totengedenkens staatlich instrumentalisiert und als massenpsychologisches Herrschafts- und Lenkungsmittel missbraucht. Der „Heldenkult“ nahm religiöse Züge an und funktionierte einerseits als Sinneserfahrung für orientierungsbedürftige Menschen und andererseits als politisches Integrationspotential. Als Sinnfiguren wurden zwei Beispiele angeboten: Der „Held“ und das „Opfer“, wobei beide in der Praxis kaum zu trennen sind. Im Zentrum des NS-Kultes waren stets das „Opfer für die Gemeinschaft“ und die dabei gewonnene „Ehre“. Diese „Ehre“ verlieh den (teils symbolischen) Handlungen eine besondere Bindungskraft an das NS-System. Der „Helden“- und Totenkult muss als Strategie der NS-Eliten verstanden werden, welche sich im Wechselspiel von Reaktionen und Aneignungen auf die Zivilgesellschaft übertrug. So wurde nach 1938 versucht, einen Putschmythos zu initiieren und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Beispiel A: „Burg der Getreuen“

Wie bereits erwähnt, wurden auf der Festung Hohensalzburg nationalsozialistische „Illegale“ sowie Putschisten, darunter auch die Lamprechtshausener, in den Kasematten weggesperrt. Am 11. Mai 1938 publizierte das *Salzburger Volksblatt* einen anklagenden Artikel über das vergessene Gedenken an diese „Festungshäftlinge“. Der Artikel übertrieb die Anzahl der Festgehaltenen auf über 450 „Illegale“ und prangerte die „unmenschlichen Qualen“ und „Folter nach Mittelalter-Manier“ an. Der Artikel lehnt nicht zuletzt deshalb eine versöhnende Haltung gegenüber den Austrofaschist*innen strengstens ab: *Dies alles mußten die SA-Männer in den Tagen des Juli 1934 ertragen. Hätten sie nicht allen Grund gehabt, sich an den Verbrechern des Schuschnigg-Regimes zu*

Wie schlimm die Haftbedingungen auf der Festung tatsächlich waren, ist heute schwer zu rekonstruieren.

rächen? und *Heute tragen sie das Hakenkreuz und wollen immer Nationalsozialisten gewesen sein. Oder sie spielen sich heute als Verführte auf. Heute wollen sie uns die Hand reichen und unsere Kameraden werden; wir aber stoßen sie zurück, denn diese Leuten waren keine Verführten.*

Tatsächlich dürfte der Artikel Wellen der Empörung geschlagen oder durch die NS-Elite als identitäts- und zusammengehörigkeitsstiftendes Element erkannt und instrumentalisiert worden sein, da im Juli eine Gedenktafel auf der Festung Hohensalzburg angebracht wurde. Die Tafel wurde vom NS-Landesschulrat und NSDAP-Mitglied Karl Springenschmid enthüllt und bekanntgeben, dass die Festung nur noch als „Burg der Getreuen" zu bezeichnen sei, um das Andenken an die „gefallenen Helden" zu erinnern. Die Gedenktafel, welche heute noch auf der Außenseite des Schüttkastens hängt, deren Worte aber kaschiert wurden, hat folgenden Wortlaut: *Wenn das Recht eines Volkes vergewaltigt wird, so finden sich die Besten immer im Kerker. Dem Gedenken jener zweihundertsiebenundneunzig Nationalsozialisten, die nach der Volkserhebung am 25. Juli 1934 in den Kasematten dieser Festung gefangen gehalten wurden.* Wie schlimm die Haftbedingungen auf der Festung tatsächlich waren, ist heute schwer zu rekonstruieren. Von Seiten der „Illegalen" werden die schlechten Bedingungen wohl übertrieben stark dargestellt, um das persönliche Leiden für die Sache zu betonen. Tatsächlich findet sich der Vermerk im Zeitungsartikel, dass einer während der Haft in den Kasematten geheiratet hat oder Personen Freigang für landwirtschaftliche Arbeiten bekommen haben, was den Schweregrad der angeblichen „grauenhaftesten Qualen" relativiert.

© Stadtarchiv Salzburg, Fotoarchiv Franz Krieger

Karl Springenschmid 1941.

Beispiel B: Lamprechtshausener Weihespiele

Karl Springenschmid war auch der Verfasser der sogenannten „Lamprechtshausener Weihespiele", welche den „heroischen Opfergang" der „Volkserhebung" verewigen sollten. Ziel Springenschmids war es, einen Gegenentwurf zu den als „verjudet" geltenden *Salzburger Festspielen* zu inszenieren, der jährlich im Andenken an die getöteten Nationalsozialisten aufgeführt werden sollte.

Das „Stück für die Ewigkeit" wurde dreimal im Jahr 1938 und erneut dreimal 1939 aufgeführt, bevor es eingestellt wurde. Es stilisierte die Putschisten von Lamprechtshausen als „Helden der Ostmark", umschwärmte sie als „Blutopfer der Bewegung", trauerte um „die Opfer ihres politischen Glaubens" und schwörte, „die Treue und den Opfermut jener Männer in nimmermüder Bereitschaft für Volk und Reich wachzuhalten". Die Agierenden des Putsches wurden in einer Täter-Opfer-Umkehr als „geknechtetes Volk" und „Unterdrückte" dargestellt, denen kein anderer Ausweg blieb als „aufzuschreien". Das Narrativ bediente sich dabei gängiger NS-Kult-Topoi, wie dem „Opfergang für das Volk", dem Schicksalskampf um die Existenz und das „Deutschtum" und letztendlich der allzeitigen Bereitschaft, das Leben für Deutschland und den „Führer" zu geben, wie sich in einer Schlüsselszene des nationalsozialistischen Spiels erkennen lässt: „Unser Leben gehört dem Führer, wie ihr [der Putschisten, Anm. E. B.] Leben und Sterben ihm gehört hat".

Die Instrumentalisierung des gescheiterten Putsches von 1934 verdeutlicht, dass der „Helden- und Opferkult" einen zentralen Platz im Nationalsozialismus einnahm. Trotz ihrem propagierten Heldentum bekamen einige der österreichischen Wegbereiter nach dem „Anschluss" 1938 nicht die erwartete Anerkennung in der Besetzung wichtiger Ämter und Funktionen, sondern wurden häufig zurückgesetzt oder mussten deutschen Anwärter*innen den Vorrang lassen. Einzig ihre Stilisierung zu „Freiheitshelden" wurde im Nationalsozialismus weiterhin hochgehalten und geehrt. △

Eva Bammer studiert Geschichtswissenschaften im Master an der Universität Salzburg und arbeitet als Vermittlerin im *Salzburg Museum* mit NS-Schwerpunkt. Sie ist Vorstandsmitglied des APC-Teams.

„EIN KRONZEUGE ECHTER SYSTEMMORAL“

„Illegale“ Nationalsozialist*innen in der „Heil- und Pflegeanstalt“ Mauer-Öhling

Die 1902 gegründete „Kaiser-Franz-Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt“ in Mauer-Öhling bei Amstetten war mit seinen 18 im Jugendstil errichteten Patient*innen-Pavillons eine der größten und modernsten psychiatrischen Einrichtungen der Monarchie. Nach dem Ersten Weltkrieg, spätestens aber seit den 1930er-Jahren, herrschten in der Anstalt durch die eklatante Überbelegung mit bis zu 1.900 Pfleglingen allerdings unerträgliche Verhältnisse. Mit dem „Anschluss“ im März 1938 kippte das System ins Mörderische, Mauer-Öhling entwickelte sich zu einem der tödlichsten Orte der NS-„Euthanasie“ in der „Ostmark“. Rund 2.400 Patient*innen kamen sowohl in der sogenannten „Aktion T4“ als auch danach anstaltsintern ums Leben.

Ein Beitrag von Philipp Mettauer.

Bis zum Jahr 1937 hatte der „christlich soziale Ständestaat“ die Familienpflege aufgelöst, die Beschäftigungstherapie eingeschränkt, die Anstaltszeitung eingestellt, Orchester, Theatergruppe, Turn- und den Schulunterricht eingespart sowie die ärztliche Belegschaft reduziert. Die NS-Propaganda wusste diesen Umstand nach dem „Umbruch“ geschickt für sich zu nutzen: Im Oktober 1938 erschien in mehreren Tageszeitungen von Salzburg bis Wien ein Artikel mit „Mauer-Öhling – ein Kronzeuge echter Systemmoral“ bzw. „Wie das liebe Vieh!“ betitelt, in dem die „unglaublichen Zustände“ in der „Heil- und Pflegeanstalt“ in irritierender Offenheit angeprangert wurden:

Gemeingefährliche, in Gitterbetten untergebracht, und Pfleglinge mit offener Lungentuberkulose sind Seite an Seite mit leichter Erkrankten im Saal vereint, in manchen Einzelzimmern sind oft bis zu vier Betten aufgestellt, ja selbst in den Gängen müssen Pfleglinge die Nacht verbringen. Mögen Irre auch keine wertvollen Glieder der Volksgemeinschaft sein, es sind Menschen, die nach Aussage der Ärzte zum Teile sogar geheilt werden können. Diese Zustände, das Erbe einer christlichen Regierung, sind für ein Kulturvolk einfach unerträglich. […]

Die nationalsozialistische Verwaltung hat mit dieser Anstalt schwere Verpflichtungen übernommen. Es wurden ihr dadurch ungeheure Opfer, die eine

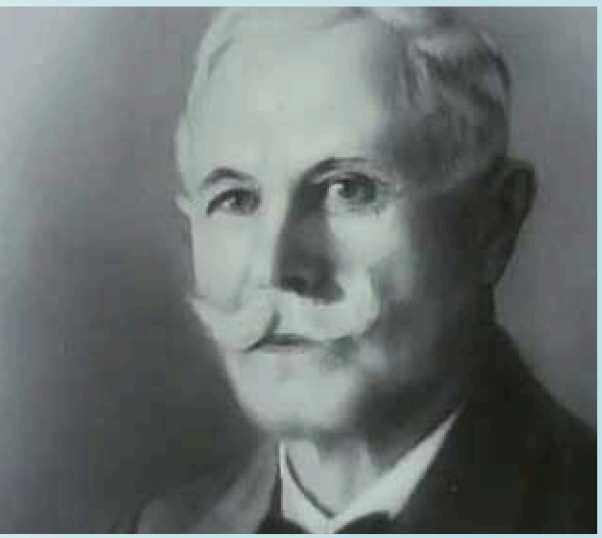
skrupellose Verwaltung verschuldete, auferlegt, die sie aber im Interesse der Volksgemeinschaft, der Kultur und Humanität auf sich nehmen mußte.

Über den Regimewechsel hinweg

Knapp eineinhalb Jahre später begann die NS-Administration damit, die im Zeitungsbericht beschriebenen Missstände der Überbelegung auf ihre Art zu beseitigen. Allerdings keineswegs etwa mit der Aufstockung des Personals oder der Schaffung weiterer Unterkunftsräume, sondern mit gezielter Vernichtung der Patient*innen.

Bezeichnenderweise richtete sich die scharfe Kritik an den Lebensbedingungen nicht gegen die bisherige Anstaltsführung, sondern gegen den ehemaligen Referatsleiter der „Irren-, Blinden- und Taubstummenfürsorge“ der Landesregierung, den im gleichen Artikel als „Systembonzen“ geschmähten Markus Hofer. Dieser hätte laut Zeitungsartikel Gelder, die als Verpflegskosten für die Patient*innen gedacht waren, „eingesackt“ und damit den Wirtschaftshof „luxuriös“ ausgebaut, dessen Erträge allerdings ebenfalls verschwunden wären.

Der Zeitungsbericht stellt einen strategisch geschickten Schachzug der NS-Presse dar, für die Anstaltsleitung eine entlastende Argumentation bereit zu stellen, denn die niederösterreichische Landesanstalt war bereits seit 1933 in den Händen nationalsozialistischer – in den Folgejahren bis 1938 „illegaler“ – Ärzte. Über den



© Peter Nausner/ https://www.youtube.com/watch?v=SPnQkaCPztY&t=781s

Direktor Michael Scharpf.

Über den Regimewechsel hinweg war der ärztliche Direktor nämlich sowohl im austrofaschistischen „Ständestaat“ als auch in der NS-Diktatur ein und dieselbe Person: Michael Scharpf.

Regimewechsel hinweg war der ärztliche Direktor nämlich sowohl im austrofaschistischen „Ständestaat“ als auch in der NS-Diktatur ein und dieselbe Person: Michael Scharpf.

Dieser, seit 1907 in Mauer-Öhling tätig, war im Frühjahr 1933 der NSDAP beigetreten und ab Juli des Jahres, unmittelbar nach dem Verbot der Partei, mit der Führung der „Heil- und Pflegeanstalt“ betraut.

Wenige Wochen vor dem „Anschluss“, am 1. März 1938, wurde Michael Scharpf überraschenderweise in den „Ruhestand“ versetzt. Um seine Nachfolge entspann sich ein kurzfristiges Intrigenspiel, zunächst wurde Eduard Mildner mit der provisorischen Leitung betraut. Dieser, römisch-katholisch, „deutschblütig“ und Stiftungsmitglied des CV „Nordgau“, war nach seiner Promotion im „Sanatorium für Nervenleidende Rosenthal“ in Hacking, im Beatrixbad in Wien und ab 1913 im Sanatorium Rekawinkel tätig gewesen, die allesamt jüdische Betreiber*innen hatten.

Mildner, erst 1937 nach Mauer-Öhling gewechselt, war einer der beiden Ärzte der „Heil- und Pflegeanstalt“, die nicht der NSDAP beitraten. Unter den neuen Machthabern konnte er sich folglich nicht halten und 14 Tage später übernahm Michael Scharpf erneut den Direktorenposten, den er bis 8. Mai 1945 behielt, bis er sich vor der anrückenden Roten Armee nach Linz absetzte. Dort war er weiterhin im Allgemeinen Krankenhaus aktiv, bis er im Dezember 1945 schließlich verhaftet wurde. Wegen seines Alters und aus gesundheitlichen Gründen aus der Untersuchungshaft entlassen, verstarb er 1948 kurz vor Prozessbeginn in Linz. ›

© Philipp Mettauer

Stecktafeln für die Namenskärtchen der jeweils diensthabenden Ärzt*innen und Beamt*innen beim Haupteingang der Direktion.

Auch die Position des Direktor-Stellvertreters hatte bereits Jahre vor dem „Anschluss“ ein NSDAP-Mitglied inne: Josef Schicker, seit 1920 Leiter der Frauenabteilung sowie der Pflegeausbildung und seit 1932 „Parteigenosse“, wurde zwar zeitgleich mit Scharpf im März 1938 vorübergehend pensioniert, allerdings nur, um kurz danach zum Direktor der „Heil- und Pflegeanstalt“ Gugging bei Klosterneuburg aufzusteigen. Im Volksgerichtsprozess von 1948 wegen hundertfachen Meuchelmordes wurde Schicker zwar zunächst als Beschuldigter, dann allerdings nur mehr als Zeuge geführt. Als ehrenamtlicher Konservator des Denkmalamtes, Ehrenmitglied des Museumsvereins „Lauriacum“ und Ehrenbürger der Stadt Enns verschied er ebendort im Jänner 1949.

Nahezu vollständig organisiert

Der Organisationsgrad in der NSDAP und ihren Gliederungen der weiteren Ärzte und einer Ärztin, die von 1938 bis 1945 zumindest zeitweise in Mauer-Öhling tätig waren, ist beachtlich. Unter den insgesamt vierzehn Personen befanden sich bis zum Ende des NS-Regimes zwölf Parteimitglieder. Die Hälfte, darunter drei Angehörige der SA, waren bereits seit 1933 aktiv. Auch das medizinische Umfeld war nahezu vollständig in NSDAP, SS und SA organisiert. Im Vergleich dazu war unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede „nur“ ein Drittel der gesamtösterreichischen Ärzt*innenschaft Parteimitglied.

Das allgemeine Personal der „Heil- und Pflegeanstalt“ war ebenfalls zu einem großen Teil in der Partei oder einer ihrer Gliederungen organisiert. Allein für die Gemeinde Mauer finden sich in der sogenannten „NS-Registrierungsliste“ nach dem österreichischen Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 – ohne Ärzt*innen – insgesamt 72 Angestellte der Anstalt: Pfleger*innen, Beamt*innen, zwei Fleischer- und Selchermeister, der Bäcker, der Elektriker, der Gärtner sowie die Postassistentin. Die Angaben dürften allerdings auf der Auskunft der jeweiligen Personen fußen, es finden sich zwar acht SA-Angehörige darunter, aber kaum „illegale Parteigenossen“ und die meisten gaben ihre Mitgliedschaft nur für das vermeintlich unverfänglichere *Nationalsozialistische Kraftfahrkorps* an, tatsächlich eine paramilitärische Kampforganisation der NSDAP. Bei einem Personalstand von insgesamt 350, von denen 260 in Mauer gemeldet waren, ergibt dies rund ein Viertel der Belegschaft, das in einer NS-Einheit organisiert war – und hier sind nur diejenigen gelistet, die nicht zwischenzeitlich verstorben waren oder nach 1945 ihren Wohnsitz gewechselt haben.

Diese überdurchschnittliche Affinität zum Nationalsozialismus in der Region – im Vergleich zu den 10 % Parteimitgliedern unter der gesamtösterreichischen Gesamtbevölkerung – mag nicht sonderlich verwundern. In Mauer-Öhling hatte sich schon in den frühen 1930er-Jahren einer der mitgliederstärksten völkisch-nationalen Vereine befunden: der *Deutsche Schulverein Südmark*. Dessen „Stützpunktleiter“, gleichzeitig Portier der Anstalt und Vorstand der NSDAP-Ortsgruppe,

© NÖ Landesbibliothek, Topogr. Slg., Inv.-Nr. 26.109

Pfleger*innen vorm Schwesternhaus.

Ludwig Langsenlehner, verhalf diesem gemessen an der Größe der Gemeinde geradezu zu einer Massenbasis. So waren nicht nur die Schlüsselpositionen der Direktion und deren Stellvertretung, sondern auch die Sekundararztstellen mit Franz Grebacher und Franz Wöss, die Verwaltung mit Oberrechnungsrat Felix Leodolter und die Oberinspektion mit Adalbert Ott im „christlich-sozialen" Niederösterreich mit „illegalen" Nationalsozialisten besetzt.

Das großdeutsche, rassenhygienische, völkisch-nationale Ambiente der Region war schon lange vor der „Machtergreifung" von Ärzt*innen und Personal der Anstalt aufbereitet worden. Bei den letzten freien Landtagswahlen in Niederösterreich 1932 hatte die NSDAP in Amstetten über 25 % der Stimmen bekommen. Bürgermeister Wolfgang Mitterndorfer, 1919 Mitbegründer des hiesigen *Antisemitenbundes*, rühmte sich nach dem „Anschluss" damit, dass aus seiner Kleinstadt im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr „illegale" NSDAP-Mitglieder im Anhaltelager des „Ständestaates" in Kaisersteinbruch inhaftiert gewesen waren als aus irgendeiner anderen österreichischen Stadt. Dieser hohe Prozentsatz an Parteimitgliedern könnte dafür verantwortlich sein, dass die Erforschung Mauer-Öhlings im Nationalsozialismus vor Ort lange Zeit tabuisiert war und sich das Landesklinikum erst seit kurzem seiner NS-Vergangenheit stellt.

Bei den letzten freien Landtagswahlen in Niederösterreich 1932 hatte die NSDAP in Amstetten über 25 % der Stimmen bekommen.

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Clemens Ableidinger / Philipp Mettauer, Die „Heil- und Pflegeanstalt" Mauer-Öhling 1914-1945, in: Markus Rachbauer / Florian Schwanninger (Hg.), Krieg und Psychiatrie. Lebensbedingungen und Sterblichkeit in österreichischen Heil- und Pflegeanstalten im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Innsbruck-Wien 2022, S. 35-68.

Institut für jüdische Geschichte Österreichs (Hg), Die Utopie des „gesunden Volkskörpers". Von der „Erb- und Rassenhygiene" zur NS-Euthanasie, St. Pölten 2019, http://www.injoest.ac.at/media/jme_2019.pdf

Kurzfilm: Die „Heil- und Pflegeanstalt" Mauer-Öhling in der NS-Zeit, Regie: Alexander Millecker, Ostfilm GmbH, 2021, https://www.youtube.com/watch?v=fAauH_AAuxA

Philipp Mettauer ist Historiker am *Institut für jüdische Geschichte* Österreichs in St. Pölten. Aktuell ist er in der wissenschaftlichen Beratung und Begleitforschung für die niederösterreichische Landesausstellung 2026 im Landesklinikum Mauer tätig.

AMBIVALENTES DOLLFUSS-GEDENKEN NACH 1945

Selbst 90 Jahre nach ihrem historischen Bestehen ist der Umgang mit der austrofaschistischen Vergangenheit in der österreichischen Tagespolitik immer noch ein Gegenstand, der die Fähigkeit besitzt, fortwährend für Kontroversen zu sorgen. Wie ist es möglich, dass sich das Reibungspotential, das der Erinnerung an die Zeit von 1933/34 bis 1938 zugrunde liegt, selbst ein Jahrhundert später noch in derartiger Intensität manifestiert?

Eine Analyse von Alexander Maislinger.

Geschichtsmythen als Stabilitätsgrundlage

Als förderlich für die stabile Konsensdemokratie der Nachkriegszeit erwies sich der sogenannte „Lagerstraßenmythos“. Dieser besagt, dass zwischen den verfeindeten politischen Kräften der Zwischenkriegszeit aufgrund der gemeinsamen Erfahrung als politisch Verfolgte des NS-Regimes eine Versöhnung stattgefunden habe – ein Narrativ, von dem besonders die ÖVP als Nachfolgepartei der Christlichsozialen profitierte, zumal es die Aufmerksamkeit vom eigens verübten Unrecht hin zur NS-Zeit richtete. Bei aller Kompromisskultur wurden schließlich auch vermeintliche Kompromisse in der Deutung historischer Ereignisse gefunden, die besonders hinsichtlich der Schuldfrage bei beiden Parteien die Ansicht einer in gleichen Teilen vorhandenen Schuld für das Ende der Demokratie vertraten. Insgesamt diente dieses mythisierte Geschichtsverständnis vor allem dazu, konservative Deutungen aufzuwerten – schließlich war es die Christlichsoziale Partei, die dem Staat ihre autoritäre Regierungsform aufgezwungen hatte.

Personenzentrierte Erinnerungskultur

Der ausbleibende Austausch über unterschiedlich erlebte Vergangenheit sowie das Zweiparteiensystem führten zur Genese zweier politischer Parallelgedenkkulturen mit Engelbert Dollfuß als Hauptreferenzpunkt: Während dieser in den Darstellungen konservativer Kreise einem „märtyrerhaften Heldenkanzler“ entsprach, der im Widerstand gegen den Nationalsozialismus sein Leben gab, gilt er in der Sozialdemokratie als ein die Arbeiterklasse verachtender „Arbeiter*innenmörder“, der die Demokratie stürzte – ein eklatanter Unterschied, der bis heute den Nährboden für die Auseinandersetzungen liefert. Da die Erinnerungen auf grundsätzlich divergierenden Narrativen fußen, lassen sich bereits einfache Beschreibungen der Person Dollfuß oder seiner politischen Handlungen kaum tätigen, ohne implizit eine Wertung zu äußern.

„Heldenkanzler“ oder „Arbeiter*innenmörder“?

Zeitgenössische Aktualisierungen

Beispiele für Kontroversen in diesem Kontext zeigen, dass es sich bei der Problematik um jeweils zeitgenössische Aktualisierungen einer nichtvorhandenen, ehrlichen Aufarbeitung handelt. Exemplarisch für den mythenbehafteten Diskurs ist ein Vorfall vom Februar 2023: In einer Presseaussendung des ORF wurde von einer „Selbstausschaltung des Parlaments“ gesprochen – nach Kritik wurde die Formulierung umgehend geändert. Man kann dem ORF hier nur schwer unterstellen, bewusst in einer geschichtsrevisionistischen Absicht gehandelt zu haben, vielmehr ist dieser Vorfall in den Kontext einer langen Tradition der Akzeptanz unzulässiger Geschichtsbilder des Austrofaschismus einzuordnen, denn

© wikimedia/PicturePrince

Das 1949 am Friedhof St. Ruprecht in Bruck an der Mur installierte Grabdenkmal der Kämpfer des Republikanischen Schutzbundes.

die Erzählung von einer „Selbstausschaltung" als euphemistische Darstellung eines gewaltsamen Putsches ist eine Selbstbezeichnung Dollfuß'scher Propaganda, die sich bis zur Gegenwart gehalten hat und oftmals unwissentlich reproduziert wird.

Es lassen sich auch beliebig viele weitere Beispiele für tagespolitische Auseinandersetzungen finden. So führte der ÖVP-Abgeordnete Friedrich Ofenauer in einer Rede die autoritäre Machtübernahme durch Dollfuß darauf zurück, „dass der sozialistische Nationalratspräsident Renner damals durch seinen Rücktritt den Anstoß zur Handlungsunfähigkeit gegeben hat." Wahr ist, dass die Rücktritte der Nationalratspräsidenten den Raum schufen, der den Putsch realisierbar machte, daraus aber das Errichten einer faschistischen Diktatur zu rechtfertigen, entspricht einer unzureichenden Interpretation der historischen Fakten und stieß zurecht bei vielen Zuhörer*innen auf Entsetzen.

Der undifferenzierte Umgang mit dem austrofaschistischen Erbe wird auch sichtbar anhand der 2021 entstandenen Kontroverse um das durch ÖVP-Innenminister Gerhard Karner betriebene „Dr.-Engelbert-Dollfuß-Museum", das mehr mit einer Gedenkstätte als mit einem Museum gemein hat. Nach der heftigen Kritik und kleineren Protesten wird aktuell unter Mitwirken eines wissenschaftlichen Fachbeirates über dessen Zukunft beraten. Für die am vehementesten geführten Auseinandersetzungen um die Deutungshegemonie sorgte jedoch immer wieder ein Dollfuß-Porträt, das bis 2017 jahrzehntelang im Sitzungssaal des Parlamentsklubs der ÖVP hing und besonders von der SPÖ als schwerer Affront empfunden wurde.

Siehe Seite 58.

Diese Beispiele zeichnen ein klares Bild: Die Auseinandersetzungen um die historische Deutung der Person Engelbert Dollfuß blicken in der Zweiten Republik auf eine lange Tradition zurück, die auch in der Gegenwart noch nicht signifikant an Relevanz eingebüßt hat.

Das Etablieren der Geschichtsbilder nach 1945

Die ÖVP war nach 1945 in vielerlei Hinsicht gezwungen, sich von der Vergangenheit zu distanzieren, tat aber in zahlreichen Gesichtspunkten genau das nicht. Insgesamt ist das Verhältnis der Partei zur Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur bis heute ein ambivalentes, denn während die ÖVP einerseits Zugeständnisse an die SPÖ machte, indem sie die Partei neu gründete, menschenrechtswidrige Gesetze aus den 1930er-Jahren für ungültig erklärte, Widerstandskämpfer*innen in das Opferfürsorgegesetz aufnahm und sich von einigen als inakzeptabel betrachteten Parteimitgliedern wie Kurt Schuschnigg trennte, konnte im Umkehrschluss ohne große Proteste ein intimes Verhältnis zur faschistischen Vergangenheit gepflegt werden – besonders durch ›

© wikimedia/C.Stadler/Bwag

Die Engelbert-Kirche auf der Hohen Wand bei Wien huldigt bis heute völlig unkritisch dem austrofaschistischen Diktator.

© wikimedia/GuentherZ

Die Gedenktafel für Dollfuß am Spritzenhaus der Freiwilligen Feuerwehr in Kattau/NÖ wurde erst 2013 entfernt.

das Errichten von Dollfuß-Gedenkstätten. Bei einer Gedenkveranstaltung im Jahr 1946 gedachte man in einem diffusen Konglomerat von „Opfern“ sowohl gefallener Februarkämpfer*innen als auch Engelbert Dollfuß als „erstem Opfer“ des Nationalsozialismus.

Siehe Seite 30.

In der konservativen Meistererzählung galt das Stürzen des Parlamentarismus als unabwendbare Notwendigkeit. Schuld an der Abkehr von der Demokratie seien nicht jene gewesen, die den Putsch durchgeführt hatten, sondern der „Zwang“ der aggressiven Nationalsozialist*innen – die Deutungen gehen sogar so weit, zu behaupten, dass Dollfuß im Kern ein Demokrat gewesen sei und nur durch den aufkommenden Nationalsozialismus zum autoritären System gedrängt worden wäre. Einige vertraten die Ansicht, dass das Aushebeln des Parlamentarismus nicht gleichzeitig das Ende der Demokratie bedeutet habe, sondern einem Versuch entsprach, diese zu retten. Diese Theorie konnte durch die These der geteilten Schuld untermauert werden, indem beteuert wurde, dass die Linken durch ihre mangelnde Kooperations- und Kompromissbereitschaft indirekt zu Verbündeten des angreifenden Nationalsozialismus avanciert seien. Insgesamt pflegten viele ÖVP-Vertreter*innen besonders in den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten einen

besonders problematischen Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit: Die Rede von der Alternativlosigkeit und die damit verbundene Schuldabwehr entsprachen einer starken Verharmlosung der Diktatur und einer Stilisierung Dollfuß' zu einem im Kern demokratischen Politiker, der durch tragische, schicksalshafte Umstände zum Sturz des Parlamentarismus gezwungen worden sei.

Nebeneinander der Narrative

Was folgte, war eine bipolare Kultur historischer Narrative, die bei Gedenkveranstaltungen zu ambivalenten Inhalten führte und als Indiz für den versöhnenden Weg der Großen Koalition betrachtet werden kann. Trotz aller Kompromisse verfügte die ÖVP über eine Deutungshoheit, die sich ab der ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus zwischen 1966 und 1970 intensivieren sollte. Der Dollfuß-Kult wurde ab dieser Zeit wieder ungezügelter gelebt, was manchen Hardlinern den Weg zurück in die gesellschaftliche Mitte ebnete. Nur leicht anders verhielt es sich während der Kreisky-Ära: Obwohl 13 Jahre lang ein politisch Verfolgter des austrofaschistischen Regimes das Bundeskanzleramt bekleidete, der stellenweise auch klar verurteilende Worte für Dollfuß fand, und die Nationalratssitzungen auch nicht immer konfliktfrei verliefen, duldete die SPÖ in dieser Zeit einige Gedenkveranstaltungen und erinnerungskulturelle Maßnahmen der ÖVP mit der Rechtfertigung des Respekts vor dem „Opfer" Dollfuß'. Kreiskys Linie war klar: Pietät vor Konfrontation.

Kreiskys Linie war klar: Pietät vor Konfrontation.

Zu einer neuerlichen Zuspitzung der Konflikte kam es mit dem Aufbrechen des politischen Systems im Jahr 2000. Im Kontext des Tabubruchs, mit der FPÖ zu koalieren, hörte man in sozialdemokratischen Kreisen vielfach von einem Unbehagen bezüglich einer Rückkehr zum Austrofaschismus, was zu scharfen Auseinandersetzungen führte. Besonders der SPÖ-Abgeordnete Hannes Jarolim forderte wiederholt das Abhängen des Dollfuß-Porträts. Andreas Khol, damals ÖVP-Klubobmann, sorgte in einer Auseinandersetzung im Jahr 2000 für Entsetzen, als er Dollfuß als „Märtyrer Österreichs" bezeichnete. Zu der damaligen Intensität kehrte der Streit seither zwar nicht mehr zurück, wie eingangs erwähnt, ist der Konflikt allerdings nach wie vor nicht bereinigt.

Ausblick

Vergleicht man die Aufarbeitung mit jener des Nationalsozialismus, so ist ein Pendant zur „Waldheim-Affäre", die eine kathartische Wirkung hinsichtlich des Umgangs mit der Vergangenheit entfaltete, ausgeblieben. Das Thema gerät nur dann in den öffentlichen Diskurs, wenn es tagespolitische Kontroversen gibt – diese verfügen aber über eine begrenzte subversive Kraft. Vor allem die SPÖ nutzt das Thema fast ausschließlich als politische Waffe, was einerseits der noch immer mangelhaften Distanzierung der ÖVP geschuldet ist, der es damit wiederholt gelingt, Angriffsflächen zu schaffen, andererseits jedoch jegliche Versuche einer distanzierten, fairen Auseinandersetzung unterbindet. Diese diskursive Verengung der Thematik auf ein scheinbar parteienspezifisches Problem erschwert es der Debatte, sich auf ein breiteres gesellschaftliches Diskursfeld auszuweiten. Die Geschichtswissenschaft ebnet der österreichischen Gesellschaft hier bereits den Weg, ob eine produktive Auseinandersetzung möglich ist, bleibt dennoch fraglich. △

Es wurde ein intimes Verhältnis zur faschistischen Vergangenheit gepflegt.

Alexander Maislinger ist Lehrer an einer Mittelschule und studiert Geschichte an der Universität Salzburg.

Ein Bild, eine Geschichte:

DOLLFUSS-GEDENKTAFEL IN JERUSALEM

Erinnerungen an Engelbert Dollfuß in Israel

Die „Dollfuß-Eiche“ in Nazareth ehrt den „Heldenkanzler Dr. Engelbert Dollfuß“. Auch in der Krypta der Dormitio-Basilika in Jerusalem wird seiner gedacht.

Ein Bericht von Dieter J. Hecht.

Staatliches und religiöses Gedenken sind in Österreich eng verbunden. Die Repräsentant*innen des Staates und der verschiedenen Religionsgemeinschaften – meistens Vertreter der katholischen Kirche – nehmen bei Gedenkveranstaltungen bis in die Gegenwart wechselseitig zentrale Positionen ein. Belege hierfür finden sich in der österreichischen Geschichte viele. Ein besonders ausgeprägtes Beispiel sind die Dollfuß-Gedenkplätze und Devotionalien nach der Ermordung Bundeskanzler Dollfuß’ am 25. Juli 1934, beginnend mit Dollfuß-Gedächtniskirchen und -kapellen, Dollfuß-Kreuzen und -Gedächtniskerzen, aber auch Dollfuß-Dahlien, Dollfuß-Birnen, Erinnerungs-Gläsern, Briefmarken, bis zu Dollfuß-Bäumen und -Wäldern in ganz Österreich. Besonders viele davon gab es in Niederösterreich, dem Heimatbundesland von Dollfuß. Auch nach 1945 wurde die Verehrung fortgesetzt, meist ohne die antidemokratische und faschistische Haltung Dollfuß’ zu kritisieren. Einer der neuesten Gedenkorte war ein Dollfuß-Museum in seinem Geburtsort Texing im Jahr 1998, dessen Auflösung 2023 beschlossen wurde.

Siehe Seite 58.

Gedenkstätten in Israel

Die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche, insbesondere die religiöse Verehrung für den ermordeten Bundeskanzler, führte schließlich auch dazu, dass es seit den 1930er-Jahren zwei Gedenkstätten in Israel, welches bis zur Staatsgründung 1948 britisches Mandat war, gibt, eine in Jerusalem und eine in Nazareth. Österreich verfügte damals im „Heiligen Land“ über mehrere religiöse und diplomatische Vertretungen. Bis heute ist das *Österreichische Hospiz*, das in der Altstadt von Jerusalem von der Erzdiözese Wien geführt wird, weithin bekannt. In den 1930er-Jahren gehörte zu seinen Gästen etwa auch Mohammed Amin al-Husseini (1895-1974), der Großmufti von Jerusalem, der mit den Nationalsozialist*innen kooperierte. In Nazareth

Dollfuß-Gedächtniskerzen, Dollfuß-Dahlien, Dollfuß-Birnen bis zu Dollfuß-Wäldern.

© Dieter J. Hecht

befand sich seit 1882 ein weiteres österreichisches Hospiz bzw. Spital, das damals von Barmherzigen Brüdern aus der Steiermark geführt wurde. Seit 1959 untersteht dieses Spital der italienischen Ordensprovinz. Um Dollfuß zu ehren, wollten die Barmherzigen Brüder in Nazareth auf ihrem Gelände einen Dollfuß-Wald pflanzen. Am 14. März 1936 weilte der österreichische Generalkonsul Ivo Jorda in Nazareth und pflanzte eine Eiche zum Gedenken an Dollfuß. Laut mehreren Berichten in österreichischen Zeitungen wurden innerhalb eines Jahres 6.000 Bäume – also ein ganzer Wald – gepflanzt. Das Spital, das seit 1936 natürlich vergrößert und modernisiert wurde, ist noch immer von vielen Bäumen umgeben. Wie viele davon zum einstigen Dollfuss-Wald gehören, ließ sich bisher nicht feststellen.

In Jerusalem hängen hingegen noch immer zwei Gedenkplatten, die einen Bezug zum „Heldenkanzler Dr. Engelbert Dollfuss“ haben. Denn einige Monate vor der Waldpflanzung, im August 1935, fand mit 165 Pilger*innen die größte Wallfahrt aus Österreich ins „Heilige Land“ der Zwischenkriegszeit statt. Anlass war die Einweihung der österreichischen Altarspende für die *Dormitio-Basilika*, die ihr 25-jähriges Bestehen feierte. Die *Dormitio-Basilika* ist eine große katholische Einrichtung am Zionsberg, unmittelbar neben der Altstadt, die von deutschen Benediktinern geleitet wird. In ihrer heutigen Form wurde die Kirche 1910 eingeweiht. Das österreichische Komitee für diese erste österreichische Spende in Jerusalem seit langer Zeit setzte sich aus prominenten österreichischen Katholiken zusammen.

Andauernde Ehrung

Der österreichische Stiftungsaltar befindet sich in der Krypta der Kirche. Er wurde vom Bildhauer Alfred Crepaz in Österreich gefertigt, wo er, bevor er nach Jerusalem transportiert werden sollte, im Juni 1935 in der Meisterschule der *Akademie der Bildenden Künste* in Wien ausgestellt wurde. Flankiert wird der Altar von zwei Kupferplatten, die als Erinnerungs- bzw. Gedenkplatten fungieren, mit folgender Inschrift:

Gestiftet im Jahre 1935 – von den Katholiken Österreichs unter dem Ehrenschutze des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas und unter dem Präsidium des Kardinals Erzbischofs Dr. Theodor Innitzer und des Bundeskanzlers Dr. Kurt von Schuschnigg
(rechts vom Altar)

Der Altar dessen Widmung auch von dem am 25. Juli 1934 verstorbenen österreichischen Heldenkanzler Dr. Engelbert Dollfuss freudig begrüsst wurde ist anlässlich der österreichischen Pilgerfahrt am 10. August 1935 konsekriert worden.
(links vom Altar).

Nach einer umfassenden Renovierung erstrahlt die Krypta der *Dormitio-Basilika* 2023 wieder im vollen Glanz. Der österreichische Stiftungsaltar leuchtet mit weißem Stein und blauem Mosaik, links und rechts die zwei kupfernen Gedenkinschriften. Religiöses und staatliches Gedenken sind immer noch vereint, nach einer Kontextualisierung sucht man vergeblich. △

Dieter J. Hecht ist
Historiker in Wien.

WIENS VERBLICHENE GEDENKORTE AN DEN „HELDENKANZLER“

Neben der „Turmkapelle“ in der Michaelerkirche, in der 1998 durch Kardinal Schönborn zum letzten Mal eine Gedenkmesse für Engelbert Dollfuß stattfand, gibt es weitere Gedächtnisorte für den „Heldenkanzler“ in Wien.

Eine exemplarische Spurensuche von Martin Krist.

Die Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche
Geht man in Wien von der Schmelz Richtung Stadthalle, kommt man ins Nibelungenviertel, dessen Gassen bezeichnende Namen wie Walküren-, Giselher- oder Gunthergasse haben. Dann stößt man auf den Burjan-, Vogelweid- und Kriemhildplatz, in deren Mittelpunkt sich die Christkönigskirche befindet. Im Volksmund und auch auf Google Maps trägt sie zusätzlich die Bezeichnung Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche.

Errichtet wurde die Kirche in den Jahren 1933 und 1934. Geplant wurde sie von *dem* Baumeister des Austrofaschismus, Clemens Holzmeister. Der Bau wurde von Hildegard Burjan initiiert, einer christlichsozialen Netzwerkerin und kurzzeitigen Nationalratsabgeordneten. Sie stammte aus Görlitz in Niederschlesien (heute Sachsen), konvertierte vom Judentum zum Katholizismus und war vor allem im Sozialbereich tätig. Die jüdische Herkunft Burjans dürfte bekennenden Antisemit*innen wie dem konservativen Spitzenpolitiker Leopold Kunschak ein Dorn im Auge gewesen sein. Auch der spätere Heeresminister und Kurzzeitbundeskanzler Carl Vaugoin, in dessen Wahlkreis sie kandidierte, meinte, dass er sich sein Mandat nicht durch eine „preußische Saujüdin“ strittig machen lassen werde. Im Oktober 1920 zog sich Burjan aus der Politik zurück und widmete sich karitativen Aktivitäten.

1932 organisierte sie eine Haussammlung, eine Lotterie und eine Gedächtnismatinee in der Wiener Staatsoper zur Gründung einer Gedächtniskirche, die für den Ahnherrn des politischen Katholizismus und Wegbereiter des Austrofaschismus, den im August 1932 verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler der Ersten Republik, Ignaz Seipel, errichtet werden sollte. Die Kirche sollte in einem „seelsorgerisch unterversorgten Gebiet“ stehen. Deshalb wurde ein unbebauter Platz „in einem not- und elendvollen Bezirk“ gesucht und im heutigen 15. Bezirk gefunden. In dessen Nähe befand sich noch dazu das Geburtshaus Seipels.

Der Bundeskanzler und Bundesführer der *Vaterländischen Front,* Engelbert Dollfuß, legte am 30. Juli 1933 den Grundstein zum Kirchenbau. Seine Fertigstellung erlebte der Diktator nicht mehr, da er im Zuge des gescheiterten nationalsozialistischen Putschversuches im Juli 1934 getötet wurde.

Siehe Seite 40.

Sowohl Seipel als auch Dollfuß wurden in zwei gegenüberliegenden Nischen der Krypta bestattet. Im Eingangsbereich der Kirche wurde ein martialisches Denkmal errichtet, das den beiden „großen Söhnen Österreichs“ und „Erneuerern des österreichischen Vaterlandes“ gedenkt. *Sie legten kostbare Saat in die geliebte Heimaterde. Sie opferten all ihre hohen Gottesgaben und endlich ihr Leben dem Ringen um Freiheit, Frieden und Glück ihres Volkes,* steht am unteren Ende des Gedenksteins.

Dieses Denkmal der austrofaschistischen Diktatur blieb auch in der Zweiten Republik erhalten. 2010 erhielt es einen A4-großen Zusatz mit einer Erklärung des Pfarrgemeinderates der Kirche, die darauf hinwies, dass man das Denkmal zeithistorisch sehen müsste – und seine Aussagen heute selbstverständlich anders gesehen würden. Im Sommer 2019 wurde eine Überplattung mit Plexiglas angebracht, die eine Verdeckung und ein Verschwinden der martialischen Inschrift bewirkt. Dadurch wird der ursprüngliche Text ›

© Martin Krist

Das martialische Denkmal im Eingangsbereich der heutigen Christkönigskirche mit der 2019 erfolgten Überplattung.

© Sammlung Martin Krist

Links Dollfuß, rechts Seipel, in der Mitte die „Gedächtniskirche“ am „Kanzlerplatz“, wie er von 1934 bis 1939 (!) hieß.

© Sammlung Martin Krist

Die „Gedächtnisstätte“ Dollfuß’ am Hietzinger Friedhof in der Zeit des Austrofaschismus. Sie bestand vom 28. September 1934 bis zum sogenannten „Anschluss“ am ersten und heutigen Beerdigungsort Dollfuß’.

Diese ÖVP-Kaderschmiede – vom ehemaligen Bundeskanzler Klaus bis zum heutigen Nationalratspräsidenten Sobotka und Staatssekretär Tursky – ehrt und gedenkt dem Diktator auch noch 2023!

© Martin Krist

Auch 2023 gedachte die CV-Studentenverbindung Rudolfina zu Allerheiligen dem Diktator und „Heldenkanzler“.

unsichtbar gemacht, sozusagen aus der Geschichte getilgt. Zu zwei Drittel ist der Text dieser Überplattung Hildegard Burjan gewidmet, ein Drittel besteht aus einer Distanzierung zu der darunter befindlichen Inschrift. Ob so eine Unsichtbarmachung der gelungenste Umgang mit diesem Denkmal ist, ist stark zu bezweifeln. Auf der Homepage der Christkönigskirche konnte man nach der Überplattung und nach einiger Suche den ursprünglichen Text finden – heute ist dieser wieder verschwunden.

Dollfuß und Seipel blieben übrigens nicht lange in der Krypta der „Gedächtniskirche", denn die Nationalsozialist*innen beseitigten in der Nacht vom 23. auf den 24. Jänner 1939 klammheimlich deren Leichname. Sie befürchteten – wohl zu Unrecht – Kundgebungen für den Austrofaschismus und seinen „Heldenkanzler". Seipel kam auf den Zentralfriedhof, Dollfuß auf den Hietzinger Friedhof, wo sie auch heute noch bestattet sind.

Im Inneren der Kirche finden sich Kreuzwegreliefs – links und rechts an den Wänden des Kirchenschiffs –, die von Benito Mussolini gestiftet wurden. Dazu gibt es allerdings nicht einmal eine unkritische Erklärung.

Das „Nationaldenkmal"

In unmittelbarer Nähe zum Ort des Todes des Diktators sollte unter Bundeskanzler Schuschnigg am Ballhausplatz das „Dollfuß-Nationaldenkmal" errichtet werden, welches ebenfalls von Clemens Holzmeister und dem Bildhauer Hans Andre entworfen wurde. Das Denkmal sollte „in machtvoller Weise das Andenken an den Heldenkanzler überbringen und das wesentliche Werk und Verdienst Dollfuß' im Wege plastischer Darstellung aufzeigen". Allerdings wurde lediglich ein Steinblock gesetzt und am 18. Oktober 1936 von Kardinal Innitzer eingeweiht, doch zu den Bildhauerarbeiten kam es nicht mehr – diese verhinderte der sogenannte „Anschluss". Heute steht an der Stelle das 2014 errichtete Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz.

Diskussion um das Grab Dollfuß' am Hietzinger Friedhof

Jahrzehntelang wurde das Grab Dollfuß' von der Friedhofsverwaltung der Gemeinde Wien als „Ehrengrab" erhalten und gepflegt. Doch 2012 war es damit vorbei. Eine von der Stadt Wien eingesetzte Kommission unter der Leitung von Kurt Scholz, dem ehemaligen Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, konnte dafür keinen Beleg in den Friedhofsakten finden. Was in Wahrheit nicht verwundert, denn nach der Exhumierung des Leichnams von Dollfuß aus seiner „provisorischen Bestattungsstelle" am 28. September 1934 und dessen prunkvoller Überführung in die Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche „zwecks dauerhafter Bestattung am 29. September 1934" verfügte der von Dollfuß eingesetzte austrofaschistische Wiener Bürgermeister Richard Schmitz am 26. Oktober 1934 lediglich die Aufrechterhaltung der leerstehenden Grabanlage auf dem Hietzinger Friedhof und deren „Ausschmückung mit Koniferen und Blumen" sowie die Anbringung einer Marmortafel mit der Inschrift: „Hier ruhte Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß". Dazu kam es aber nicht, da Dollfuß an dieser Stelle 1939 erneut beerdigt wurde. Von der Gemeinde Wien wird das Grab Dollfuß' auf Vorschlag der Kommission heute als „historisches Grab" am Hietzinger Friedhof erhalten und gepflegt, ansonsten ist es fast vergessen.

Jahrzehntelang wurde das Grab Dollfuß' von der Friedhofsverwaltung der Gemeinde Wien als „Ehrengrab" erhalten und gepflegt. Doch 2012 war es damit vorbei.

Eine Irritation am Grab im Jahr 2023

„Ihr Jungen schließt die Reihen gut, ein Toter führt uns an". Mit dieser Zeile beginnt das Dollfuß-Lied, das ab 1936 in der austrofaschistischen Diktatur meist nach der Bundeshymne („Sei gesegnet ohne Ende") gesungen wurde. Vorbild war dabei das nationalsozialistische Deutschland, wo auf das Deutschlandlied („Deutschland, Deutschland über alles") das Horst-Wessel-Lied („Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen") folgte.

Der Tote, der führte, war natürlich Engelbert Dollfuß, der heute fast vergessene Totengräber der Ersten Republik. Zu Allerheiligen wird ihm jedoch nach wie vor jährlich mit einem Kranz gedacht, und zwar von der CV-Studentenverbindung *Rudolfina*, deren Ehrenmitglied Dollfuß war. Diese ÖVP-Kaderschmiede – vom ehemaligen Bundeskanzler Klaus bis zum heutigen Nationalratspräsidenten Sobotka und Staatssekretär Tursky – ehrt und gedenkt dem Diktator auch noch 2023! △

LITERATURHINWEISE

Lucile Dreidemy, Der Dollfuß-Mythos: Eine Biographie des Posthumen, Wien 2014.

Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien 2013.

Martin Krist ist Lehrer und Historiker sowie Wiener Netzwerkkoordinator von ERINNERN:AT.

AUSRÄUMEN

Das ehemalige „Dollfuß-Museum“

Ein Museum mit weniger als 100 Besucher*innen jährlich in der österreichischen Peripherie ist eigentlich nichts Ungewöhnliches. Wenn sich dieses Museum allerdings im Geburtshaus von Engelbert Dollfuß befindet und diesen über weite Strecken unkritisch darstellt, bekommt das Ganze eine besondere Brisanz.

Eine Einschätzung von Martin Hagmayr, Silke Umdasch und Remigio Gazzari.

Ausgangslage

Über die Erinnerungskultur rund um die NS-Gewaltherrschaft herrscht zumindest im Mainstream mittlerweile weitgehend Einigkeit. Im Gegensatz dazu ist der Umgang mit der Erinnerung an die austrofaschistische Periode der österreichischen Zeitgeschichte und besonders an die Person Engelbert Dollfuß vergleichsweise ambivalent. Im öffentlichen Raum wird das anhand von Erinnerungszeichen und -institutionen sichtbar. Einerseits solchen, die der Opfer der Diktatur, besonders der Februarkämpfe 1934, gedenken, und andererseits solchen, die sich im Besonderen auf Dollfuß als Person beziehen. Interessant ist daran, dass 1938 ein Bruch stattfinden musste: Dollfuß-Gedenktafeln an öffentlichen Gebäuden, an Kriegerdenkmälern und in Kirchen wurden, soweit nicht von den Nationalsozialist*innen zerstört, eingemauert oder versteckt. Das bedeutet, dass sie zu Beginn der Zweiten Republik wieder hervorgeholt, freigelegt oder neu installiert wurden. Ähnlich stellt sich die Geschichte des bedeutendsten Dollfuß-Erinnerungszeichens, des Geburtshauses in Texingtal, dar.

Du bist für uns nicht tot!

Das Geburtshaus in Texingtal

Die Aufladung als Weihestätte im Gedenken an den „toten Führer“ geschah bereits unmittelbar nach der Ermordung des Bundeskanzlers durch NS-Putschisten im Juli 1934. Anlässlich seines Geburtstages am 4. Oktober wurden am „Geburtshaus“ in Texing und am „Elternhaus“ im nahen Kirnberg, dem Bauernhof von Dollfuß‘ Stiefvater, unter Anwesenheit des neuen Kanzlers Schuschnigg Gedenktafeln enthüllt. Das geschwächte Regime versuchte, den Mord

© Remigio Gazzari

Das Haus in Texingtal.

zu nutzen, um Dollfuß zu überhöhen. Die Presse sprach vom „verewigten Kanzler", ein im Museum ausgestelltes Relief ruft sogar aus: „Du bist für uns nicht tot!". Erhaltene Gästebücher dokumentieren, dass das Haus bereits 1934–1938 besucht wurde. Und wieder: Nach 1945 beginnen die Einträge erneut und führen bis in die Gegenwart.

In der Kleinregion rund um das Museum scheint dabei eine spezifische Erinnerungskultur zu existieren, die in der landwirtschaftlich geprägten Gegend an Dollfuß' Tätigkeiten als Agrar-Reformer und Begründer der Sozialversicherung für Landarbeiter*innen erinnert. Der Beschuss von Gemeindebauten, standrechtliche Hinrichtungen und die Entmachtung des Verfassungsgerichtshofes scheinen aus dieser Perspektive offenbar weit weg.

In dieser Gemengelage entstand in den 1990er-Jahren das Museumsprojekt im Geburtshaus. Gefördert vom Land Niederösterreich, dem *nö. Bauernbund* (Dollfuß war Mitgründer der nö. Landwirtschaftskammer) und dem Unterrichtsministerium sowie mit Leihgaben aus der Familie ausgestattet, wurde das Museum 1998 eröffnet. Kritik flammte zwar immer wieder auf, beschränkte sich aber auf kleinere politische Geplänkel. Bundesweite Aufmerksamkeit erreichte das Museum schließlich im Dezember 2021, als der Texingtaler Bürgermeister Gerhard Karner zum Innenminister avancierte und bekannt wurde, dass das Museum von der Gemeinde getragen wird. Karner beauftragte den Verein *MERKwürdig – Zeithistorisches Zentrum Melk* mit einer Überarbeitung. Der Verein hatte bisher die KZ-Gedenkstätte Melk betreut und weitere Gedenk- und Erinnerungsprojekte in der Region durchgeführt.

Begleitendes Vermittlungsprogramm

Wichtig war bei all diesen Überlegungen, dass die lokale Bevölkerung vor Ort eingebunden

Nach Redaktionsschluss gab es noch folgende Entwicklungen:

Nach der Konzeptpräsentation wurde die Förderzusage des Landes Niederösterreich überraschend zurückgezogen. Im Dezember 2023 forderte eine Gruppe von Leihgeber*innen rund um die Familie und den niederösterreichischen Bauernbund die Übergabe ihrer Objekte an die niederösterreichische Landessammlung. Das nahm der Texingtaler Bürgermeister zum Anlass, fast alle Objekte ans Land zu überführen, womit die Durchführung des Projekts erfolgreich verhindert wurde.

© Rabl

Eine Intervention zu einer Gedenktafel für Dollfuß.

© Daniela Matejschek

Bild aus dem Raum 3 des Museums.

wird und deren Stimmen gehört werden. Aus diesem Grund beauftragte im Sommer 2023 der Verein *MERKwürdig* den Verein *Museum Arbeitswelt* mit einer Konzepterstellung und anschließender Umsetzung von Vermittlungsworkshops mit der regionalen Bevölkerung.

Relativ rasch zeigte sich, dass es schwierig war, Teilnehmer*innen zu aktivieren. Von den kontaktierten Vereinen gab es im Herbst 2022 ausschließlich Absagen. Die Gründe hierfür waren einerseits der Zeitfaktor, andererseits mangelndes Interesse an der Thematik – verbunden mit der Sorge um die mediale Rezeption in Österreich und der Region.

„Sollte es in einigen Jahren wieder so rund gehen wie heuer, würden WIR als Verein dann womöglich schlecht dastehen. Und ehrlich gesagt wollen wir mit dem allgemein nichts zu tun haben. Geschichte ist immerhin Geschichte!!“

Erst ein durchwegs turbulenter öffentlicher Informationsabend mit 60 beteiligten Personen in einem örtlichen Gasthaus ließ eine interessierte Gruppe entstehen, die sich aus unterschiedlichen und gänzlich konträren Beweggründen entschied, am Prozess mitzuwirken. Insgesamt wurden die folgenden Workshops mit 22 Erwachsenen und einer Schulklasse der Mittelschule Mank durchgeführt.

Bei den Workshops im Frühjahr 2023 ging es darum, sich mit der Rolle und Funktion von Museen auseinanderzusetzen und mit diesen Hintergrundinformationen das ehemalige „Dollfuß-Museum“ mit geschärftem Blick zu betrachten. Ein Folgetermin im *Museum Arbeitswelt* in Steyr bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, gesammelte Kritikpunkte mit zeitlicher wie räumlicher Distanz zu formulieren und persönliche Erwartungen an ein überarbeitetes Museum zu diskutieren.

Abschließend wurden die zusammengetragenen Ergebnisse aller Treffen den Teilnehmenden sowie den Kurator*innen des Vereins *MERKwürdig* im Juni 2023 durch die Vermittler*innen des *Museum Arbeitswelt* präsentiert.

Am Ende des Projekts steht das Dollfuß-Geburtshaus leer.

Raum schaffen

Obwohl die Kurator*innen bewusst nicht an den Workshops teilnahmen, wurden die Teilergebnisse regelmäßig durch das Vermittlungsteam rückgemeldet und flossen in die Überlegungen zum Konzept ein. Parallel fanden Gespräche mit dem siebenköpfigen, international zusammengesetzten Beirat statt, der aus Historiker*innen, Museolog*innen und Vermittler*innen bestand. Zentrale inhaltliche Herausforderung war dabei die Frage, wie eine kritische, zeitgemäße Geschichtsvermittlung im Geburtshaus eines Diktators möglich sein kann. Die Einrichtung eines ersten Museums zur Geschichte des Austrofaschismus war verführerisch. So wünschenswert neue Gedächtnisinstitutionen abseits der Ballungszentren auch sind, stellten sich dabei eine Reihe von schwer lösbaren Fragen nach der Erreichbarkeit ohne PKW, nach der Herstellung eines barrierefreien Zugangs sowie der Notwendigkeit von umfangreichen Renovierungen. Ebenso kann es heute nicht mehr Praxis sein zu versuchen, belastete Erinnerungszeichen durch Zusatztafeln oder „kontextualisierende“ Kurator*innentexte zu entzaubern oder zu entschärfen. Auf Basis dieser Überlegungen entschloss sich das Kurator*innenteam daher zu einem Zugang, der sowohl radikal als auch konstruktiv ist: Unter dem Titel „Raum schaffen“ wird das Museum über den Zeitraum von fünf Jahren (der verbleibenden Zeit des Pachtvertrages) gemeinsam mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft aufgelöst. Bürger*innen aus der Region, Schüler*innen, Wissenschafter*innen und Künstler*innen werden aufgefordert, sich mit Objektgruppen und damit mit der Geschichte des Austrofaschismus auseinanderzusetzen. Schließlich werden die Objekte in andere Museen, Archive oder an die Leihgeber*innen überbracht. Dabei sollen diese Institutionen mit den Objekten temporäre Ausstellungen gestalten, bevor sie sie in ihre Sammlungen aufnehmen. So soll das Projekt sowohl lokal als auch bundesweit wirken. Im Kern handelt es sich dabei um ein umgekehrtes Museumskonzept: So wie beim Erstellen einer Ausstellung Objekte recherchiert und nach ihrer Relevanz für Geschichte und Gegenwart befragt werden, geschieht das auch im ehemaligen Dollfuß-Museum. Nur mit einem zentralen Unterschied: Am Ende des Projekts steht das Dollfuß-Geburtshaus leer.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Die bisherige Ausstellung wird in Zukunft nur in Begleitung oder im Rahmen von Veranstaltungen an einzelnen Öffnungstagen zugänglich sein. Ab Frühling 2024 wird eine kleine Ausstellung im Eingangsbereich das Projekt vorstellen und temporäre Installationen können den Raum von entnommenen Objekten einnehmen. Die Entnahmen werden unter dem Titel von Jahresthemen geschehen, etwa zum 90-jährigen Jubiläum des Februar und Juli 1934 (2024), zur sehr gegenwärtigen Frage von Fragilität und Resilienz von Demokratie, zur Frage des Führerkults, zur Frage von Heimat am Beispiel von Geburtsorten.

Facebookseite des Demokratieforums Alpenvorland

Eine Website, die das Projekt laufend dokumentiert, wird im Frühjahr 2024 online gehen.

Remigio Gazzari ist Archivar und Ausstellungskurator. Er arbeitet zu zeithistorischen Vermittlungsprojekten und lebt in Wien.

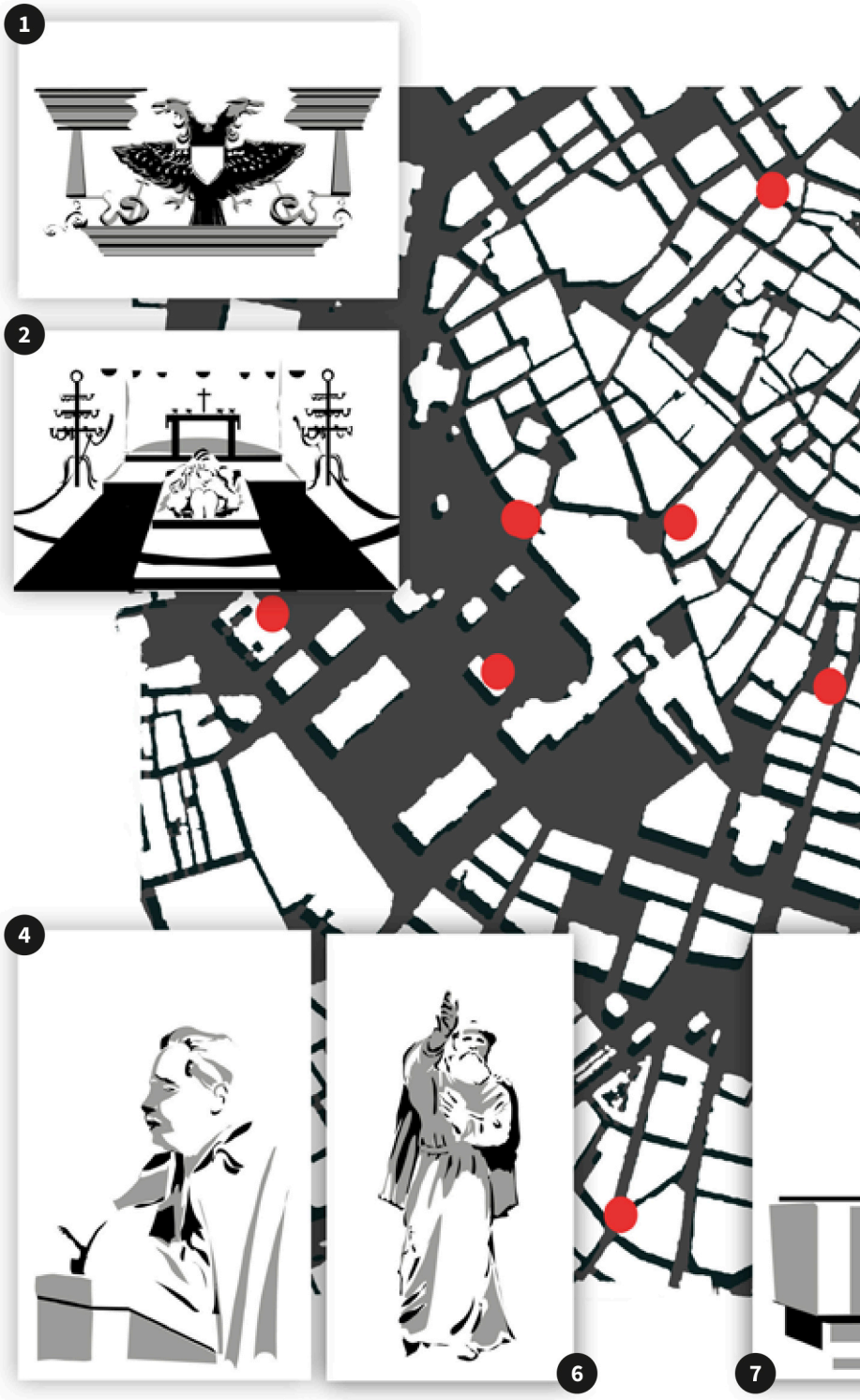
Martin Hagmayr und Silke Umdasch sind Zeithistoriker*innen und arbeiten als Kulturvermittler*innen im Museum Arbeitswelt in Steyr.

Auf den Spuren des „Ständestaats“ in Wien

Ein interaktiver Alpendistel-Beitrag

1. Station: Justizpalast
Durch die Ausschaltung des Parlaments 1933 begann Engelbert Dollfuß, die junge Demokratie in einen autoritären Staat zu verwandeln. Ein Anfang war die Schaffung neuer Staatssymbole. Das Wappen dieses neuen Staates siehst du bis heute am Justizpalast. Finde es und zeichne ein, was es auszeichnet.

2. Station: Äußeres Burgtor
Ab 1934 begann man damit, den Zugang zum Heldenplatz zu transformieren. Helfen sollte dabei der Blick auf Österreich vor 1918, als man noch „eine politische und kulturelle Größe“ war. Das Burgtor sollte zum Heldentor werden und das leere Grab im Heldentor an die Opfer des Ersten Weltkriegs erinnern. Die Krypta diente für austrofaschistische Gedenkfeiern. Ergänze die Inschrift in der Krypta.



4. Station: Michaelerkirche
Nach dem Attentat schuf man hier eine Dollfuß-Erinnerungsstätte. Im Sinne des Austrofaschismus, der die katholische Kirche als identitätsstiftende Einrichtung sah, entstand hier ein Relief. Was macht Dollfuß darauf? Ergänze seine Hände.

6. Station: Kapuzinergruft
Ein Akteur der Zweiten Osmanischen Belagerung von Wien, der Mönch Marco d’Aviano, steht hier in Statuenform als „Held“ des „Ständestaates“. Ein „Streiter“ gegen die Gefahren. Zeichne ein, was die Statue in der Hand hält.

Stefan Hochgatterer (Guide) und **Johanna Wögerbauer** (Grafik) führen an verbliebene Orte des Austrofaschismus in Wien. Eine kritische Entdeckungstour.

Für die Vollversion des Textes bitte den QR-Code scannen.

3. Station: Bundeskanzleramt
Durch den nationalsozialistischen Putschversuch 1934 wurde der „Kanzlerdiktator" Dollfuß im Bundeskanzleramt verwundet und starb an seinen Verletzungen. Gleich nach seinem Tod begann ein Gedenkkult um ihn. Dollfuß sollte zu einem Märtyrer für Österreich stilisiert werden. Eine Reihe von Denkmälern entstand, so war auch hier eines geplant, doch nur der Zaun ist übrig geblieben. Vergleiche die Zaunspitzen und ergänze diejenigen aus den 1930er-Jahren.

5. Station: Konditorei Heiner
Eine der ersten großen Massenveranstaltungen des Regimes war der Katholikentag 1933 in Wien. Der gemeinsame Glaube sowie die Verbundenheit mit der katholischen Kirche und dem Papst sollten zelebriert werden. Im Zuge dessen wurde eine süße Köstlichkeit kreiert, die sich bis heute großer Beliebtheit erfreut: die Kardinalschnitte. Ergänze die Bezeichnung des Geschäfts im Balken über der Tür.

7. Station: Hannakenbrunnen
Sagen wurden vom austrofaschistischen System gerne als „einende Elemente" gesehen. Es wurden Fassaden mit ihnen geschmückt oder wie hier ganze Brunnenanlagen, die von ihnen erzählen. Was hat der Mann vor die Füße geschmissen bekommen?

8. Station: Operngasse 26 / Faulmanngasse 1 – Papageno
Modern wollte das Regime sein. Neben Straßen waren auch neue Wohnbauten Ausdruck der vermeintlich besseren austrofaschistischen Ära. Ein Relief an der Fassade erinnert an das damalige Gebäude. Ergänze die Inschrift.

Johanna Wögerbauer ist Illustratorin mit Schwerpunkt auf Unternehmens- und Wissenschaftskommunikation. Sie unterrichtet an der Kunstuniversität Linz und an einem Oberstufenrealgymnasium.

Stefan Hochgatterer ist Fremdenführer in Wien. Er führt auch durch das Parlament und die Museen der Nationalbibliothek.

Karl Kraus und der „Austrofaschismus“

Karl Kraus war ein scharfer Kritiker von – fast – allem, wofür die Diktatur stand, die 1933 von Engelbert Dollfuß unter Bruch der Verfassung der parlamentarischen Republik errichtet und mit militärischer Gewalt durchgesetzt wurde. Kraus’ öffentliche Sympathiekundgebung für den im Juli 1934 von Angehörigen der SS im Zuge des NS-Putsches ermordeten Kanzler galt offensichtlich weniger dem Diktator eines klerikalen, rückwärtsgewandten Systems (des „Ständestaates“) und lässt sich nur aus Kraus’ unbedingter Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erklären. Freilich: Diese Gegnerschaft zu den Zielen, die von den Dollfuß-Mördern verfolgt wurden, – dem Übel der totalitären NS-Herrschaft – hätte auch mit einer Kritik am „kleineren Übel“ des antidemokratischen, repressiven, reaktionären Systems verbunden werden müssen, für das der Name Dollfuß steht.

Ein Beitrag von Anton Pelinka.

„Widersprecher“ Kraus

Die Sympathie, die Karl Kraus Dollfuß entgegenbrachte, war weniger Ausdruck einer positiven Einstellung zu dem von Dollfuß, Ernst Rüdiger Starhemberg und Kurt Schuschnigg repräsentierten autoritären („austrofaschistischen“) System. Kraus sah in dem von der SS ermordeten Dollfuß das Opfer der größten aller Gefahren, die nicht nur die Unabhängigkeit Österreichs, sondern auch den Weltfrieden bedrohte. Der „Widersprecher“ Kraus widersprach – vor allem in seiner *Dritten Walpurgisnacht*[1] – nicht nur dem bereits 1933 an die Regierungsmacht gekommenen Adolf Hitler, sondern auch der Tendenz zur Verharmlosung in den Reihen der Konservativen à la Neville Chamberlain, der europäischen Sozialdemokratie, aber auch der kommunistischen Parteien, die geleitet von dem von Stalin vorgegebenen Kurs, der zum Hitler-Stalin-Pakt führen sollte, das spezifisch Böse im Nationalsozialismus nicht zu erkennen vermochten.

Kraus vermochte zu differenzieren – zwischen dem Faschismus Mussolinis und dem Faschismus Hitlers, der sich vom „Austrofaschismus“ nicht nur durch das erklärte Ziel des Endes jeder Form von österreichischer Selbständigkeit unterschied. Diese Fähigkeit, zwischen verschiedenen Ausprägungen des Faschismus zu differenzieren, mag auch Kraus’ Sensibilität gegenüber den Parallelen zwischen den verschiedenen Varianten des Faschismus eingeschränkt haben: die Unterdrückung von Parlamentarismus und jeder demokratischen Freizügigkeit.

Karl Kraus entzieht sich einer einfachen politischen Zuordnung.

Politische Ausrichtung

Karl Kraus entzieht sich einer einfachen politischen Zuordnung. War er konservativ? Sein Antimilitarismus – demonstriert in den *Letzten Tagen der Menschheit* – lässt eine solche Zuordnung nur schwer zu. War er Sozialist? Seine Sympathie, sein Engagement für verschiedene Programme – vor allem im Erziehungsbereich – des Roten Wiens können phasenweise eine solche Einordnung zwar nahelegen, die aber schließlich durch seine

© AnonymousUnknown author, Public domain, via Wikimedia Commons

Karl Kraus.

© CC BY-NC-SA / Kurt Tucholsky Literaturmuseum

Titelbild einer Fackel-Ausgabe aus dem Jahr 1929.

persönliche Empathie für den toten Engelbert Dollfuß als Opfer der SS zerstört wurde. Kraus' Sympathie für Dollfuß als „Märtyrer" widersprach jeder deklariert linken, sozialdemokratischen oder kommunistischen Perspektive vom „Arbeiter*innenmörder" Dollfuß. Kraus wurde so zum Feindbild der Linken.

Dass er einen der Vorgänger von Dollfuß als Bundeskanzler und Chef einer „Bürgerblockregierung" – Johann Schober, 1927 Wiener Polizeipräsident – als Hauptverantwortlichen des Massakers vor dem Justizpalast ausgemacht und öffentlich zum Rücktritt aufgefordert hatte, mag zwar zumindest im Rückblick die Wahrnehmung von Karl Kraus als Dollfuß-Bewunderer gemildert, aber nicht ausgelöscht haben.

Das Bild von Karl Kraus entzieht sich bis heute jeder eindeutigen politischen Zuschreibung. Sein ambivalentes Verhältnis zum Katholizismus und zum Judentum verhindert eine konfessionelle Eindeutigkeit. Sein Antimilitarismus mag zwar seine Abscheu vor der Gewalt der Dollfuß-Mörder verständlich machen, aber es bleibt ein Rätsel, warum er die Gewalt der mit Dollfuß verbündeten *Heimwehren* nicht deutlicher kritisierte. War es der „Zeitgeist", die Sehnsucht nach dem „starken Mann", die den Republik- und Demokratiezerstörer Dollfuß in milderem Licht erscheinen ließ – jedenfalls im Vergleich mit dem viel brutaleren Republik- und Demokratiezerstörer Hitler? Dollfuß und seine „Kanzlerdiktatur" – waren sie das kleinere Übel? Aber auch das kleinere Übel war Übel – jedenfalls vom Standpunkt der demokratischen Republik.

Politische Literatur

Kraus hatte die Geschichte der Republik in seiner Fackel[2] begleitet – nie unkritisch, aber ohne die kakanische Nostalgie Hugo von Hofmannsthals. Kraus' Kommentare wichen der Politik dieser von Sozialdemokrat*innen und Christlichsozialen gegründeten Republik, die ab 1920 von den Parteien des „Bürgerblocks" regiert wurde, nie aus. Kraus war so etwas wie ein kritischer Freund der demokratischen Republik. Er ignorierte diese Politik nicht, wie dies etwa Arthur Schnitzler versuchte. Umso erstaunlicher, dass er im Zerstörer dieser Republik nur das Opfer Hitlers bedauerte, nicht aber den Antidemokraten brandmarkte.

Kraus wurde so zum Feindbild der Linken.

Freilich: Kraus wusste natürlich, dass Heinrich Mann – der deklariert „Linke" – Positives in Mussolini zu entdecken versuchte. Auch Winston Churchill, der 1940/1941 entscheidende Gegenspieler Hitlers, wollte dem „Urvater" des Faschismus, Benito Mussolini, noch positive Züge abgewinnen, bevor sich der italienische Diktator in die ihn zerstörende Abhängigkeit von Hitler verstrickte. Faschismus war eben nicht Faschismus. Wenn die Herrschaft der Monopolpartei *Vaterländische Front* – in ihrem Kern die *Christlichsoziale Partei* –, die 1918 die demokratische Republik mitgegründet hatte, eine österreichische Spielart des Faschismus war, dann ist festzuhalten: Die politische Repression, die zwischen 1933 und 1938 in der Verantwortung von Dollfuß, Schuschnigg und Starhemberg in Österreich ›

wütete – in ihrer Brutalität im Lager Wöllersdorf ebenso erkennbar wie in den Hinrichtungen der Februarkämpfer – war nicht von der Totalität, die den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus kennzeichnete. Auch gab es in den Jahren der „Kanzlerdiktatur" – 1933 bis 1938 – der antisemitischen Tradition des politischen Katholizismus zum Trotz keine rechtliche Diskriminierung der Jüdinnen*Juden; und erst recht wurde der Holocaust als Programm der Vernichtung des Judentums als „Rasse" weder im faschistischen Italien noch im autoritären Österreich geplant oder gar umgesetzt.

Kraus zeigte sich in der schon im Mai 1933 begonnenen *Dritten Walpurgisnacht* zu einem Zeitpunkt, in dem sich die europäische Politik – unter Vorwegnahme der Beschwichtigungspolitik à la Chamberlain – noch der Illusion hingab, man könnte Hitler als Speerspitze gegen die UdSSR nutzen, als Gegenspieler dieser „appeaser". Gestützt auf allgemein zugängliche Berichte in den internationalen Medien machte Kraus klar, wie blind die Welt war, die nicht sehen wollte, was doch zu sehen war: das Mörderische am Faschismus à la Hitler, das nicht erst mit dem nationalsozialistischen Angriffskrieg und auch nicht erst mit dem Beginn der Ausmordung eines als „Rasse" konstruierten Judentums klar zu erkennen war. Gemessen an dem, was sich in den deutschen Städten ab dem Regierungsantritt Hitlers abspielte, war der Faschismus à la Dollfuß tatsächlich ein kleineres Übel. Aber als Übel wäre es zu qualifizieren und zu benennen gewesen.

Nähe zum Sozialismus

Die von der „Kanzlerdiktatur" in den Untergrund gedrängten Sozialist*innen waren in ihrer differenzierten Sicht des „Austromarxismus" gar nicht so weit von Karl Kraus entfernt: Wie hätte die Führung der *Revolutionären Sozialisten* am 10. März 1938 dazu aufrufen können, in dem von Schuschnigg geplanten Plebiszit – trotz des repressiven und autoritären Charakters der Regierung Schuschnigg – mit „Ja" zu stimmen, wenn sie nicht in Abwägung erkannt hätte, dass Hitler das größere Übel war? Und die zu den Gründern der Zweiten Republik zählenden Sozialdemokrat*innen – wie Hertha Firnberg, Anton Benya oder Christian Broda – machten in ihrem Verhalten und in den von ihnen überlieferten Quellen deutlich, dass die große Katastrophe des März 1938 ein noch tieferer Einschnitt war als die Katastrophen der Jahre 1933 und 1934 – die von Dollfuß zu verantwortende Ausschaltung des Nationalrates, der Bürgerkrieg des 12. Februar und die autoritäre Verfassung vom 1. Mai 1934.

Entkommen

Karl Kraus blieb es durch seinen Tod 1936 erspart, nach der militärischen Okkupation Österreichs durch das „Deutsche Reich" sein Leben durch Flucht vor dem „größeren Übel" ins Exil retten zu müssen. Auch das Abkommen vom Juli 1936 musste er nicht mehr erleben – ein Abkommen, das Österreichs Abhängigkeit vom nationalsozialistischen Deutschland verstärkte. Unter der Herrschaft des zum deutschen Reichskanzler und „Führer" aufgestiegenen Exilösterreichers hätte er keine Chance gehabt, 1945 die Befreiung Österreichs zu erleben – ebenso wenig die von Stalin an Hitler in der Phase der geopolitischen Kooperation ausgelieferten Kommunist*innen, die genauso von der SS ermordet wurden wie die sechs Millionen Jüdinnen*Juden.

Schon vor seinem Tod war Kraus für die Selbstdarstellung der Dollfuß-Schuschnigg- Diktatur von nur eingeschränktem Wert. War er doch durch seine mehrfache, öffentlich vorgetragene Kritik an der traditionellen Sexualmoral für die wichtigste Stütze der „Kanzlerdiktatur", die katholische Kirche, weiterhin ein Ärgernis. Und für eine weitere Stütze des „Ständestaates", die in viele ihrer alten Privilegien von Dollfuß wieder eingesetzte Aristokratie, war der scharfe Kritiker der Kriegspolitik der beiden letzten österreichischen Kaiser nicht salonfähig. Er passte nicht auf die Propagandabühne des Regimes, in der zwar Bischöfe und auch Mitglieder des Hauses Habsburg ihren festen Platz hatten, nicht aber Karl Kraus. △

LITERATURHINWEISE

Jens Malte Fischer, Karl Kraus.
Der Widersprecher, Wien 2020.

Anton Pelinka, Faschismus? Zur Beliebigkeit eines politischen Begriffs, Wien 2022.

[1] Posthum veröffentlichte zeitgenössische Analyse Kraus' über den Beginn der NS-Herrschaft.
[2] Bei der Fackel (erschienen 1899 – 1936) handelte es sich um eine von Kraus gegründete Satirezeitschrift.

Der Politikwissenschafter Anton Pelinka war an zahlreichen Universitäten im In- und Ausland tätig und unter anderem an der Gründung des *Wiener Wiesenthal Instituts* für Holocaust-Studien beteiligt. Seit 2021 ist er Ehrenmitglied von APC.

Gedenken Erinnern Handeln

68 Versenkte Bücher, versenkte Erinnerungen
Das Kunstprojekt „Versenkungen“

70 Geschichte am Grund

73 Lückenhafter Umgang mit der NS-Zeit am Täterort Schloss Kleßheim

76 Das Narvik-Gedenken in Celovec/Klagenfurt

78 Die Berge nicht den Nazis überlassen
Der Antinationale Alpenverein

79 Heute wie damals
Dem Faschismus entgegentreten!

81 Unsere Waffen werden wir nie mehr abgeben!
Srebrenica und die bosnische Gedenkkultur

85 Engagierte Gedenkarbeit
KZ-Gedenkstätte und Zeitgeschichte Museum Ebensee

87 Rezension
Wie mit Kindern & Jugendlichen über Faschismus sprechen?

VERSENKTE BÜCHER, VERSENKTE ERINNERUNGEN

DAS KUNSTPROJEKT „VERSENKUNGEN“

Die künstlerische Arbeit *Versenkungen* von **Sabrina Kern** und **Alexander Jöchl** fand von 2011 bis 2012 am Traunsee bei Ebensee statt. Ausgangspunkt der Arbeit war die Bücherversenkung im Traunsee während der Zeit des Austrofaschismus. Die temporäre künstlerische Intervention reflektierte Kontinuitäten von (austro-)faschistischen Strukturen, Denkmustern und Geschichtsschreibungen und thematisierte in seiner Ausführung zudem die Unmöglichkeit einer abgeschlossenen Gedenkstätte.

1934: Die Bücherversenkung im Traunsee

Im März 1934 beauftragte das *Bundesministerium für Unterricht* den „Volksbildungsreferenten“ Adalbert Depiny, gegen die sozialdemokratischen Bildungseinrichtungen vorzugehen. Im Zuge dessen wurden in Ebensee die Bücher der Arbeiterbibliothek vom Kooperator Josef Köttl gesichtet und aussortiert. Im Einvernehmen mit der Gendarmerie wurden insgesamt 800 Bücher der Arbeiterbibliothek Ebensee zunächst in der Traun, danach im Traunsee versenkt und damit vernichtet. Das genaue Datum der Versenkung im See ist nicht bekannt. Allerdings ist der erste Vernichtungsversuch in der Traun in einem Flugblatt der *Kommunistischen Partei Ebensees* mit der Überschrift „Kinder gefoltert! Bücher versenkt!“ dokumentiert. Er fand in der Nacht vom 22. auf den 23. September statt. In dem Flugblatt ist außerdem zu lesen, dass der erste Versuch scheiterte, weil die Bücher von „tapferen Söhne[n] der kämpfenden zielbewussten Arbeiterschaft von Ebensee“ wieder aus dem Wasser geholt wurden, um sie zu retten. Die jungen Männer wurden daraufhin auf der Wachstube geschlagen, „[u]nd zwar in derart bestialischer Weise wurden sie gedroschen, dass ihr Schmerzgeheul bis auf die Strasse drang.“ Im Gegensatz zu anderen Orten, wo die Bücher meistens verbrannt wurden, scheint es einem Bericht zufolge eine ortsübliche Art und alte Gepflogenheit der Ebenseer*innen gewesen zu sein, „Unbrauchbares“ im See zu versenken.

Welche Bücher der Vernichtung 1934 zum Opfer fielen, lässt sich heute kaum mehr rekonstruieren. Neun Namen von Autoren (Marx, Stalin, Lenin, Gorki, Dostojewski, Sinclair, Zola, Engels, Fichte) sind durch das Flugblatt der *Kommunistischen Partei Ebensee* überliefert, eine vollständige Liste der versenkten Bücher gibt es aber nicht. Dem *Bericht über die Tochterbüchereien der oberösterreichischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz a. d. Donau* von Max Narbeshuber ist zu entnehmen, dass Bücher, die als kommunistisch, sozialistisch, erotisch, staatsgegnerisch eingestellt oder als staatsfeindlich galten, aus den oberösterreichischen Arbeiterbibliotheken entfernt wurden. Aus den Archivunterlagen geht außerdem hervor, dass es zu Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Institutionen und Personen betreffend der Durchführung und der Gründlichkeit bzw. des Ausmaßes der Bücheraussortierung gekommen sein dürfte.

Welche Bücher der Vernichtung 1934 zum Opfer fielen, lässt sich heute kaum mehr rekonstruieren.

2011–2012: Das Projekt *Versenkungen* – eine temporäre künstlerische Intervention

Die künstlerische Arbeit *Versenkungen* griff die Bücherversenkung von 1934 als Ausgangspunkt auf. Jeweils am 22. September sollten über drei Jahre hinweg analog zur tiefsten Stelle des Sees 191 circa faustgroße Flusssteine an der Schnittstelle Traunmündung/Traunsee

© Alexander Jöchl

© Sabrina Kern

und Wasser/Land lose verteilt hingelegt werden. Mit den Steinen war ein Material gewählt, das sich in die Umgebung, den Kiesstrand, einfügte. Die Steine waren mit jeweils einer*m Autor*in / Buchtitel / Untertitel / Erscheinungsort / Publikationsjahr versehen. Die Schrift zog sich von der Vorder- auf die Rückseite. Die angegebenen Buchdaten waren dadurch nur bei eingehender Betrachtung und Beschäftigung mit dem Objekt zu lesen. Für die Steine wurde überwiegend zeitgenössische Literatur ausgesucht, die thematisierte, wo und wie (austro-)faschistische Strukturen, Denkmuster und Geschichtsschreibungen fortgesetzt werden und wie die Kritik und Auseinandersetzung daran marginalisiert, oder in anderen Worten: versenkt wird. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf antifaschistischem, antirassistischem, queer-/feministischem sowie postkolonialem Wissen in Form von Büchern.

Ausgelegt wurden die Steine an einer wenig überwachten und kontrollierten Stelle. Was mit den Steinen in weiterer Folge passierte, blieb wohlüberlegt offen. Wurden sie mit nach Hause genommen, wieder versenkt, hat sich jemand das Buch gekauft, regten sie Diskussionen an, trugen sie zum Erinnern und Gedenken bei? Sicher ist nur, dass heute kein beschrifteter Stein mehr an der Auslegestelle zu finden ist. Das temporäre Erinnerungs- und Denkzeichen thematisiert dabei auch die Unmöglichkeit einer abgeschlossenen, statischen Gedenkstätte, die für sich selbst funktioniert. Ohne engagierte Menschen (Einzelpersonen oder Interessensgruppen), die durch ihre aktive Erinnerungsarbeit immer wieder aufs Neue an geschichtliche Ereignisse erinnern, werden diese Geschichten unweigerlich vergessen und verschwinden (erneut) in der Versenkung.

Das Projekt war auf drei Jahre angelegt, zwei Jahre wurden realisiert. Gefördert wurde es im Rahmen der *ARGE lustvoll böse*, ein Projekt von *FIFTITU% – Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in OÖ* im Rahmen des *KUPF Innovationstopfs 2009* und der Gemeinde Ebensee. Ideell unterstützte es das *Frauenforum Salzkammergut* und das *Zeitgeschichte Museum Ebensee*, das auch der Ort war, an dem wir auf diese Geschichte gestoßen sind und wo unsere Recherchen stattgefunden haben. Weitere Finanzierungsansuchen scheiterten, was zum vorzeitigen Projektende führte. △

Siehe Seite 85.

Sabrina Kern lebt und arbeitet in Linz. Sie ist Künstlerin und Universitätsassistentin an der Kunstuniversität Linz, *Abteilung Ästhetik* und *Pragmatik audiovisueller Medien* und *Co.Lab Erinnerungsarbeit – ästhetisch-politische Praktiken.*

GESCHICHTE AM GRUND

Die Viehofner Seen liegen inmitten eines etwa 53 Hektar großen Naherholungsgebiets im gleichnamigen Stadtteil der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten. Kaum bekannt aber ist die Geschichte dieses Ortes: Von 1944 bis kurz vor Kriegsende befand sich an der Stelle, wo heute der größere der beiden Seen im Sommer zum Schwimmen einlädt, ein Zwangsarbeitslager für ungarische Jüdinnen*Juden nahe dem Fluss Traisen. Nur wenige hundert Meter südlich davon war ein zweites Zwangsarbeitslager („Au-Glanzstofflager"), in dem „Ostarbeiter", vorwiegend aus der Ukraine stammende Frauen sowie Straf- und Kriegsgefangene aus verschiedenen Ländern seit 1942 beschäftigt waren. Die Erinnerung, historische Aufarbeitung und Einbettung in die öffentliche Gedenkkultur fanden – leider allzu typisch für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs – erst sehr spät statt.

Ein kurzer Einblick von Antonia Winsauer.

Die Zwangsarbeitslager in Viehofen

St. Pölten nimmt mit der Tatsache, dass sich in der NS-Zeit eine größere Anzahl an Zwangsarbeitslagern im Stadtgebiet befanden, keine Sonderstellung innerhalb des heutigen Österreichs ein. Die dort Internierten mussten sowohl in staatlichen als auch privaten Betrieben in und um St. Pölten Zwangsarbeit verrichten, waren häufig Fabriken zugeteilt, die als „kriegswichtig" deklarierte Waren produzierten. So dürften beispielsweise ausgehend vom „Au-Glanzstofflager", mit Platz für bis zu 800 Personen, ab 1942 unter anderem Fallschirmseide und Reifencord hergestellt worden sein. Betreiber dieses Lagers war die „Glanzstofffabrik" – ein Chemiebetrieb, der noch bis 2008 existierte.

Die Zwangsarbeit im späteren „Judenlager" bzw. „Traisenlager" in Viehofen ging auf den Auftrag des *Traisenwasserverbands in St. Pölten* – Betreiber des Lagers – an den *Reichsarbeitsdienst* im Jahr 1942 zurück. Das Vorhaben bestand darin, die Traisen im Bereich der Viehofner Au zu regulieren. Überflutungen und Hochwasserschäden in den Jahren 1940 und 1941 sollten durch die Begradigung des Flusslaufs zukünftig vermieden werden. Der Auftrag blieb nicht lange beim *Reichsarbeitsdienst*: Schon bald wurden Kriegs- und Strafgefangene sowie „Ostarbeiter" dafür eingesetzt, ab Juni 1944 schlussendlich aus Ungarn deportierte Jüdinnen*Juden, welche die drei Baracken des Lagers bezogen, in welchen fortan etwa 180 Personen hausten. Familien, überwiegend Frauen, ältere Menschen sowie Kinder, mussten bis kurz vor Kriegsende im Lager unter miserablen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten: Das Graben nach Schotter,

Ab Juni 1944 wurden vor allem ungarische Jüdinnen*Juden zur Zwangsarbeit herangezogen.

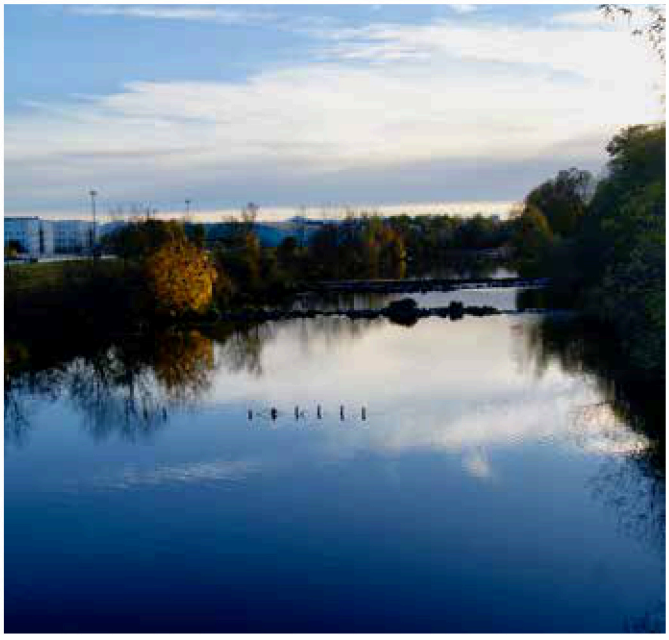
dessen Beförderung zuerst auf Metallwagons, dann hinunter zur Traisen, wo der Schotter dann in die Böschung regulierend eingearbeitet werden musste, gehörten zu den Einsatzgebieten der Erwachsenen. Die Kinder waren für die Instandhaltung des Lagers zuständig.

Ende der beiden Zwangsarbeitslager und Nachnutzung

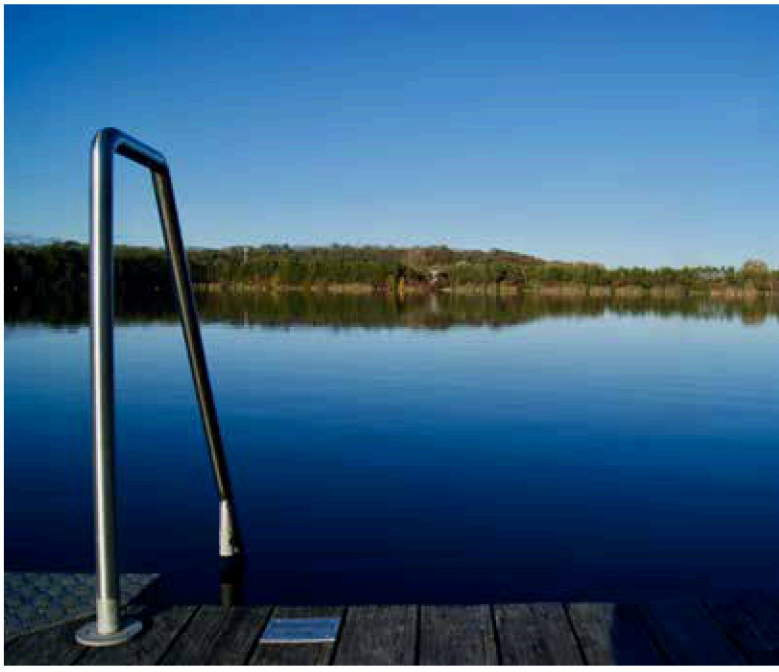
Im Frühjahr 1945, als sich die Rote Armee der Grenze zu Österreich näherte, wurden die Zwangsarbeitslager im Zuge der Errichtung des „Südostwalls“ geräumt. Schon vor der Befreiung des „Glanzstofflagers“ am 15. April 1945 flohen einige darin Internierte und ab dem Zeitpunkt der Befreiung begann der Prozess der Repatriierung der „Ostarbeiter“ und Kriegsgefangenen durch die sowjetische Militärverwaltung, welcher etwas über ein Jahr andauerte. Einige ehemals Gefangene traten auch selbstständig die Rückkehr in ihre Heimatländer an. Für das ehemalige „Glanzstofflager“ fand man nach 1945 noch vielfältige Verwendung: Bis 1946 diente es im Rahmen der Entnazifizierung als Internierungslager für Nationalsozialist*innen sowie Zivilgefangene, anschließend bis 1967 als Notunterkunft für Wohnungslose, und bis zum Abriss der noch vorhandenen Baubestände Ende der 1960er-Jahre waren türkische Gastarbeiter*innen kurzzeitig einquartiert. Die Fundamente des Lagers sind bis heute erkennbar.

Das „Traisen-“ bzw. „Judenlager“ wurde ebenfalls im Frühjahr 1945 geräumt. Diejenigen, die für den langen Marsch fit genug wirkten, wurden auf Todesmärsche in Richtung des KZ Mauthausen in Oberösterreich geschickt, und, falls sie diese überlebten, in einem Zeltlager für etwa 15.000 Menschen untergebracht. Personen, die krank oder schwach waren, wurden noch in Viehofen erschossen.

Über die Nachnutzung dieses Lagers unmittelbar nach dessen Räumung gibt es wenig konkrete Informationen. Zeitzeug*innen zufolge plünderte die ansässige Bevölkerung das Lager bald nach dessen Räumung 1945 und nahm Baumaterialien wie Holz und Nägel mit, wodurch die Baracken verschwanden. Der ehemalige Luftschutzkeller diente – von der Bevölkerung „Judenkeller“ genannt – wohl auch eine Zeit lang als Spielplatz für Kinder. 1966 errichtete die Gutsverwaltung Kurz-Kuefstein auf dem großteils unbewachsenen ehemaligen Lagergebiet eine Anlage zur Schottergewinnung, eine ›



Abschnitt der Traisen, der von den jüdischen Zwangsarbeiter*innen reguliert werden musste.



Blick vom Badesteg im Großen Viehofner See in Richtung des ehemaligen „Traisenlagers“.

Eine der von der Künstlerin Catrin Bolt konzipierten Orientierungstafeln entlang des Ufers.

niederösterreichische Firma wurde mit dem Abbau beauftragt. Mitte der 1980er-Jahre waren die Grabungen zum Schotterabbau beendet und die beiden Viehofner Seen entstanden. Seit 2003 ist das Gebiet im Besitz der Stadt St. Pölten, zuvor war es in privater Hand.

Wiederentdeckung, historische Aufarbeitung und Gedenkprojekt

Im Gedenkjahr 2005 wurden zunächst die Todesmärsche in einem internationalen Kunstprojekt in den Fokus gerückt, kurz darauf wurde der Lokalhistoriker und Schriftsteller Manfred Wieninger federführend in der Erforschung der Geschichte der Zwangsarbeitslager in Viehofen. Neben der Auswertung der recht spärlich vorhandenen Quellen führte er mehrere Zeitzeug*inneninterviews. Diese wurden neben einer Aufnahme der Viehofner Lager aus einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug aus dem Frühjahr 1945 zur wichtigen Forschungsgrundlage. Zur „Wiederentdeckung" der Lager hatte Ende der 1990er-Jahre eine briefliche Nachfrage einer ungarischen Jüdin zum Grab ihres bei einem Bombenangriff 1944 getöteten Vaters geführt. Der Brief hatte über Umwege das *Institut für jüdische Geschichte Österreichs* erreicht und war Ausgangspunkt der Forschungen Wieningers.

Ins Muster der österreichischen Aufarbeitung seiner NS-Vergangenheit passend kam es erst 2009 dazu, dass die ehemaligen Zwangsarbeitslager in Viehofen gemeinsam mit einem Massengrab am St. Pöltner Hauptfriedhof einen Platz in der öffentlichen Gedenkkultur Niederösterreichs einnahmen: Ein internationaler offener Wettbewerb wurde im Februar 2009 ausgeschrieben, das Projekt *Mahnmal Viehofen* im November 2010 eröffnet. Zwei unterschiedliche Projekte bekamen den Zuschlag. Seitdem bieten Orientierungstafeln an verschiedenen Stellen des Areals Vorbeikommenden einen Blick in die NS-Vergangenheit Viehofens, auch lud ein Postkartenprojekt zahlreiche Bewohner*innen St. Pöltens zur Auseinandersetzung mit der Geschichte ein. △

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Manfred Wieninger, Holocaust vor der Haustür, in: Magistrat der LH St. Pölten (Hg.), St. Pölten 1945-1955 – Geschichte(n) einer Stadt, St. Pölten 2005.

Manfred Wieninger, Wir leben eh nicht mehr lang, in: Eleonore Lappin / Susanne Uslu-Pauer / Manfred Wieninger, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45, St. Pölten 2006, S. 174-208.

www.mahnmal-viehofen.at

https://koernoe.at/de/projekt/orientierungstafeln

Antonia Winsauer ist Lehrerin und Historikerin, Vorstandsmitglied von APC sowie Wiener Netzwerkkoordinatorin von ERINNERN:AT.

Lückenhafter Umgang mit der NS-Zeit am Täterort Schloss Kleßheim

Das barocke Schloss Kleßheim in Salzburg spielte während der NS-Zeit eine wichtige Rolle für die Nationalsozialist*innen. Heute ist dieser Teil der Vergangenheit des Schlosses jedoch weitgehend unbekannt.

Ein Bericht von Cassandra Burgstaller.

Schloss Kleßheim – Trügerische Schönheit

Schloss Kleßheim in Salzburg gilt als eines der beliebtesten Ausflugsziele rund um Salzburg. In dem herrschaftlichen Gebäudekomplex sind heute ein Spielcasino und eine beliebte Eventlocation untergebracht. Dass dieser Publikumsmagnet seine heutige Optik den Nationalsozialist*innen verdankt und für die jahrelangen Bauarbeiten Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene ausgebeutet wurden, wissen allerdings die wenigsten. Auf der 2021 erneuerten Informationstafel, die sich außerhalb des Schlossgeländes befindet und über die dreihundert Jahre alte Geschichte des Schlosses aufklären soll, bildet die Zeit des Nationalsozialismus in Salzburg nur eine Randnotiz. Schloss Kleßheim war für den nationalsozialistischen Diktator Adolf Hitler jedoch wesentlich mehr als eine Randnotiz.

Barockes Idyll – ein Täterort?

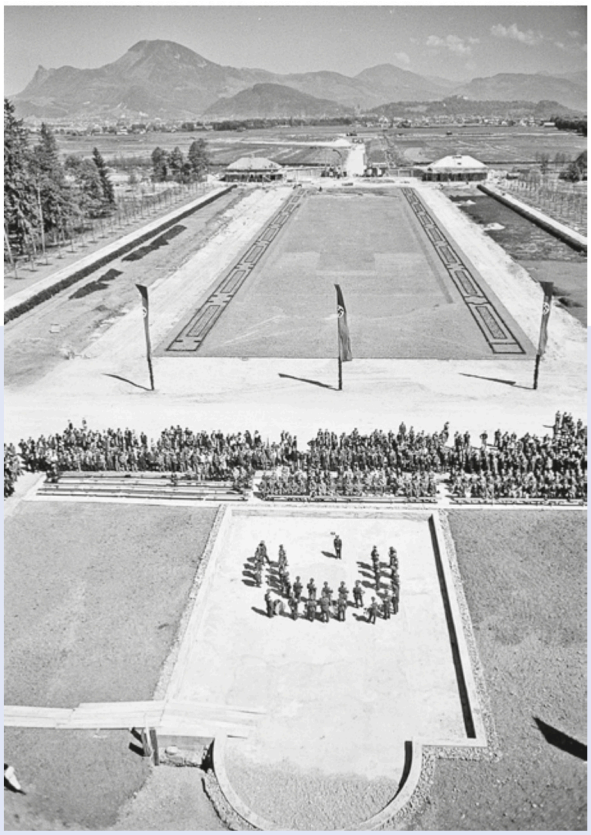
Als Hitler im April 1942 den italienischen Diktator Benito Mussolini als ersten Gast in Kleßheim empfing, hatten die Nationalsozialist*innen Kleßheim bereits ihren Stempel aufgedrückt: Mittels direkter Weisung taufte Hitler die beiden Schlösser im November 1940 um. So durfte das 1881 errichtete Winterschloss nur noch als „Kavalierhaus“ und das Sommerschloss ausschließlich als „Gästehaus des Führers“ bezeichnet werden. Der Umstand, dass der Name „Kavalierhaus“ bedenkenlos und bis heute unkontextualisiert für den beliebten Veranstaltungsort verwendet wird, macht den sorg- und ahnungslosen Umgang mit Kleßheim als Täterort deutlich.

Der Ort

Der Berghof am Obersalzberg diente Hitler nicht nur als privater Rückzugsort, sondern war auch Schauplatz zahlreicher staatstragender Entscheidungen, Beschlüsse und Gesetze. Als die Nationalsozialist*innen ab 1940 einen passenden Repräsentationsort in unmittelbarer Nähe suchten, fiel die Wahl aufgrund der guten verkehrstechnischen Anbindung schließlich auf Kleßheim. Dies lag und liegt direkt an der („Reichs“-)Autobahn, in direkter Nähe der Flughäfen Salzburg und Ainring sowie der Eisenbahn. Das Schienennetz wurde für die ankommenden Sonderzüge um einen Bahnhof außerhalb der Schlossmauern erweitert. In dem prunkvollen barocken Ambiente konnte Hitler vor seinen Verbündeten die Idee eines von Deutschland beherrschten, antibolschewistischen Europas präsentieren. Während das Gästehaus sich für den Empfang und die Unterbringung hochrangiger Staatsgäste eignete, beherbergte das „Kavalierhaus“ die Entourage der Gäste. ›

© Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Besuch Benito Mussolinis
29./30. April 1942 in Schloss Kleßheim.



© Stadtarchiv Salzburg

Foto der Gleichenfeier am 5.6.1941.

Kleßheim war in den Jahren 1942 bis 1944 immer wieder Zentrum der nationalsozialistischen Machtinszenierung.

Kleßheim war in den Jahren 1942 bis 1944 immer wieder Zentrum der nationalsozialistischen Machtinszenierung. Hier empfing Hitler u. a. die Diktatoren verbündeter Staaten, wie Ion Antonescu (Rumänien), Miklós Horthy (Ungarn), Ante Pavelić (Kroatien), Jozef Tiso (Slowakei) und den bereits erwähnten Benito Mussolini (Italien). Nationalsozialistische Spitzenpolitiker nutzten Kleßheim für Beratungen und Zusammenkünfte mit ausländischen Besuchern, die Hitler nicht in der intimen Atmosphäre des Berghofes empfangen wollte. Doch bevor Kleßheim als „idealer“ Rahmen für Hitlers diplomatische Treffen dienen konnte, wurden die beiden Schlösser ab 1940 stark umgebaut. Für den als kriegswichtig eingestuften Bau wurden trotz eines allgemeinen, immer dramatischer werdenden Material- und Arbeitskräftemangels stetig neue Ressourcen zur Verfügung gestellt. Von 1940 bis 1943 wurde die gesamte Schlossanlage um- bzw. neu gebaut. Die vorherige Zufahrt zum Sommer- über das Winterschloss und die Kleßheimer Allee wurde als „unwürdig“ abgekanzelt; der englische Garten vor dem Sommerschloss wich dem bis heute erhaltenen Gartenparterre mit den imposanten beidseitigen Zufahrtswegen, dem großem Tor, den beiden Pförtnerhäusern und den drei Meter hohen Steinadlern rechts und links der Haupteinfahrt. Im Jahr 1941 wurden Bunker am Gästehaus und am „Kavalierhaus“ gebaut. Im Sommer 1944 folgte Hitlers Anweisung, einen neuen, sicheren Luftschutzbunker zu bauen.

Leben der Zwangsarbeiter

Für diese Bauarbeiten wurden vorrangig Zwangsarbeiter aus sechs verschiedenen Nationen sowie sowjetische Kriegsgefangene ausgebeutet. Letztere wurden für den Bunkerbau im Jahr 1944 sowie den Bau des neuen, privaten Bahnhofs eingesetzt und wurden u. a. aus Markt Pongau (heute St. Johann/Pg.) extra zur Baustelle überstellt. Die italienischen Zwangsarbeiter stellten über die Jahre die größte Gruppe der Arbeiter. Viele wurden jahrelang in Kleßheim ausgebeutet; die letzten Italiener konnten Kleßheim erst nach der Ankunft der Alliierten im Mai 1945 verlassen.

Die Arbeiter wurden während der ersten Umbauarbeiten sowohl in einer Wirtschaftsbaracke im Schlosspark als auch in den Dachböden der Nebengebäude untergebracht. Im Jahr 1941 wurden weitere Arbeiterbaracken im Schlosspark errichtet. Wenige Tage vor Ankunft des ersten Staatsgastes in Kleßheim wurde die Lagerleitung in einem Telegramm aus Berlin aufgefordert, alle Baracken zu entfernen und diese außerhalb der Schlossmauern wieder aufzubauen. Auch für die nun deutlich in der Anzahl gewachsene SS-Wachmannschaft wurden neue Baracken zur Unterbringung errichtet; inklusive Büfett

mit Ausschankvorrichtung, welche von der Stieglbrauerei Salzburg zur Verfügung gestellt wurde.

Der Unterschied zu den Arbeiterbaracken, in denen es selbst am Notwendigsten fehlte, hätte nicht gravierender sein können. Die Zwangsarbeiter litten unter grauenhaften Lebensbedingungen: In den erhaltenen Akten wird von einer unbrauchbaren Bade- und Waschbaracke berichtet sowie von einer nicht funktionierenden Wasserleitung; von Türen, die sich nicht schließen ließen; Fenstern ohne Glasscheiben, die erst nach Monaten durch Holzfaserhartplatten ersetzt wurden; sowie einer defekten Lichtanlage. Die Arbeiter litten infolgedessen an Kälte, Krankheiten und Ungeziefer.

Fliegeralarm in Kleßheim

In einem Gespräch mit Mussolini aus dem Jahr 1944 lobte Hitler die gute Erziehung der italienischen Arbeiter, da diese sogar im Bombenhagel weiterarbeiten und sich selbst gegen die feindlichen Luftangriffe verteidigen würden. Der grauenhafte Zynismus dieser Aussage wird erst deutlich, wenn man die Vorschrift für die SS-Wachmannschaft aus Kleßheim betrachtet: In dieser findet man die Anweisung, den ausländischen Arbeitern im Falle eines Bombenalarms ausnahmslos den Zugang zu den sicheren, zuvor von ihnen gebauten Luftschutzbunkern zu verweigern. Dies galt jedoch nicht für die „deutschen" Arbeiter, die in Kleßheim beschäftigt waren.

Was nun, Salzburg?

Nach der Befreiung durch die Alliierten wurde das Schloss im Jahr 1945 Sitz der amerikanischen Militärverwaltung. 1948 ging es in den Besitz des Landes Salzburg über und wurde kontinuierlich als Gästehaus genutzt. Seit 1993 ist im ehemaligen Gästehaus ein Spielcasino untergebracht.

Der Historiker Wolf Kaiser beschreibt Täterorte als „Orte, wo sich Täter getroffen und ihre Taten besprochen, geplant und organisiert haben". Schloss Kleßheim fällt demnach ganz klar unter diese Definition.

Ein mutiger und offener Umgang mit dem vormaligen Täterort Kleßheim wäre das Mindeste, denn Fakt ist: Ohne den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen wäre das Schloss in seinem jetzigen Zustand für das Land Salzburg wohl nicht in diesem Ausmaß nutzbar und demnach auch nicht so profitabel.

Eine Ergänzung der Informationstafel um die Erkenntnisse zu den ausgebeuteten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen stellt hier ganz klar den ersten und längst überfälligen Schritt für einen neuen Umgang für den Täterort Kleßheim dar.

Fakt ist: Ohne den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen wäre das Schloss heute für das Land Salzburg nicht so profitabel.

LITERATURHINWEISE

Ernst Hanisch, Lustschloß Kleßheim, in: Helga Embacher (Hg.), Salzburg. Blicke, Salzburg / Wien 1999, 131 – 135.

Wolfgang Schieder, Adolf Hitler and Benito Mussolini. The Staging of a Political Friendship, in: Andrea Di Michele / Filippo Focardi (Hg.), Rethinking Fascism. The Italian and German Dictatorships, Berlin / Boston 2022, 87 – 107.

Imma Walderdorff, Schloss Kleßheim. Gästehaus des Führers 1940 – 1945, Online-Publikation 2020.

Cassandra Burgstaller studiert Geschichtswissenschaften und ist Mitarbeiterin des Salzburger Teilprojekts DERLA (Digitale Erinnerungslandschaft Österreich) an der Universität Salzburg.

DAS NARVIK-GEDENKEN

IN CELOVEC/KLAGENFURT

Seit Jahrzehnten wird in Koroška/Kärnten dem Nazi-Überfall auf Norwegen im Zweiten Weltkrieg gedacht. An der Aufrechterhaltung des offen nationalsozialistischen Totenkultes federführend beteiligt ist mit dem *Österreichischen Kameradschaftsbund* eine Organisation, die fest im *Österreichischen Bundesheer* verankert ist.

Ein Überblick von Gregor Wakounig.

Etwa 50 größtenteils betagte Personen versammelten sich am 13. April 2023 in der Stadtpfarrkirche St. Egid in Celovec/Klagenfurt. Der Großteil trug den sogenannten „Kärntneranzug“, ein nicht nur farblich tiefbraunes „Gwand“, das erst 1911 von der deutschnationalen *Kärntner Landsmannschaft* als „deutscher“ Gegenentwurf zu den seit Jahrhunderten in Koroška/Kärnten beheimateten slowenischen Trachten gilt. Ein Blick auf die mitgeführten Banner offenbarte, dass es sich vor allem um Abordnungen des *Österreichischen Kameradschaftsbundes* (ÖKB) sowie des *Kärntner Abwehrkämpferbundes* (KAB) handelte. Während es sich beim ÖKB sowohl personell als auch organisatorisch um eine aufs Engste mit dem *Österreichischen Bundesheer* (ÖBH) verwobene Organisation handelt, wurde der KAB als Veteranenorganisation des „Kärntner Abwehrkampfes“ gegründet. Dabei handelt es sich um eine Reihe größtenteils erfolgloser bewaffneter Scharmützel gegen die Jugoslawische Armee, die zwischen 1918 und 1920 den Großteil des damals fast ausschließlich slowenischsprachigen Südkärntens/južne Koroške besetzt hielt – wobei slowenische Historiker*innen hier statt Besetzung auch von Befreiung sprechen. Ein Gutteil der früheren „Abwehrkämpfer“ war in der NSDAP bzw. im Austrofaschismus aktiv. Bis heute pflegt der KAB mit seinem Obmann und ehemaligen FPÖ-Landtagsabgeordneten Fritz Schretter beste Beziehungen zur extremen Rechten. So sind auf seinen Veranstaltungen des Öfteren auch Mitglieder der *Identitären* zu sehen, der Leiter der Wiener KAB-Ortsgruppe Peter Wassertheurer ist Kolumnist der *Deutschen Stimme*, des Parteiorgans der offen neonazistischen Deutschen Kleinpartei *Die Heimat* (ehemals NPD).

„Kärntner Schützen, fasset fester …“

Doch zurück zur Gedenkfeier. Diese findet in verschiedenen Ausformungen schon seit 1960 statt und steht im Zeichen der Nazi-Soldaten, die am 9. April 1940 Norwegen überfielen. Dass dies gerade in Koroška/Kärnten passiert, geht darauf zurück, dass bei dem Angriff auf die norwegische Stadt Narvik zu einem großen Teil Soldaten des *Gebirgsjägerregiments 139* (GJR 139) der Wehrmacht beteiligt waren. Dieses wurde 1938 in Celovec/Klagenfurt vom Wehrmachtsoffizier Alois Windisch gegründet. Wie sehr die „139er“ als genuin Kärntner Regiment galten, davon zeugt zum Beispiel das 1941 erschienene NS-Propagandabuch *Narvik – Sieg des Glaubens* von Werner Fantur. Schon auf der ersten Seite findet sich folgende Strophe eines „139er“-Soldatenliedes:

Kärntner Schützen, fasset fester
Wo wir Kärntnerschützen stehen,
wird auch unsre Front wie Eisen
fliegen oder untergehen!
Kärntner allzeit voran…

Insbesondere ehemalige „139er“ waren nach dem Krieg zentral an der Schaffung einer sich positiv auf die Wehrmacht (inklusive Waffen-SS) beziehenden Gedenktradition beteiligt. Zu erwähnen sei hier etwa der ehemalige Klagenfurter ÖVP-Vizebürgermeister Blasius Scheucher, der 1954 nicht nur die *Kameradschaft der ehemaligen Gebirgsjäger* ins Leben rief, sondern auch als Vater des Ulrichsbergtreffens gilt, das bis in die 2010er-Jahre als eines der größten rechtsextremen Events in Europa erachtet wurde

Siehe Alpendistel #3 S. 52

© Naturpuur, CC BY-SA 4.0

Gedenktafel an die „139er“.

Kerze der verbotenen Kameradschaft IV am Narvik-Gedenken 2023.

© Stoppt die Rechten.

und Neonazis sowie NS-Kriegsverbrecher von Nah und Fern anzog.

Eine bedeutende Rolle bei der Organisation des Ulrichsbergtreffens nahm die Kärntner Sektion des ÖKB ein, die zeitweise mit der mittlerweile verbotenen *Kameradschaft IV* ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger personalident war. Nachdem das Ulrichsbergtreffen dank antifaschistischer Interventionen mittlerweile Geschichte ist, hat sich das geschichtsrevisionistische Gedenken in Koroška/Kärnten auf kleinere Veranstaltungen wie die „Narvik-Feier“ verlagert.

„Sehr würdig mit den Fahnen.“

Auf der Gedenkfeier 2023 selbst wurde die Verflechtung mit der extremen Rechten und ihrer Ideologie augenscheinlich. So begann der Obmann der organisatorisch zum ÖKB gehörenden *Kameradschaft des Gebirgsjägerregiments 139*, Peter Stockner, seine Ausführungen mit einem nostalgischen Rückblick auf das im November 2022 in Celovec/Klagenfurt abgehaltene Begräbnis des Waffen-SSlers Herbert Bellschan von Mildenburg. Dieses sei „sehr würdig mit den Fahnen“ gewesen. Die „Fahnen“ trug damals unter anderem der KAB, mit dabei war auch der mehrfach wegen NS-Wiederbetätigung verurteilte militante Neonazi Gottfried Küssel samt Jungnazi-Anhang.

Grußworte gab es von Aktivisten der *Identitären* sowie – und jetzt wird es spannend – Soldaten des ÖBH im Ruhestand, wie zum Beispiel dem ehemaligen Militärkommandanten von Kärnten, Brigadier i. R. Gunther Spath, und Vizeleutnant i. R. Franz Schabreiter, der auch die Funktion des Ehrenpräsidenten des ÖKB Landesgruppe Steiermark bekleidet. Internationale Grußworte schickte Roland Schäfer vom *Bayrischen Soldatenbund*. Auch die bereits erwähnte *Kameradschaft IV* ließ es sich nicht nehmen, unter dem mit einem NS-Reichsadler verzierten Denkmal an die „139er“ eine mit dem Logo der Organisation versehene Kerze aufzustellen.

Kärntner Kontinuitäten

Das „Narvik-Gedenken“ zeigt auch, wie sehr Geschichtsrevisionismus in der Kärntner Politik und Gesellschaft verankert ist. Als der SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser im März 2023 an der 70-Jahr-Feier des ÖKB Kärnten in der damals noch nach dem gleichnamigen NS-Offizier benannten Windisch-Kaserne teilnahm, war von den tiefen, bis in den Neonazismus reichenden Verstrickungen der Organisation keine Rede. Es bleibt also zu hoffen, dass zivilgesellschaftliches Engagement dem „Narvik-Gedenken“ ein ähnliches Ende setzen wird wie es schon der Ulrichsbergfeier zuteil wurde. △

LITERATURHINWEISE

Peter Pirker, Ein Fall „besonderer Traditionspflege“: Die Windisch-Kaserne, der Narvik-Mythos und das österreichische Bundesheer, Wien 2021.

Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens (Hg.), Friede, Freude, deutscher Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest, Wien 2011.

Gregor Wakounig ist Übersetzer für Japanisch und Slowenisch sowie freier Journalist und lebt in Wien.

Die Berge nicht den Nazis überlassen

Der Antinationale Alpenverein

Einigen Teilnehmer*innen unserer Gedenkveranstaltungen sind vielleicht hin und wieder bereits T-Shirts mit zwei verwegenen Murmeltieren aufgefallen. Unter dem Motto „Take back the peaks“ symbolisieren sie das Kernanliegen des Antinationalen Alpenvereins: ein progressives Wandern und Bergsteigen.

© Antinationaler Alpenverein

Siehe Alpendistel #3 S. 16 sowie Alpendistel #4 S. 64

Die Idee zur Gründung eines alternativen Alpenvereins – die binnen kürzester Zeit vor allem auf Twitter viral ging – entstand wie viele gute Ideen im Juli 2021 in gemütlicher Runde bei ein paar Gläsern Bier. Angelehnt an das Vorbild anderer antifaschistischer Wandergruppen und -vereine entstand der Wunsch, einen Kontrapunkt zu einem oft sehr konservativ bis teilweise rechts geprägten sportlichen Betätigungsfeld zu setzen.

Die Gruppe beschloss schnell, nicht nur gemeinsam Zeit in den Bergen zu verbringen, sondern auch öffentlich auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. So betreibt der *Antinationale Alpenverein* etwa einen gleichnamigen Discord Channel, auf dem regelmäßig Vorträge, Filmabende und ähnliche Programmpunkte kostenlos angeboten werden. Besonders aktiv sind die Mitglieder der Gruppe auf der Social Media-Plattform X, früher Twitter, (@afalpenverein), auf der sie ein vielfältiges Informationsprogramm von Alpintipps bis zu historischen Einblicken für ein breites Publikum aufbereiten.

Schon kurz nach der Gründung der Gruppe entstanden erste Kontakte zu *Alpine Peace Crossing* und seither haben sich auf Grund der gemeinsamen Interessenlage viele Synergien und Partnerschaften entwickelt. So profitierte *Alpine Peace Crossing* bereits mehrmals vom Erlös der Merchandise-Kampagnen des *Antinationalen Alpenvereins* und auch bei der diesjährigen Gedenkwanderung von *Alpine Peace Crossing* haben Fotografen des *Antinationalen Alpenvereins* die Wanderung begleitet. Wir freuen uns auf viele weitere Jahre gemeinsamen Wanderns und verbindenden Aktivismus. △

INFORMATION

Merchandise-Produkte vom Antinationalen Alpenverein gibt es bei www.black-mosquito.org und www.linke-t-shirts.de

Heute wie damals: Dem Faschismus entgegentreten!

Vom 12. bis 16. Februar 1934 erhoben sich Arbeiter*innen bewaffnet gegen die faschistische Dollfuß-Diktatur. Nach wie vor ist dieser Aufstand ein Tabuthema. Tatsächlich ist dieser Kampf ein Grund, stolz zu sein auf jene, die versucht haben, die faschistische Welle über Europa zu brechen.

Ein Beitrag des Bündnis 12. Februar.

Die Ära des Austrofaschismus ist ein viel zu wenig bekanntes Stück Geschichte. Schon vor dem „Anschluss“ an NS-Deutschland 1938 wurde Österreich faschistisch regiert. Nachdem Christlichsoziale und *Heimwehren* mit dem Korneuburger Eid bereits 1930 auf den Faschismus geschworen hatten, schaltete Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im März 1933 das Parlament aus und errichtete Schritt für Schritt eine faschistische Diktatur. Fortlaufende Angriffe auf Strukturen der Arbeiter*innenbewegung führten im Februar 1934 zu einem letzten Aufbegehren.

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Faschisten in Italien, Deutschland und Österreich erhoben sich relevante Teile des Proletariats eines Landes bewaffnet gegen den Faschismus. Schutzbündler und Arbeiter*innen unterschiedlicher politischer Herkunft beschlossen, sich gegen die Angriffe auf ihre Rechte und Strukturen zu wehren. Trotz fehlender Waffen, ohne zentralisierende Organisation und ohne funktionierende Kommunikationsmittel, wagten sie einen Aufstand. Damit ist dieser Widerstandskampf von großer historischer Bedeutung, nicht nur für Österreich, sondern für die gesamte internationale Arbeiter*innenbewegung. ›

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Faschisten in Italien, Deutschland und Österreich erhoben sich relevante Teile des Proletariats eines Landes bewaffnet gegen den Faschismus.

© Komintern

Heraus zum 12. Februar!

© Bündnis 12. Februar

Demonstration am 12. Februar 2022 in Wien Ottakring.

Ausgehend von Linz kam es vom 12. bis zum 16. Februar in ganz Österreich zu Kämpfen. Die Arbeiter*innen kämpften nicht nur gegen die faschistischen *Heimwehren*, die sogenannten „Hahnenschwänzler", sondern auch gegen die Formationen des bürgerlichen Staates (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie). Ohne Unterstützung durch einen Generalstreik und ohne Massenaktivitäten unterlagen die Februarkämpfer*innen der austrofaschistischen Front. Der Einsatz von Artillerie, Panzerwagen und Flugzeugen gegen Gemeindebauten in Wien, die Ermordung gefangengenommener Arbeiter*innen wie in Holzleithen (Oberösterreich), die Verhängung des Standrechts und die darauffolgenden Hinrichtungen brachen diesen Widerstand.

In weiterer Folge wurden die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung, zu denen auch die demokratischen Freiheiten zählten, endgültig zerstört. Mit besonderem Hass verfolgte der Austrofaschismus auch arbeitende Frauen, die wieder in Küche und Kirche gezwungen werden sollten. Noch im Februar 1934 ordnete das Regime die sofortige Auflösung von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Arbeiter*innenvereinen an. Im April folgte das Ermächtigungsgesetz und vollendete die Umgestaltung der Republik zur faschistischen Diktatur.

Großkoalitionäre Erinnerung

Nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten, auch um Eigenstaatlichkeit wiederzuerlangen, sowohl die ÖVP, die Nachfolgeorganisation der Christlichsozialen und der *Vaterländischen Front*, als auch die SPÖ den Opfermythos. Im kollektiven Gedächtnis wurde verankert, dass Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei. Die österreichische Spielart des Faschismus, diese unappetitliche Melange aus Faschismus, Antisemitismus und politischem Katholizismus, früher auch Klerikalfaschismus genannt, wurde verharmlost und unter den Teppich gekehrt. Eine Aufarbeitung von Austrofaschismus und Februarkämpfen war unerwünscht. Dieses großkoalitionäre Narrativ erschwert bis heute eine antifaschistische Erinnerungskultur.

Lange Zeit wurde der Begriff Austrofaschismus auch in der Wissenschaft nicht anerkannt. Das Regime wurde nicht als faschistisch deklariert, sondern als „Ständestaat", die Eigenbezeichnung des Regimes, oder als „Kanzlerdiktatur" charakterisiert. Bis heute wird der Begriff Austrofaschismus bekämpft. Eine der treibenden Kräfte dahinter ist die ÖVP, die sich nur schwer von ihrem faschistischen Erbe trennen kann. So waren alle ÖVP-Kanzler bis 1970 Funktionäre der *Vaterländischen Front*. Bis 2017 hing ein Porträt von Dollfuß in den Räumlichkeiten des ÖVP-Parlamentsklubs und auch darüber hinaus wird der Dollfuß-Kult bis heute gepflegt, beispielsweise durch Kranzniederlegungen am Grab des faschistischen „Führers".

Bündnis 12. Februar

Das *Bündnis 12. Februar* hat sich im Jahr 2022 in Wien gegründet. Es wird von einer Reihe verschiedener politisch, gewerkschaftlich und kulturell tätiger Gruppen unterstützt. Unsere Ziele sind, die Februarkämpfe von 1934 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Arbeiter*innenaufstand zu erreichen. Daher treten wir dafür ein, dass der 12. Februar als „Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus" ein gesetzlicher Feiertag wird.

Siehe Seite 48.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Weitere Infos und Aktuelles unter:
www.buendnis1202.at
Kontakt unter:
12februar@riseup.net

UNSERE WAFFEN WERDEN WIR NIE MEHR ABGEBEN!

SREBRENICA UND DIE BOSNISCHE GEDENKKULTUR

Im Juli 1995 wurden im bosnischen Srebrenica mindestens 8.372 Männer jeden Alters ermordet. Begangen wurde dieses Verbrechen von der Armee der Bosnischen Serben, mit Unterstützung der Serbischen Armee und Regierung. Diese Taten haben ihre Spuren in den Gesellschaften und neu entstandenen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens hinterlassen. Allerdings strahlen die Ereignisse, für die Srebrenica ein Synonym ist, weit über diese Region hinweg und wirken auf vielfacher Ebene auch im Rest der Welt.

Ein Einblick von Matthias Schreckeis.

Die geplante und gezielte Ermordung von Männern mit muslimischen Namen war ein Genozid und Teil einer groß angelegten Politik der Vertreibung und Ermordung, um ein „ethnisch reines Großserbien“ zu erreichen. Die Konfliktparteien im Jugoslawienkrieg waren ethnisch weitgehend in drei große Gruppen getrennt: die katholischen Kroat*innen, die orthodoxen Serb*innen sowie die muslimischen Bosniak*innen. Diese Kategorisierung ist allerdings auch eine problematische, da sie nationalistische Narrative von kollektiven Identitäten reproduziert. Entscheidend war demnach nicht der individuelle religiöse Glaube oder gar das Religionsbekenntnis, sondern vielmehr deren Zuschreibung: Ein muslimisch klingender Name reichte bereits aus, um als Bosniak*in zu gelten.

Srebrenica 1995

Die politische Situation in Srebrenica vor dem Genozid war verworren und komplex. Bereits seit 1992 wurde die kleine Ortschaft, die vor dem Krieg etwa 60.000 Einwohner*innen zählte, von bosniakischen Truppen gegen die bosnisch-serbische und serbische Übermacht gehalten. Diese schloss den an der bosnisch-serbischen Grenze gelegenen Ort beinahe vollständig ein und blockierte ihn. Tausende Flüchtende aus ganz Ostbosnien flohen in die wenigen Gebiete, die noch bosniakisch kontrolliert waren, so auch nach Srebrenica. Die humanitäre Situation in Srebrenica und den anderen Enklaven spitzte sich dramatisch zu, gezielt verstärkt durch serbische Verbände, die Flüchtende in die Ortschaften hineintrieben. Nach zu viel verstrichener Zeit und halbherzigen Versuchen der UNO, das Problem in den Griff zu bekommen, entschloss sich die UNO im Frühjahr 1995, das neu ›

Die öffentliche Wahrnehmung in Serbien ist stark von staatlich verbreiteten, nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Deutungen des Krieges dominiert.

© AP/picturedesk.com

Viele Menschen suchten Zuflucht bei den UN-Soldat*innen.

geschaffene und kontrovers diskutierte Konzept von „Schutzzonen" umzusetzen. Dieses beinhaltete die Stationierung internationaler Truppen, um einen (vermeintlich) sicheren Aufenthaltsort für Flüchtende zu schaffen. Die dazugehörige Resolution 819 des UN-Sicherheitsrates war aber bewusst schwammig formuliert und erteilte den stationierten niederländischen Truppen nicht den Auftrag, die Schutzzonen auch militärisch zu verteidigen. Dazu wären diese quantitativ und qualitativ alleine gar nicht in der Lage gewesen. Die internationale Gemeinschaft setzte also ausschließlich auf Abschreckung. Die Führung der bosnischen Serb*innen, allen voran der Oberbefehlshaber der Vojska Republike Srpske, Ratko Mladić, nutzte dies aus und hielt die niederländischen Soldat*innen erfolgreich als Geiseln, um Luftschläge der NATO zu verhindern. Schlussendlich gab die UNO auf und ging auf Mladićs Forderungen ein. Die UNO-Kontingente würden sich zurückziehen und die Zivilist*innen in bosniakisches Gebiet evakuieren. Allerdings sollten sich die bosniakischen Männer vor der Evakuierung zunächst einer Durchsuchung durch die bosnisch-serbische Armee unterziehen, um herauszufinden, ob „Kriegsverbrecher" unter diesen seien. Die UNO akzeptierte und sammelte sogar die Waffen der Bosniak*innen in Srebrenica sowie den anderen betroffenen Enklaven in der Nähe ein. Dann wurden fast alle der „zu untersuchenden" Männer jeden Alters ermordet. Viele trauten den Zusagen Mladićs nicht und waren schon davor geflohen. In kleineren Gruppen, aber auch in größeren Kolonnen von bis zu 10.000 Menschen, machten sie sich zu Fuß auf den Weg in das rund 100 km entfernte bosniakisch kontrollierte Gebiet, rund um die Ortschaft Nezuk. Auch hier machte die bosnisch-serbische Armee Jagd auf sie und tötete Tausende. Nach derzeitigem Wissen fielen den bosnischen Serb*innen 8.372 Menschen zum Opfer. Noch heute werden allerdings Massengräber gefunden, viele Menschen werden immer noch vermisst.

Srebrenica 2023

Srebrenica liegt heute in der *Republika Srpska* (die serbische Republik) und wird mehrheitlich von Serb*innen bewohnt. Der (serbische) Bürgermeister der Stadt bezichtigte einen Tag vor der letztjährigen Gedenkveranstaltung im Juli 2023 die Mütter von Ermordeten der Verbreitung von Hass. Dies passt gut in die serbische Strategie der gleichzeitigen Leugnung, Umdeutung und Verherrlichung des bosniakischen Genozids und ist Ausdruck vorherrschender Narrative in Serbien. Die öffentliche Wahrnehmung in Serbien ist stark von staatlich verbreiteten,

Der jährliche Gedenktag an Srebrenica ist in der Föderation ein nationaler Feiertag.

nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Deutungen des Krieges dominiert. Diese wirken auch nach Bosnien, insbesondere in den serbischen Teil. Bosnien-Herzegowina ist heute ein Staat mit einer komplexen Staatsordnung, die anhand ethnischer Prinzipien aufgebaut ist. Der Staat ist in zwei Entitäten geteilt: Die Föderation, die mehrheitlich bosniakisch sowie kroatisch bewohnt ist, und die *Republika Srpska*. Die Republika unter ihrem Präsidenten Milorad Dodik sabotiert regelmäßig den bosnischen Gesamtstaat und möchte eigentlich unabhängig werden bzw. sich an das Nachbarland Serbien anschließen. Dodik und seine Elite sind nicht nur für umfassende Korruption und Nepotismus bekannt, sondern auch für Rassismus und Nationalismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit sowie die gleichzeitige Leugnung, Verherrlichung und Legitimierung des Genozids, dessen Symbol Srebrenica darstellt.

Der jährliche Gedenktag an Srebrenica – der 11. Juli – ist in der Föderation ein nationaler Feiertag. Die große offizielle Gedenkveranstaltung findet im Nachbarort Potočari statt. Dort finden sich zehntausende Menschen aus aller Welt ein, um der Ermordeten zu gedenken. Höhepunkt der Veranstaltung ist die rituelle Beisetzung der im jeweiligen Jahr gefundenen menschlichen Überreste, die eindeutig identifiziert werden konnten. Im Gedenken an die Flucht der zehn- bis fünfzehntausend Menschen, die durch die Wälder geflohen sind, findet jedes Jahr auch eine gemeinsame, dreitägige Wanderung entlang der historischen Fluchtroute statt.

Marš Mira

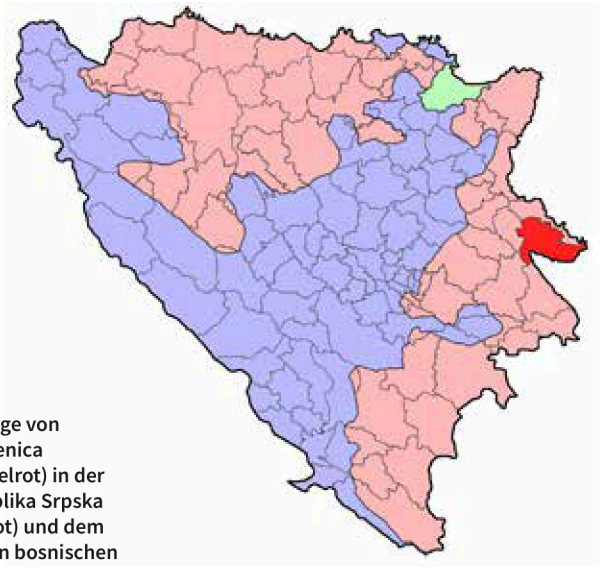
Am sogenannten *marš mira* (Marsch des Friedens) nehmen mehrere tausend Menschen teil. Der größte Teil von ihnen stammt aus Bosnien oder aus der weitverzweigten bosnischen Diaspora. Viele Teilnehmende haben persönliche Bezüge zur Gegend und/oder zum Genozid. Die demografische Zusammensetzung ist relativ jung und stark männlich geprägt, was sich auch in der Organisation – beispielsweise in mangelhaften hygienischen Möglichkeiten für Frauen – ausdrückt. Die ganztägigen Wanderetappen sind immer wieder unterbrochen durch kleine Checkpoints, an denen Wasser und Obst verteilt wird und Sanitäter*innen bereitstehen. Selten gibt es auch inhaltliche Stopps, an denen per Lautsprecher Inputs gegeben werden. Jeden Abend im Zeltlager finden auf einer kleinen Bühne Lesungen oder Podiumsdiskussionen statt, in denen unterschiedliche Aspekte des Genozids erörtert werden. Augenfällig ist die große Zahl von Überlebenden, die nicht nur teilnehmen und sichtbar sind, sondern auch aktiv am Programm mitwirken.

Die geteilte, kollektive Erfahrung des Genozids und der rassistischen Verfolgung durch den serbischen Aggressor drückt sich auch im Zitat eines Überlebenden aus, der sinngemäß ›

Jedes Jahr nehmen tausende Menschen am *Marš Mira* teil.

auf einem Stopp bei der Wanderung sagt: „Zwar versuche ich, meinen Kindern Liebe und nicht Hass beizubringen, aber auch, dass wir gelernt haben, unsere Waffen nicht mehr abzugeben!“

Die vermittelte Botschaft ist eine des Überlebens und des Weitermachens, aber auch Ausdruck eines gewissen Selbstbewusstseins. Dieses wird auch durch die bosnische Armee unterstützt, die die wesentliche Infrastruktur für die Wanderung organisiert und auch einen symbolischen Rahmen bietet, indem sie beispielsweise einen Kampfhubschrauber kunstvoll über der Wanderung fliegen lässt.



Die Lage von Srebrenica (dunkelrot) in der Republika Srpska (hellrot) und dem ganzen bosnischen Staatsgebiet.

© User:Estavisti, CC BY-SA 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons.

Vereinnahmung des Gedenkens

Gleichzeitig zeigen sich auch in Srebrenica problematische Vereinnahmungen des Gedenkens. So nehmen auch große Gruppen aus der Türkei und dem Iran teil. Diese stellen sich zwar nicht in den Vordergrund, sind aber mit großen Nationalfahnen sowie mit nationalistischer und islamistischer Symbolik präsent. Srebrenica dient ihnen als Symbol der Erzählung einer globalen, islamfeindlichen Verschwörung und zur Legitimierung der Politik dieser islamistischen Regime. Außerdem finanzieren beide teilweise auch Infrastruktur für Teilnehmer*innen. Hier zeigt sich ein weiteres Problem in der gedenkkulturellen Auseinandersetzung. Trotz der Mitverantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Genozid fehlt internationale Solidarität mit Bosnien und Herzegowina im Allgemeinen und dem Gedenken an Srebrenica im Besonderen. Diese Leerstelle wird von autoritären und islamistischen Regimen gefüllt und das notwendige Gedenken an Srebrenica vereinnahmt.

Gerade Österreich hat eine lange gemeinsame Geschichte mit dem ehemaligen Jugoslawien und Bosnien im Speziellen. Sehr viele Menschen in Österreich haben dort familiäre Wurzeln und fühlen sich nicht nur in Österreich zuhause. Dennoch bekommen die Kriege der 1990er-Jahre, der Genozid in Srebrenica und benachbarte Themenfelder sehr wenig Aufmerksamkeit in Österreich. Die Ignoranz der deutschsprachigen, „progressiven“ Öffentlichkeit gegenüber dem südöstlichen Europa ist sicher auch Ausdruck unbewusster, rassistischer Vorurteile. Die Abwertung der Sprachen und die Reduktion der Region auf Urlaub oder Gewalt müssen durch mehr Interesse für die Region und ihre vielfältigen Thematiken, die Unterstützung von Aktivist*innen sowie durch Vernetzung und die Bereitschaft zu lernen abgelöst werden. Es wird Zeit, über den (engen) Tellerrand hinauszublicken! △

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Das *Europahaus Srebrenica* ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die Verbreitung demokratischer Werte und Dialog über konfessionelle und ethnische Grenzen hinweg einsetzt. Es ist auch ein Bildungs- und Informationszentrum, das europäische Werte wie Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Zusammenleben vermittelt und um sie wirbt.

Es organisiert Veranstaltungen und Austauschprogramme und ist auf Spenden angewiesen.

Empfänger: UG Europahaus Srebrenica
SWIFT: BLBABA22
IBAN: BA39 5514 5048 3413 5115

Matthias Schreckeis studiert Slawistik und Geschichte in Graz und Wien. Er ist Teammitglied von APC.

KZ-Gedenkstätte und Zeitgeschichte Museum Ebensee

Auch in der diesjährigen Ausgabe der *Alpendistel* möchten wir in dieser Rubrik einen Verein vorstellen, der sich der Gedenk- und Erinnerungsarbeit widmet. Dieses Jahr haben wir den Leiter der *KZ-Gedenkstätte und des Zeitgeschichte Museums Ebensee*, **Wolfgang Quatember**, gebeten, in die Entstehung und Aufgabenfelder des oberösterreichischen Vereins einzuführen.

In Ebensee entstand aus einer lokalen Initiative ein österreichweit anerkanntes Museum und eine zeitgemäße KZ-Gedenkstätte

Lokalgeschichtliche Themen finden seit Langem großes Interesse und Ortsgeschichte wird in Heimatmuseen und Hochglanz-Werbebroschüren gerne zur Schau gestellt. Die „negative Erinnerung", etwa die Tatsache, dass Ebensee der Standort eines Außenlagers des KZ Mauthausen war, fand jedoch bis zur Mitte der 1980er-Jahre keinen Eingang in die Lokalgeschichte. Frühe Gedenkfeiern wurden im Salzkammergut wie im übrigen Österreich von Gefallenengedenken und Opfermythen verdrängt.

Unser Ziel ist es, darauf hinzuweisen, dass die Demokratie ein fragiles politisches Instrumentarium ist [...] Junge Menschen müssen sensibilisiert werden, Antiliberalismus und neokonservativen Populismus als solchen zu erkennen.

Erst eine junge Generation von Ebenseer*innen, inspiriert durch die „Waldheimaffäre" und das Gedenkjahr 1988, löste eine Aufarbeitung der politischen Lokalgeschichte aus. Daraus ging 1988 die Konstituierung des Vereins *Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenkstätte Ebensee* hervor. Gemeinsam mit der Historikerin Ulrike Felber und dem Architekten Bernhard Denkinger wurden die Ausstellungen im Museum und in der KZ-Gedenkstätte vom Historiker Wolfgang Quatember aufgebaut. Heute besuchen das Museum im Ortszentrum sowie die KZ-Gedenkstätte jährlich mehr als 10.000 Besucher*innen. Zwei Mitarbeiter*innen sind dauerhaft beim Verein angestellt, ein Zivildiener und im Sommer Ferialpraktikant*innen vervollständigen das Team. Der Verein hat etwa 350 Mitglieder.

Politische Geschichte des 20. Jahrhunderts im Museum

Historische Ereignisse der Ersten Republik und vor allem des NS-Regimes hinterließen im Salzkammergut Spuren. Die Präsentation der Zeitgeschichte konzentriert sich auf folgende inhaltliche Schwerpunkte: die Arbeiter*innenbewegung, die Bürger*innenkriegsereignisse 1934, die Euphorie des „Anschlusses" in allen Salzkammergutorten, die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung und „Arisierungen", das Kinderheim „Alpenland" für „eindeutschungsfähige" Kinder in Oberweis, das Arbeitslager für Wiener Jüdinnen*Juden in Traunkirchen, das Konzentrationslager Ebensee, die „Displaced Person Camps" sowie die Widerstandsbewegungen gegen den Austrofaschismus und das NS-Regime, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Museum als Dokumentationszentrum

Die historische Analyse, Dokumentation und Forschung zur Region wurden vorrangiges Ziel der Vereinstätigkeit. Das Museum ist als Dokumentationszentrum konzipiert. Es zeigt in seiner bewusst reduziert gestalteten Dauerausstellung regionalgeschichtliche Quellen im Zeitraum 1918 bis 1950 und setzt diese in Bezug zur gesamtösterreichischen Entwicklung. Zusätzlich bieten die Bibliothek und das Archiv Recherchemöglichkeiten für Historiker*innen, Student*innen und Schüler*innen. Der Austausch mit anderen Archiven und zahlreiche Nachlässe bzw. Schenkungen lassen das Archiv stetig anwachsen. Hier lagern auch viele Unikate. Originale Briefe einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Ebensee lösten im Jahr 2022 ein rechercheintensives Projekt aus, nämlich, den Spuren von jüdischen Familien ›

Engagierte Gedenkarbeit

© Brandstätter

Ausstellungstafeln im Rüstungsstollen.

des Salzkammerguts nachzugehen. Die gesammelten Familienschicksale werden 2024 in Form eines Gedenkbuches veröffentlicht.

Service für Hinterbliebene von Opfern und Überlebenden

Einer der wesentlichsten Arbeitsbereiche im Archiv ist der Kontakt zu Angehörigen von KZ-Opfern. Eine Datenbank zu allen KZ-Häftlingen des ehemaligen Lagers Ebensee sowie von Zwangsarbeiter*innen ermöglicht die Beantwortung zahlreicher Suchanfragen von Betroffenen. Anfang der 2000er-Jahre konnten über diese Datenbank dutzende Ansuchen um Haftentschädigungen ukrainischer und polnischer Zwangsarbeiter*innen positiv bestätigt werden. Durch den Kontakt und Austausch mit Nachkommen ergeben sich zusätzlich Informationen zur Biographie von Opfern bzw. Überlebenden. Fotos und Dokumente vervollständigen die Lebensgeschichten und verleihen den anonymen Opfern ihre Individualität und „ein Gesicht".

Pädagogische Vermittlung. Die Arbeit mit Schulklassen

Das Museum mit seiner Dauerausstellung, dem Archiv und der Bibliothek ist ein neutraler Ort, ein Forschungs- und Lernort ohne historische Belastung. In Workshops mit Schüler*innen wird neben der Aneignung von Wissen Raum für politische Diskussionen mit Gegenwartsbezug und somit „entdeckendes Lernen" möglich. Unser Ziel ist es, darauf hinzuweisen, dass die Demokratie ein fragiles politisches Instrumentarium ist. Gewalt in der Sprache, Diffamierung politischer Gegner*innen, Einschränkungen der Pressefreiheit und andere bewusst lancierte Grenzüberschreitungen werden gegenwärtig kaum als Gefährdung demokratischer Werte wahrgenommen. Junge Menschen müssen sensibilisiert werden, Antiliberalismus und neokonservativen Populismus als solchen zu erkennen.

KZ-Gedenkstätte

Die KZ-Gedenkstätte Ebensee besteht aus dem Opferfriedhof mit Gräbern und Denkmälern sowie den manifesten Überresten in der Landschaft (Torbogen, „Löwengang", Rüstungsstollen) und kennzeichnet den originalen und historisch belasteten Ort der Verbrechen. Etwa 8.500 Männer wurden in Ebensee ermordet. Im Zeitalter von Digitalisierung und virtuellen Welten ist es wichtig, diese realen Orte zu bewahren. Viele Besucher*innen erzählen von einem beklemmenden Gefühl, wenn sie die monumentalen, unterirdischen Rüstungshallen betreten. Die Geschichte rückt so ein Stück näher an uns heran. Emotionale Betroffenheit kann das Resultat der Begleitungen sein, primär soll die Begegnung mit dem historischen Ort jedoch der Information dienen und Interesse und Neugierde wecken.

Eine KZ-Gedenkstätte muss professionell betreut sein. Der Kontakt mit Nachkommen von Opfern ist eine emotionale Aufgabe für beide Seiten, Angehörige und Begleiter*innen. Menschen wie wir, die in Gedenkstätten arbeiten, sind nicht nur Historiker*innen, wir sind Mediator*innen und Begleiter*innen.

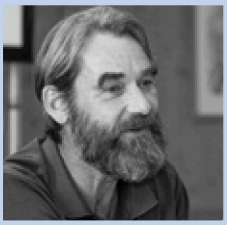
Wir ermöglichen Spurensuchen und Lernen am originalen Ort, wir erzählen, lassen aber auch Raum für Trauer. Hier schließt sich der Kreis. Wie vor 35 Jahren bei der Gründung unseres Vereines sind es Menschen vor Ort, aus Ebensee, aus der Region, die sich dieser Tätigkeit widmen. △

LITERATURHINWEISE

Ulrike Felber / Wolfgang Quatember, Republik, Ständestaat, Nationalsozialismus, Widerstand, Verfolgung. Ausstellungskatalog des Zeitgeschichte Museums Ebensee, Ebensee 2005.

Ulrike Felber / Bernhard Denkinger / Wolfgang Quatember, Konzentrationslager Ebensee. Projekt „Zement". Katalog zur Dauerausstellung, Ebensee 2020.

Verein Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenkstätte Ebensee (Hg.), betrifft widerstand. Zeitschrift des Vereins Zeitgeschichte Museum, mit zahlreichen regionalgeschichtlichen Beiträgen, erscheint erscheint halbjährlich.



Wolfgang Quatember ist Historiker sowie Leiter des *Zeitgeschichte Museums und der KZ-Gedenkstätte* in Ebensee seit 1988. Er war maßgeblich an deren Aufbau beteiligt.

Wie mit Kindern & Jugendlichen über Faschismus sprechen?

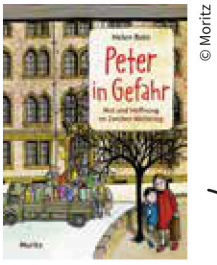
Mit Kindern und Jugendlichen über Faschismus, Shoa, Widerstand und Verfolgung zu sprechen, ist keine leichte Aufgabe. Bücher, die diese Themen behandeln, können den Weg für eine Auseinandersetzung bereiten. Die folgenden sechs Texte sind besonders empfehlenswert. Ein Blick ins Bücherregal von **Christa Sieder**.

© Moritz

Der Nationalsozialismus ist kein Märchen.

Dieser Satz fällt im Nachwort von *Zwei von jedem*, geschrieben von Rose Lagercrantz und illustriert von Rebecka Lagercrantz. Wie die beiden Freund*innen Eli und Luli durch Verfolgung getrennt werden und es nach langen Jahren doch ein glückliches Ende für sie gibt, hat etwas Märchenhaftes. Und wie im Märchen ist auch Platz für Dunkles; wir begleiten Ich-Erzähler Eli von seiner eigenen Kindheit bis zu der seiner Kinder, die ihn nach seinen Erlebnissen im Krieg fragen, und wir werden Zeug*innen davon, wie schwer es für ihn ist, darüber zu sprechen: *„Nachts wachte ich schweißgebadet auf. Ich ging in die Küche zu Luli, die gerade einen Teig knetete. „Ich will den Kindern nicht solch schreckliche Sachen erzählen", sagte ich. „Das verstehen sie sowieso nicht."*[1] In einem Nachwort legt Rose Lagercrantz ihre Überlegungen zum Schreiben einer Erzählung mit glücklichem Ende offen, denn sie möchte mit dem Happy End nicht das Grauen der Shoa schmälern – und doch ein Buch für Kinder schreiben, das diese nicht voller Entsetzen zurücklässt.

Altersempfehlung: ab 9 Jahren



© Moritz

Der Holocaust in Ungarn

Ebenfalls von einem erklärenden Nachwort begleitet wird Helen Bates *Peter in Gefahr*. Schon beim Aufschlagen des Buches setzt sich die durch den Titel ausgelöste Alarmstimmung fort, denn eine Karte von Budapest zeigt verschiedene Orte, die von Schrecken künden: „Die geheime Wohnung über dem Büro" oder „Unser letztes Versteck". In Panels erleben wir mit, wie sich Peter und seine Familie vor der drohenden Deportation durch Untertauchen retten können und welch Durchhaltevermögen gerade Kindern in diesen Zeiten abverlangt wurde. Peter übersteht alles – und entdeckt am Ende eine Schachtel voller Zinnsoldaten, die ein Kind vergraben hat, das weniger Glück hatte als er. Das Familienalbum vom Anfang des Buches zeigt Peter als Zeichnung; auf der letzten Seite erfahren wir, dass es ihn wirklich gibt, und sehen Fotos von ihm einst und jetzt, mit seinen Söhnen und Enkelkindern.

Altersempfehlung: ab 7 Jahren ›

Buch-rezension

© Jungbrunnen

Wer sich in Familie begibt …

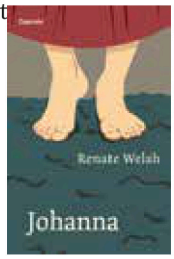
Mit einem Stammbaum auf dem Vorsatzpapier beginnt *Einfach mehr Luft* von Alexandra Holmes, die uns in eine gutbürgerliche Großfamilie mitnimmt. In dieser spielt Urgroßvater Georg, auch „der Drachentöter" genannt, noch lange über seinen Tod hinaus eine wichtige Rolle: Er war im Zweiten Weltkrieg als Wehrmachtssoldat im Widerstand aktiv und desertierte; an seinem Mut werden die nächsten Generationen immerfort gemessen. Alexandra Holmes zeigt anschaulich, wie seine Nachfahren, allen voran Ich-Erzähler Ben, mit diesem manchmal erdrückenden Erbe umgehen und webt einen dichten Erzählteppich österreichischer Nachkriegsgeschichte, bis hin zu Taras Borodajkewycz und Waldheims Pferd. Einen Helden in der Familie zu haben, ist für die Nachkommen durchaus herausfordernd: *„Mir scheint überhaupt, meine Vorfahren waren immer live dabei, wenn das Politische historische Tragweite bekam. Wie soll man da mithalten?" Meine Urgroßmutter nickt zustimmend. „Wir sind die Guten!", sagt sie mit ironischem Unterton, weil sie es lustig findet, dass sich oft die Jungen besser fühlen, wenn ihre Vorfahren anständig waren, als ob man das wie ein Moral-Sparbuch erben könnte.*[2]

Siehe Alpendistel #1 S. 23–26.

Altersempfehlung: ab 13 Jahren

Ein Klassiker der Jugendliteratur

Eine Familie, die sie annimmt und liebt, fehlt *Johanna* aus dem gleichnamigen Buch von *Renate Welsh* sehr. Im Österreich der 1930er-Jahre ist vieles im Umbruch und diese Spannungen lässt uns die Jugendliche im Roman miterleben: Armut, Knechtschaft, die Verachtung, die unehelichen Kindern entgegengebracht wird, das Leben im Austrofaschismus und der Nationalsozialismus, der so manchen vermittelt, er wäre die Lösung ihrer Probleme und könnte ihre Unterdrückung beenden. Welsh zeigt, wie die Tagespolitik bei den „kleinen Leuten" ankommt, etwa wenn der Bauer betrunken nach Hause kommt, weil er im Wirtshaus von der Ermordung Engelbert Dollfuß' gehört hat. Die Protagonistin lässt sich nicht entmutigen und macht auch unter noch so schweren Bedingungen klar, dass sie ein Anrecht auf Würde und Menschlichkeit hat und diese Werte einfordert.



© Czernin

Altersempfehlung: ab 12 Jahren

© Insel

© Insel

Widerstandskämpfer*innen im Portrait

Abschließend aus aktuellem Anlass – im Herbst 2023 wurde er mit dem *Sonderpreis des Deutschen Jugendliteraturpreises* für sein Gesamtwerk gewürdigt – noch ein Klassiker des Genres der Biografie: *Alois Prinz* hat zahlreiche Lebensgeschichten berühmter Persönlichkeiten verfasst. Zwei seiner Werke sollen hier Raum bekommen: *Sie ist ein lebendiges Feuer* erzählt das Leben von Milena Jesenská, die oftmals nur als „Freundin von" bekannt ist, und mit *Sei frei und handle!* schildert Prinz das Leben Dietrich Bonhoeffers. Beide Widerstandskämpfer*innen kamen im NS-Regime um und Prinz gelingt es, in seinen nuancierten und umfassend recherchierten Biografien die beiden von der Reduzierung auf oberflächliche Charakteristika zu befreien und als „ganze Menschen" zu zeigen. Zeittafeln, umfassende Literaturverzeichnisse und sorgfältige Quellenangaben ergänzen jede von Prinz' Biografien und lassen erahnen, wie umfangreich seine Recherchen sein müssen.

Altersempfehlung: ab 12 Jahren

So wie der Artikel begonnen hat, so soll er auch enden, nämlich mit einem Zitat von Rose Lagercrantz: *Kinder verstehen es. Und Kinder wollen es wissen!*[3]

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

https://www.stube.at/buchtipps/buchlisten.htm – Mehr Buchtipps zum Themenkreis Shoa und Widerstand bietet die STUBE – Studien- und Beratungsstelle für Kinder- und Jugendliteratur – mit dieser annotierten Buchliste.

[1] Lagercrantz/Lagercrantz 2021, S. 103
[2] Holmes 2023, S. 84.
[3] Lagercrantz/Lagercrantz 2021, S. 103.

Christa Sieder hat Germanistik und Anglistik studiert und arbeitet als Bildungs- und Berufsberaterin sowie Psychotherapeutin in Ausbildung unter Supervision. Sie macht aktuell eine Ausbildung zur Biblio- und Poesietherapeutin.

Aus dem Verein

90 Rückblick auf das Vereinsjahr 2023

92 Mit neuen Kräften in die nächste Vereinsperiode

94 APC-Friedenspreis 2024

95 Kerblers Kern
Zur Verleihung der APC-Ehrenmitgliedschaft an Michael Kerbler

96 Die historische Fluchtroute erwandern

99 Ausblick 2025

Rückblick auf das Vereinsjahr 2023

Wir blicken auf ein ereignis- und erfolgreiches Vereinsjahr zurück. Der diesjährige Schwerpunkt *Verblasste Spuren – Fluchtraum Gebirge* bildete die thematische Rahmung der Alpendistel und der diesjährigen Gedenkwanderung. Zusätzlich wurden neben längerfristigen Projekten auch neue begonnen.

Ein Bericht von Marc-Alexander Munshi.

Unser Vereinsjahr 2023 begann mit einer Aktion zum internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer der Shoa, dem 27. Januar. Um auf die noch immer ohne Kontextualisierung stehenden Namen aufmerksam zu machen, brachten wir an allen NS-belasteten Straßen in Salzburg Hinweistafeln mit historischen Informationen an. Ziel war es, auf den Umstand aufmerksam zu machen, dass Personen, welche das damalige Regime unterstützt hatten, noch heute in Form der betroffenen Straßennamen das Stadtbild in Salzburg prägen und somit eine Ehrung erhalten. Im April diesen Jahres wurde das seit 2020 jährlich erscheinende Magazin *Alpendistel – Magazin für antifaschistische Gedenkkultur* um eine weitere Ausgabe bereichert: Die vierte Ausgabe trägt den Titel „Verblasste Spuren – Fluchtraum Gebirge“ und behandelt Berge als Orte, welche als Fluchtrouten historisch und aktuell genutzt wurden und werden. Dies war besonders dank der vielen Autor*innen möglich, die diese Ausgabe um ihre Texte bereicherten. Wie alle vergangenen Ausgaben kann die *Alpendistel* per Mail via office@alpinepeacecrossing.org bestellt werden.

Gedenkwanderung über den Krimmler Tauern

Das Thema Flucht in den Bergen beschäftigte uns auch heuer in unserer jährlich stattfindenden Gedenkwanderung über den Krimmler Tauern. Mit einer Gruppe Interessierter aus Israel besuchten wir noch vor der Wanderung das ehemalige Displaced Persons-Camp *Givat Avoda* – heute die Anton-Wallner-Kaserne in Saalfelden, um den Angehörigen vieler Teilnehmer*innen zu gedenken. Besonders bewegend waren dabei die Erinnerungen von teilnehmenden Zeitzeug*innen, die ihre Gedanken mit uns und der Gruppe teilten. Die Verleihung der APC-Friedenspreise fand heuer noch vor dem Dialogforum statt. Ausgezeichnet durch APC-Ehrenpräsident Ernst Löschner wurden Miri Nehari,

Hanna Weiss sowie Judith Forthuber. Sie wurden für das Gedenken an den jüdischen Exodus sowie die Sammlung und Vermittlung von Wissen rund um diesen Themenkomplex geehrt. Das

© Georg Gangoly

anschließende Dialogforum stand unter dem Schwerpunkt „Flucht und ihre Vermittlung“. Dieses äußerst komplexe und vielschichtige Thema wurde zunächst von der Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Barbara Staudinger, eröffnet. Sie präsentierte ihre Perspektiven auf gesellschaftliche Rollen und Aufgaben (jüdischer) Museen. Danach las die Schriftstellerin Julya Rabinowich Auszüge aus den Romanen *Dazwischen: Ich* und *Dazwischen: Wir* vor, welche die Geschichte einer Tochter und ihrer geflüchteten Familie erzählen. Dann traten die Vortragenden in einen spannenden Diskurs in einer Podiumsdiskussion, komplementiert durch unser Vorstandsmitglied Jakob Gruber, der seine Perspektive als Jugendarbeiter in der Antisemitismusprävention einbrachte. Die Wanderung am 2. Juli fand zwar unter leichtem Nebel statt, war mit insgesamt 250 Teilnehmenden aber ein voller Erfolg. Der Weg wurde mit inhaltlichen Beiträgen von Jutta und Joachim Klammer, Elizaveta Oliinyk, Caro Huber, Bettina Reiter sowie der Südtiroler Straßenzeitung *Zebra* begleitet. Entlang der historischen Fluchtroute gingen die Wandernden bis nach Kasern, wo sie eine Verköstigung von den Bürgermeistern Helmut Klammer und Robert Steger erwartete.

Inhaltliche Vertiefung

Im Verlauf des Jahres kam es zu einer Weiterentwicklung unseres pädagogischen Vermittlungsprogrammes. Bereits das zweite Jahr in Folge führen wir mehrtägige Gedenkwanderungen in Kleingruppen durch, beispielsweise mit dem *Bund Deutscher Pfadfinder* und dem *Deutschen Gewerkschaftsbund*. Auch ein Forschungsstipendium soll dem Verein helfen, die Geschichte rund um die Flucht über den Krimmler Tauern weiter aufzuarbeiten. Erstmals schreiben wir dafür ein Forschungsstipendium in Höhe von 1.000 Euro zur weiteren Erforschung der jüdischen Flucht nach der Befreiung im Mai 1945 für eine Master-Abschlussarbeit im Jahr 2024 aus. Bei unserer jährlichen Generalversammlung im Oktober haben sich kleine Veränderungen im Vorstandsteam ergeben. Bettina Reiter und Caroline Huber verlassen uns leider, wir bedanken uns herzlich für die Freundschaft und Teilhabe an der Vereinsarbeit! Jakob Gruber übernimmt den Posten als Kassier, während Matthias Schreckeis aus dem Vorstand in die Funktion einer administrativen Hilfskraft wechselt. Wir freuen uns über ein weiteres erfolgreiches Jahr und auf kommende Gedenkprojekte im Jahr 2024. △

Marc-Alexander Munshi studiert Politikwissenschaften in Salzburg und unterstützt die Arbeit von APC als Praktikant.

MIT NEUEN KRÄFTEN IN DIE NÄCHSTE VEREINSPERIODE

Erst fünf Jahre ist es her, dass unser Vorstandsteam im Herbst 2019 die Leitung des Vereins übernommen hat. Nun hat sich unser junges Team personell neu aufgestellt.

Seit rund fünf Jahren arbeitet unser junges Vorstandsteam mit großer Freude zusammen. Im Herbst 2019 hatte es die Leitung des Vereins von APC-Gründer Ernst Löschner und dem damaligen Vorstandsteam übernommen. Im Zuge des Generationenwechsels wurden dabei einige Weichen für neue Ansätze in der Arbeit von APC gesetzt. So entstand unter anderem auch das Konzept der *Alpendistel*, die Sie gerade in ihrer bereits fünften Ausgabe in den Händen halten. In fünf Jahren konnten wir neben unserem Magazin auch zahlreiche Projekte umsetzen. Sie alle aufzuzählen, würde den Rahmen bei weitem sprengen, einen kleinen Überblick über die Projekte des vergangenen Jahres können Sie sich im Artikel von Marc-Alexander Munshi machen. Nicht nur unsere Arbeitsweise und die immer größer werdenden Ideen von APC haben sich in dieser Zeit weiterentwickelt. Auch als Team sind wir enger zusammengewachsen und konnten neue Freund*innen gewinnen.

Siehe Seite 90.

Im Rahmen unserer Generalversammlung 2023 wurde nach fünf Jahren der Vorstandsarbeit nun satzungsgemäß ein neues Vorsitzteam gewählt. Einige lieb gewonnene Gesichter mussten wir leider aus dem Vorstandsteam verabschieden. Dafür durften wir aber auch neue Mitglieder in unserem Team begrüßen.

Das Vorstandsteam im Wandel

Der Zeithistoriker und Public Historian Robert Obermair, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichte der Paris Lodron Universität Salzburg arbeitet, wird im Verein weiterhin als Obmann fungieren. Antonia Winsauer bleibt dem Verein als stellvertretende Obfrau erhalten. Neben ihrer Arbeit bei APC unterrichtet sie an einem Wiener Bundesgymnasium und ist Netzwerkerin für ERINNERN:AT in Wien. Weiterhin erhalten bleibt dem Vorstandsteam auch Jakob Gruber, der in der neuen Legislaturperiode die Funktion des Kassiers übernimmt. Jakob lebt in Graz, wo er Jüdische Studien und die Geschichte jüdischer Kulturen im Joint Masters Programm an der Hochschule

für Jüdische Studien Heidelberg und der Karl-Franzens-Universität Graz studiert. Er arbeitet im Bereich der Antisemitismusprävention in der Jugendarbeit.

Als neues Mitglied in unserem Vorstandsteam dürfen wir Eva Bammer begrüßen. Eva ist im August 2022 zu unserem Team gestoßen und hat sich sofort mit zahlreichen neuen Ideen integriert. Im Vorstand übernimmt sie die Rolle der Schriftführerin. Eva arbeitet als Studienassistentin am Fachbereich Geschichte/Zeitgeschichte an der Paris Lodron Universität Salzburg, wo sie im Master Geschichtswissenschaften studiert. Zudem ist sie als Guide im *Salzburg Museum* und in der 2023 neu eröffneten *Dokumentation Obersalzberg* tätig.

Matthias Schreckeis scheidet aus dem offiziellen Vorstandsteam aus, unterstützt den Verein fortan aber weiterhin in administrativen Tätigkeiten. Er studiert Slawistik an der Universität Graz und hat im Oktober 2023 einen Master im Fach Geschichte an der Universität Wien aufgenommen. Unsere ehemalige Praktikantin Hilde Mayer unterstützt uns weiterhin in unserem Social Media Auftritt. Auch Kay-Michael Dankl bleibt uns in seiner Funktion als Koordinator des wissenschaftlichen Beirates weiter erhalten.

Abschied von zwei Vorstandsmitgliedern

Von zwei Vorstandsmitgliedern müssen wir uns in der neuen Funktionsperiode leider verabschieden. Caroline Huber, die seit der Vorsitzübernahme 2019 als stellvertretende Kassierin tätig war, hat unser Team bereits zu Beginn des Jahres 2023 verlassen, bleibt *Alpine Peace Crossing* in seiner Arbeit aber weiterhin verbunden. Auch Bettina Reiter scheidet mit der neuen Periode aus dem Vorstandsteam aus. Bettina übernahm 2019 als Kassierin die Finanzen von APC und prägte die Entwicklung des Vereins maßgeblich mit. Die beiden bleiben uns als Freundinnen von *Alpine Peace Crossing* und privat weiter erhalten. Wir danken Bettina und Caroline für ihre großartige Arbeit in den vergangenen vier Jahren!

Wir freuen uns, mit vereinten und neuen Kräften in das Vereinsjahr 2024 zu starten.

Unser Vorstandsteam ist weiterhin quer über Österreich verteilt, arbeitet in Onlinemeetings und regelmäßigen Klausuren aber eng und gerne zusammen. Wir freuen uns besonders darüber, immer wieder neue Mitglieder und Interessierte in unseren Reihen begrüßen zu dürfen und die Arbeit von *Alpine Peace Crossing* so immer weiterführen zu können, um auch in der kommenden Funktionsperiode neue Projekte in Angriff zu nehmen. △

Das APC-Vorstandsteam auf Klausur.

APC-FRIEDENS-PREIS 2024

Seit 2019 wird der APC-Friedenspreis für besondere Verdienste in den Schwerpunktbereichen von APC vergeben.

Eine Würdigung der Preisträger 2024.

Rami Litani
Rami Litani ist gemeinsam mit seiner Gattin Leah seit einigen Jahren unser „Anker“ in Israel. Der zweifache Vater und vierfache Großvater ist nicht nur selbst gern gesehener Gast bei unseren jährlichen Wanderungen, sondern hilft uns mit seinem großen Netzwerk in Israel, kontinuierlich neue Kontakte zu Zeitzeug*innen und deren Familien herzustellen. So bringt er zu unserer großen Freude jährlich neue Teilnehmer*innen zu unseren Gedenkveranstaltungen nach Krimml.

Sein Interesse für unser Thema wurzelt in seiner Familiengeschichte, war sein Vater doch Offizier der *Jewish Brigade* im Zweiten Weltkrieg. Rami Litani beschäftigt sich ausgehend von diesem persönlichen Bezug zum Thema seit Jahren intensiv mit der *Jewish Brigade* und ihrer Rolle in der jüdischen Fluchthilfeorganisation *Bricha* nach 1945. Neben umfassenden historischen Recherche- und Sammlungstätigkeiten in diesem Feld hat er es sich auch zur Aufgabe gemacht, Nachfahren der damals Aktiven ausfindig zu machen und sie zu vernetzen. Mit zahlreichen Vorträgen in Israel und vielen anderen Regionen der Welt hält er die Erinnerung an das Thema wach und ist dabei immer auch ein Botschafter der historischen Vermittlungsarbeit von *Alpine Peace Crossing*.

Siehe Alpendistel #2 S. 44

Die Preise werden durch einen großzügigen Spender finanziert.

Heinz Tschannett
Der Gründer und langjährige Leiter eines Reise- und Veranstaltungsunternehmens Heinz Tschannett ist unserem Verein seit vielen Jahren verbunden. Seine Tätigkeit bei APC hat er immer als ein „zur Verfügung stehen“ verstanden. In unzähligen Gesprächen, Sitzungen und Brainstormings – privat und als Mitglied des Beirats – hat er unsere Arbeit vielfältig unterstützt. Darüber hinaus engagierte er sich mit großem Ideenreichtum bei der Gewinnung von Sponsor*innen und übernahm auch Teile der APC-Veranstaltungslogistik. Zum zehnjährigen Jubiläum von APC organisierte er eine Reise nach Israel, die den Mitreisenden das Land nähergebracht und es besser zu verstehen geholfen hat.

Das Motto von Heinz ist „small is beautiful“ – er ist überzeugt davon, dass kleine Handlungen das große Geschehen mitbeeinflussen. Sein Lebenswerk auf der sozialen Ebene des Miteinanders ist eine Sammlung von Initiativen, die sich über verschiedene Bereiche erstrecken und stets von einem klaren Fokus auf Integration, Hilfe und Veränderung für eine erträglichere, bessere Gesellschaft geleitet werden. Wir ehren mit Heinz Tschannett einen Mann, dessen Wirken ein Vorbild für uns alle sein kann.

KERBLERS KERN

ZUR VERLEIHUNG DER APC-EHRENMITGLIEDSCHAFT AN MICHAEL KERBLER

© Th. Reibnegger

Moderation der Podiumsdiskussion beim Krimmler Dialogforum 2021 mit der 2023 verstorbenen Historikerin Heidemarie Uhl, dem Grünen Abgeordneten Niki Kunrath und Antonia Winsauer als Vertreterin von APC.

Bei der Generalversammlung unseres Vereins im September 2023 wurde einstimmig die APC-Ehrenmitgliedschaft für Michael Kerbler beschlossen.

Eine Würdigung von Antonia Winsauer.

Michael Kerbler. Beim Googeln dieses Namens stößt man unmittelbar auf zahlreiche Stationen seines beruflichen Erfolges: „Er gehörte nahezu 38 Jahre dem Österreichischen Rundfunk an“, „ORF-Auslandskorrespondent in der damaligen Bundesrepublik Deutschland und in der DDR“, „Reporter in den Krisengebieten Ostafrikas, in arabischen Staaten und im Iran“, „Chefredakteur des aktuellen Dienstes des ORF-Hörfunks“, „Moderator der Ö1-Sendereihe *Im Gespräch* und des *Festspiel-Dialogs* in Salzburg“, um nur einige Beispiele zu nennen.

Man findet aber auch Einträge auf den Internetauftritten von *Menschen für Menschen* und jenem unseres Vereins, die zeigen, was Michael *im Kern* wichtig ist, wie er sich „als Mensch für Menschen“ sozial engagiert, seine jahrzehntelange Expertise zur Verfügung stellt, Kontakte herstellt und *das Menschsein* in den Fokus rückt.

Für Michael war es eine Selbstverständlichkeit, trotz des Vorstandswechsels unseres Vereins im Herbst 2019 Moderator des *Friedens-* bzw. *Dialogforums* in Krimml zu bleiben. Er hat unser junges Vorstandsteam mit neuer Arbeits- und Herangehensweise an Gedenken, Erinnern und Handeln in Themengebieten rund um die historische Flucht von 1947 weiterhin als Mitglied von *Alpine Peace Crossing* unterstützt und gemeinsam mit uns Brücken vom Damals in die Gegenwart geschlagen.

Michael brachte dabei immer seine Belesenheit und seine Leidenschaft für Literatur und Philosophie mit ein, die nicht nur Spiegelbild seiner Persönlichkeit und seiner beruflichen Erfahrung sind, sondern sich auch in unseren interdisziplinären Ansatz einfügen.

Für spontanes Einspringen, „wenn's brennt“, danken wir ihm und auch seiner Frau Doris sehr und wünschen alles Gute zum siebzigsten Geburtstag!

Antonia Winsauer ist Lehrerin und Historikerin, Vorstandsmitglied von APC sowie Wiener Netzwerkkoordinatorin von ERINNERN:AT.

Die historische Fluchtroute erwandern

Jährlich veranstaltet unser Verein eine Gedenkwanderung auf den Spuren der jüdischen Flucht von 1947. Am 29. und 30. Juni 2024 ist es wieder soweit und rund 250 Interessierte aus der ganzen Welt werden im Salzburger Krimml zusammenkommen.

Die APC-Gedenkwanderung findet seit 2007 jedes Jahr an einem Wochenende Ende Juni oder Anfang Juli statt. Das exakte Datum wird immer im Herbst davor auf unserer Homepage veröffentlicht. Die Anmeldung ist jeweils ab Februar möglich.

Dialogforum Krimml

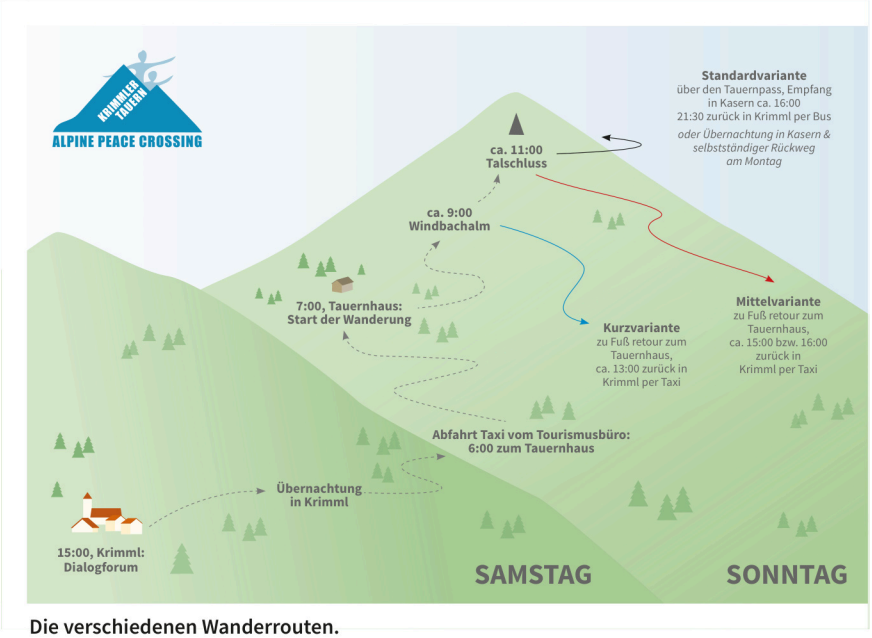
Am Tag vor der Wanderung findet in der Volksschule Krimml unser jährliches Dialogforum statt, bei dem den Teilnehmenden ein vielfältiges Programm in Vorbereitung auf die Wanderung geboten wird. 2024 werden unter dem Übertitel *Versäumtes Erinnern. Österreich und der Austrofaschismus* u. a. ein Vortrag zum Thema Antisemitismus im Austrofaschismus und ein Screening, inklusive anschließender Diskussion des Films *Heldenkanzler* Teil des Programms sein.

Wanderung

Die Gedenkwanderung am darauffolgenden Tag folgt dem Weg, den die Flüchtenden im Jahr 1947 gegangen sind. Die Wanderung führt vom Krimmler Tauernhaus (1.631 m ü. A.) über die Passhöhe des Krimmler Tauern (2.634 m ü. A.) nach Kasern in Südtirol (1.582 m ü. A.), somit 1.003 Höhenmeter hinauf und 1.052 Höhenmeter hinunter. Die Gesamtstrecke beträgt 18,4 km. Für die Teilnehmenden sind aber auch kürzere Wanderrouten möglich, die wieder zum Krimmler Tauernhaus und von dort mit Taxis nach Krimml zurückführen.

Für die Teilnehmer*innen der Langversion der Wanderung wird am Sonntagabend ein Bus-Shuttle zurück nach Krimml organisiert. Alternativ kann auch eigenständig und selbstorganisiert in Kasern übernachtet und am Sonntag über die Birnlücke (2.665 m ü. A.) zurück nach Krimml gewandert werden.

Die Anmeldung für die nächste APC-Wanderung ist ab Februar 2024 über unsere Website alpinepeacecrossing.org möglich. Da die verfügbaren Plätze recht begehrt sind, heißt es schnell zuschlagen! △



Die verschiedenen Wanderrouten.

SIE WOLLEN UNSERE ARBEIT UNTERSTÜTZEN?

Der *Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing)* ist ein österreichischer Verein mit Sitz in Krimml (Salzburg), der initiiert wurde, um an die lange vergessene Flucht von Jüdinnen*Juden über die österreichischen Alpen 1947 zu erinnern. Unser Verein widmet sich der aktiven Erinnerungs- und Gedenkarbeit und arbeitet – mit Ausnahme einer Bürokraft – zur Gänze ehrenamtlich. Das junge Vorstandsteam des Vereins besteht aus Studierenden, Pädagog*innen sowie Wissenschafter*innen. Unsere Gedenkarbeit beschäftigt sich vor allem mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus bzw. den aus der nationalsozialistischen Verfolgung resultierenden Fluchtbewegungen sowohl in Europa als auch in weiterer Folge in die USA und nach Israel.

Neben den jährlichen Gedenkveranstaltungen im Salzburger Bergland veröffentlichen wir seit 2020 einmal jährlich unser Magazin *Alpendistel. Magazin für antifaschistische Gedenkkultur.* Wir konnten seitdem bereits fast 7.500 Exemplare der ersten vier Ausgaben gratis bzw. gegen Übernahme der Versandkosten im gesamten deutschsprachigen Raum verteilen. Wir glauben, mit dem Magazin einen wertvollen, niederschwelligen Beitrag für die Erinnerungsarbeit zu leisten. APC sowie das Redaktionsteam der *Alpendistel* würden sich freuen, wenn Sie unser Projekt unterstützen. Wir freuen uns über Spenden (die zu 100 % in die nächste Ausgabe der *Alpendistel* fließen) an:

EMPFÄNGER:
Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC
IBAN: AT88 3503 9000 5904 8835
BIC: RVSAAT2S039
Verwendungszweck: Alpendistel

SPONSOR*INNEN DER ALPENDISTEL

Wir danken unseren Kooperationspartner*innen und Fördergeber*innen,
die den Druck dieser Ausgabe der *Alpendistel* ermöglicht haben:

ALPINE PEACE CROSSING

MITGLIEDSCHAFTSANTRAG

Mitgliedschaftsantrag Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing)

Name: .....

Titel: .....

Straße, Hausnummer: .....

Postleitzahl, Stadt: .....

E-Mail-Adresse: .....

Telefonnummer (optional): .....

Ich möchte mich einbringen als:

☐ **förderndes Mitglied:** Fördernde Mitglieder unterstützen den Verein in finanzieller Hinsicht, beteiligen sich aber nicht aktiv an der Vereinsarbeit.

☐ **ordentliches Mitglied:** Ordentliche Mitglieder sind in der Generalversammlung des Vereins aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Aufnahme als ordentliches Mitglied wird vom Vorstand bestätigt.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 30,– pro Jahr (€ 15,– für Jugendliche, Lehrlinge, Studierende, Arbeitssuchende sowie Zivil- und Präsenzdiener) und ist auf folgendes Konto zu überweisen:

Empfänger: Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC
IBAN: AT88 3503 9000 5904 8835
BIC: RVSAAT2S039

Mit der Mitgliedschaft stimme ich der Zusendung des APC-Newsletters an die oben angegebene E-Mailadresse bis auf Widerruf zu.

Ort, Datum: ..... Unterschrift: .....

Bitte dieses Formular eingescannt und unterschrieben an office@alpinepeacecrossing.org senden.

Ausblick

SCHWERPUNKT 2025

Vergessen – Verschwiegen – Verleugnet

Millionen von Menschen wurden durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ermordet, ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Gründen verfolgt, allen voran Jüdinnen*Juden. Das erklärte Ziel der Nationalsozialist*innen: ein „gesunder deutscher Volkskörper".

Die Gründe für die NS-Verfolgung waren vielfältig: eine von der NS-Ideologie abweichende oder sich entgegensetzende Weltanschauung, politisches Andersdenken, Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder das soziale Umfeld – um nur einige zu nennen.

In der nächsten und bereits sechsten Ausgabe unserer *Alpendistel. Magazin für antifaschistische Gedenkkultur* möchten wir uns Gruppen widmen, deren Verfolgung und Ermordung bisher im kollektiven Gedächtnis nur sehr wenig, erst sehr spät oder unzureichend Beachtung fanden, sei es in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, im öffentlichen Gedenken oder in der staatlichen Anerkennung als und Entschädigung der Opfer. Dazu zählen unter anderem „rassisch" Verfolgte wie Sinti*zze und Rom*nja, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung und psychisch Kranke, „Asoziale", Zeug*innen Jehovas, Opfer sexueller Gewalt, Kinder und Jugendliche in „Fürsorge" sowie Zwangsarbeiter*innen.

Wir hoffen, mit der neuen
Alpendistel-Ausgabe einen Beitrag zu leisten:

für das Erinnern – gegen das Vergessen,
für das Aufzeigen – gegen das Verschweigen,
für das Bekennen – gegen das Verleugnen

© Clemens Mosch, CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>, via Wikimedia Commons

Das im Juni 2023 eröffnete Denkmal für die homosexuellen NS-Opfer am Wiener Karlsplatz.

„Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle künftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.“

Peter Gingold (1916-2006)
Antifaschist und Widerstandskämpfer.

ALPINE PEACE CROSSING